10 deutsche architektur

Stadtzentrum Leipzig ▪ Wohngebiet Hans-Loch-Straße in Berlin ▪ Altstadtsanierung in Wien ▪ Leichte Raumzellen für eingeschossige Wohnbauten

5,– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Inlandspreis 5,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha II, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shteterore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen,
108 Berlin 8, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Deutsche Architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 789/68

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

DAMW

BAUFOTO 69

Den besten Leistungen unserer zwanzigjährigen Republik mit der Kamera auf der Spur

Zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ruft die Deutsche Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie zu Berlin gemeinsam mit den Redaktionen „Der Bau", „Deutsche Architektur" und „Fotografie" zum großen Wettbewerb „Baufoto 69" auf.
Das Thema des Wettbewerbes bilden Ergebnisse und Leistungen des Bauwesens in den Städten und Dörfern, in der Industrie und Landwirtschaft, Bauten des Verkehrs, der Kultur, Wissenschaft und Bildung. Es sollen Bauwerke und -ensembles dargestellt werden, die sich durch Klarheit, Originalität und schöpferische Phantasie auszeichnen, die eine harmonische Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung bilden und Wesenszüge einer für die Deutsche Demokratische Republik charakteristischen sozialistischen Architektur verkörpern.
Der Wettbewerb soll mittels künstlerisch hochwertiger, aussagekräftiger Architektur- und Baufotos richtungweisende Beispiele der gebauten Umwelt, des Städtebaus, der Architektur und der Synthese zwischen bildender Kunst und Architektur als wesentliches Mittel zur Gestaltung eines sozialistischen Arbeits- und Lebensmilieus sichtbar machen. Bei der Auswahl der Motive ist besonderer Wert auf Ensemblebildung zu legen.
Anliegen des Wettbewerbes ist es auch, neben hervorragenden Ergebnissen und Leistungen des Bauwesens die Werktätigen zu zeigen, die das industrielle Bauen meistern und im Kampf für den Sieg der wissenschaftlich-technischen Revolution im Bauwesen eine neue Einstellung und die hohe Moral des sozialistischen Menschen zu seiner Arbeit beweisen.
Mit dem Baufotowettbewerb soll anläßlich des 20. Jahrestages der DDR in aussagekräftigen Motiven ein überzeugender, bildhafter Rechenschaftsbericht über die Fortschritte gegeben werden, mit denen die Bauschaffenden besonders in jüngster Zeit gemeinsam mit den Werktätigen der anderen Zweige und Bereiche unserer Volkswirtschaft und der Bevölkerung zur Gestaltung und Verwirklichung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in unserer Republik beitragen.
Alle Amateur- und Berufsfotografen sind aufgerufen, ihre schöpferischen Kräfte in den Dienst des Wettbewerbes „Baufoto 69" zu stellen. Mit der Kunst der Fotografie Wesenszüge, Erfolge und Schwerpunkte im Entwicklungsprozeß des Bauwesens der DDR hervorzuheben, das sei ein würdiger Beitrag zu Ehren unserer zwanzigjährigen Deutschen Demokratischen Republik.

Wettbewerbsbedingungen

■ Jeder Teilnehmer ist berechtigt, bis zu 10 Fotos schwarz-weiß im Format 24 cm × 30 cm (unaufgezogen) oder color im Mindestformat 13 cm × 18 cm einzureichen. Thematisch zusammenhängende Fotos sind als Serie zu kennzeichnen. Die Sendungen sind unter dem Kennwort „Baufoto 69" zu richten an Deutsche Bauakademie, Deutsche Bauinformation – Bildstelle –, 102 Berlin, Wallstraße 27.
Jedes Foto ist auf der Rückseite mit der Bezeichnung des Motivs zu versehen, nach Möglichkeit sind Namen der Projektanten und weitere Kennwerte hinzuzufügen. Ferner muß jedes Foto eine sechsstellige Kennziffer tragen. Der Sendung ist ein verschlossener Umschlag beizufügen, der außen nur diese Kennziffer trägt. Auf dem Zettel im Inneren des Umschlages sind Name, Beruf und Anschrift des Einsenders sowie die Anzahl der eingesandten Fotos zu vermerken.
■ Für die zwanzig besten Fotos werden von der Deutschen Bauinformation folgende mit Urkunden verbundene Geldpreise ausgeschrieben:

1. Preis	1200,– Mark	4. bis 10. Preis	300,– Mark
2. Preis	1000,– Mark	11. bis 15. Preis	200,– Mark
3. Preis	750,– Mark	16. bis 20. Preis	150,– Mark

Als Sonderpreis der Redaktion „Der Bau" 250,– Mark
Als Sonderpreis der Zeitschrift „Deutsche Architektur" 250,– Mark
Die Preisträger erklären sich bereit, unter Wahrung ihrer Urheberrechte im Einvernehmen mit der Bildstelle der Deutschen Bauinformation einer breiten Popularisierung ihrer Fotos zuzustimmen.
■ Die Auswahl der Preise wird von einer Jury vorgenommen, die Entscheidung der Jury erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.
■ Das Ergebnis des Wettbewerbes und die Preisträger werden veröffentlicht. Die ausgezeichneten Fotos und die besten Leistungen des Wettbewerbes werden in einer Ausstellung zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR gezeigt werden.
■ Alle nicht zur Ausstellung gelangenden Fotos werden nach dem 1. 10. 1969 zurückgesandt.
■ Mit seiner Beteiligung erkennt jeder Einsender die Bedingungen an.
■ Einsendeschluß ist der 15. Mai 1969.

Deutsche Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie zu Berlin

Aus dem vorigen Heft:

Fichtelberghaus, Mehrzweckgaststätten Berlin, Weinkeller Moritzburg in Halle, Schloß Molsdorf, Parkrestaurant „Teehäuschen in Dessau", Wirtschafts- und Bewirtungsbereich in Gaststätten

Im nächsten Heft:

Großraumbüro in Erfurt-Rudisleben, Arbeitsumweltgestaltung in Großraumbüros, Industriezentrum Karl-Marx-Stadt, Bürogebäude am Thälmannplatz in Halle, Bürogebäude am Postplatz in Dresden,
Gebäudetechnische und physikalische Grundlagen bei Bürobauten

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 19. Juli 1968

Illusdruckteil: 26. Juli 1968

Titelbild:

Blick in das gesellschaftliche Zentrum des Wohngebietes Hans-Loch-Straße in Berlin
Foto: Herbert Fiebig, Berlin

Fotonachweis:

Gudrun Kubenz, Hoyerswerda (1); Lotte Collein, Berlin (2); Martin Skoyan, Deutsche Bauinformation Berlin (1); Harry Schmidt, Deutsche Bauinformation Berlin (2); Peter Garbe, Berlin (20); Herbert Fiebig, Berlin (29); Foto-Brüggemann, Leipzig (1); Karl Hoffmeister, Berlin (1); Ilse Wolter, Deutsche Bauinformation Berlin (1); Hubert Scholz, Berlin (6); Landesbildstelle Wien-Burgenland (1); Lucca Chmel, Wien (1); Georg Lippert, Wien (2); Fotoatelier P. Grünzweig, Wien (3); Tadeusz Barucki, Warschau (2); Technische Universität Dresden, Hochschulfilm- und -Bildstelle (9); Technische Universität Dresden, Institut für Ausbautechnik (1); Gottfried Beygang, Karl-Marx-Stadt (1); Michael Kröber, Halle (1)

10 deutsche architektur

XVIII. Jahrgang
Berlin
Oktober 1968

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Plenartagung der DBA

Am 23. und 24. 10. 1968 wird die Deutsche Bauakademie ihre 22. Plenartagung über Probleme des Städtebaus und der Architektur durchführen. Auf dieser Tagung sollen die neuesten Erkenntnisse von Forschung und Praxis auf diesen Gebieten erörtert und für ihre weitere Entwicklung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus verallgemeinert werden. Die Beratungen sollen dazu dienen, die Verbindung von Forschung und Praxis zu vertiefen und eine Orientierung für die Weiterentwicklung und Profilierung der Architekturwissenschaft zu erarbeiten.

BDA-Terminkalender

Kolloquium der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und Gesellschaftsbauten"
7. 11. 1968
Leipzig

10. Präsidiumssitzung
4. und 5. 12. 1968
Cottbus

Tagung der Zentralen Fachgruppe „Industriebau"
10. und 11. 12. 1968, Leipzig

Modell für die Neugestaltung der westlichen Platzwand des Thälmannplatzes in Halle.
Die Konzeption wurde von einem Architektenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Paulick ausgearbeitet

Dieser neue Omnibusbahnhof an der Straße der Nationen in Karl-Marx-Stadt, der mit einer sehr leichten Konstruktion überdacht ist, wurde jetzt seiner Bestimmung übergeben

Entwurf:
Architekt J. Mayer,
Gartenarchitekt R. Luckner

Einheit in der Vielfalt

Karl-Marx-Stadt

Potsdam

Dresden

Erfurt

oder die neue Sechseckwelle?

Zeitbombe im eigenen Land

... Unerträglicher Lärm, verstopfte Straßen, verpestete Luft, vergiftete Gewässer, zerstörte Landschaften sind Faktoren unserer gewohnten Umwelt geworden. Wir nehmen mit abgestumpftem Interesse wahr, daß der Bund, die Länder und die Kommunen vor leeren Kassen stehen. Wir hören, daß der Schul-, Straßen- und Wohnungsbau gefährdet seien ...

Aus den großen Katalysatoren unseres Wohlstandes sind lästige Tabus geworden, die uns daran hindern, unsere Umwelt neu zu ordnen, in letzter Minute dafür zu sorgen, daß sie lebenswert, ja auch nur existenzmöglich bleibt ...

Die Prachtstraßen unserer Großstädte dienten auch als Aufmarschgelände für Armeen, als Kanonenschneise zum Schutz gegen rebellierendes Volk. Eigentumsbildung im Wohnungsbau kann, weniger martialisch angelegt, ähnliche Ziele haben. Wer auf Generationen Hypotheken und Darlehen abzahlen muß, mäht folgsam seinen Rasen, für den Aufstand hat er weder Zeit noch Lust. Mit der Förderung des Eigentums läßt sich manches erreichen, wenn man das oft enttäuschte Sicherheitsbedürfnis unseres Volkes einkalkuliert und seinen traditionellen Hang zum eigenen Häuschen kennt. Das deutsche Eigenheim wurde zur Waffe gegen östliche Ideologien, wie ein Bundeswohnungsminister einmal sagte. Inzwischen hat sich diese Waffe als Zeitbombe im eigenen Land herausgestellt. Unsere Städte explodierten, ihr Umland wird immer mehr von dünner Flächenbebauung aufgefressen. Die meisten unserer Bebauungspläne sind Labyrinthe von Kleinstparzellen. Städte und Gemeinden werden von den Lasten der Erschließung, der Ver- und Entsorgung dieser dünnen Besiedlung erdrückt. Wirksame Nahverkehrsmittel lohnen sich wegen der geringen Bebauungsdichte kaum. Die städtischen Straßen werden deshalb durch den Individualverkehr zu Stoßzeiten immer chaotischer belastet ...

Auf winzigen, teueren Grundstücken wird vaterländische Tradition oder moderner Wohnstil geübt ... Ganze Industrien haben sich auf diese etwas schäbige Individualität eingerichtet. Der Architekt ist hier wirklich zum Erfüllungsgehilfen degradiert ...

(Aus dem Referat von Prof. Hans Kammerer bei der Jahreshauptversammlung des BDA in Bayern)

Bürobau für 10 Betriebe

In Potsdam-Rehbrücke wurde mit dem Bau eines achtgeschossigen Bürogebäudes innerhalb eines großen Investitionskomplexes begonnen. Der Investitionskomplex umfaßt ein Gelände von 24 ha in der Nähe des Bahnhofes Potsdam-Rehbrücke und wird künftig der Standort von zehn Betrieben sein, deren Büros in einem großen Gebäude rationell zusammengefaßt sind. Gleichzeitig entstehen Kultur- und Sozialräume, ein Heizhaus, Be- und Entwässerungsanlagen und ein Bahnanschluß, die von allen Betrieben gemeinsam genutzt werden. Durch diese Konzentration werden sowohl die Bau- wie auch die Nutzungskosten für jeden einzelnen Betrieb erheblich gesenkt, und für die kulturelle und soziale Betreuung der in diesen Betrieben Beschäftigten entstehen wesentliche Vorteile. Allein durch die Zusammenfassung der Wärmeversorgung sollen jährlich über 1 Million Mark an Betriebskosten eingespart werden können.

Dr. Pogány neuer Präsident

Die VII. Generalversammlung des Ungarischen Architektenverbandes wählte Dr. Frigyes Pogány als neuen Präsidenten. Vizepräsidenten wurden Lajos Skoda und Dr. Jenö Szendroi.

In Hoyerswerda wurde dieses modern ausgestaltete Centrum-Warenhaus fertiggestellt
Entwurf: Dipl.-Ing. A. Möller, Dipl.-Ing. G. Walther, Dipl.-Ing. H.-H. Forberg, Innenarchitekt H. Fellmann

Nachrichtenbüro und „Haus der Kybernetik", Prag
Architekten O. Hanke-Houfek, Z. Kuna, Z. Stupka

Raumzellen aus Dresden

Das Ingenieurbüro beim Bezirksbauamt Dresden entwickelte eine neue Raumzelle mit den Maßen 3 m × 8,20 m × 3,30 m. Bei der Vorfertigung erfolgen bereits der Wandanstrich und das Auslegen des Fußbodenbelages. Diese Raumzellen kommen zur Zeit für Schulergänzungsbauten und Kindergärten in Anwendung. Es ist vorgesehen, im nächsten Jahr im Bezirk Dresden 21 Kindergärten für 850 Kinder aus Raumzellen zu bauen.

Gegenwärtig sind bereits Untersuchungen im Gange, inwieweit diese Raumzellen für eingeschossige Wohnbauten anwendbar sind.

Wirtschaftliche Grenze: 40 Geschosse

Das Empire State Building mit 417 m Höhe wird in absehbarer Zeit in den USA nicht übertroffen. Nach Ansicht amerikanischer Fachleute wird sich der künftige Hochhausbau in den USA auf wirtschaftliche Grenzen beschränken. Eine solche Grenze sieht man heute – trotz wesentlich größerer technischer Möglichkeiten – bei etwa 40 Geschossen. Bei größeren Höhen wird der Anteil der Verkehrsflächen und der Aufzugskosten unvertretbar hoch, der Transport von Arbeitskräften und Material kostet zuviel. Da Klimaanlagen ohnehin auch bei weniger hohen Gebäuden notwendig sind, gehe der Trend zu größeren Gebäudetiefen. Andere Fachleute halten jedoch bei Anwendung von Hohlkastenkonstruktionen selbst den Bau 92-geschossiger Wohnhochhäuser noch für wirtschaftlich.

Kinderbibliothek in Clamart (Seine)
Architekten J. Renaudie, P. Riboulet u. a.

Dieses Projekt für ein 27geschossiges Wohngebäude wurde von Architekten des Moskauer Projektierungsinstituts MNIITEP ausgearbeitet

Projekt für ein Ferienhotel an der Adria bei Dubrownik. Architekt Ivan Straus

Professor Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick zum 65. Geburtstag

Professor Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick, Ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie, Chefarchitekt von Halle-Neustadt und Vorsitzender der Sektion Hochbau der Deutschen Bauakademie, begeht am 7. November 1968 seinen 65. Geburtstag.

Richard Paulick ist einer der profiliertesten Städtebauer und Architekten der DDR mit hohem internationalem Ansehen.

Hervorragende Resultate seiner komplexen theoretischen, praktischen und künstlerischen Arbeit sind seine Bauten im Nationalen Aufbauwerk 1951 in Berlin, der Wiederaufbau der Deutschen Staatsoper und die Errichtung der sozialistischen Wohnstädte Hoyerswerda, Schwedt a. d. O. und Halle-Neustadt.

Große Verdienste um den wissenschaftlichen Fortschritt im Bauwesen hat sich Richard Paulick als langjähriger Vizepräsident der DBA, als Direktor des ehemaligen Instituts für Wohnungsbau sowie als Vorsitzender der Sektion Hochbau und des ihr vorangegangenen Zentralen Arbeitskreises Allgemeiner Hochbau erworben. Hervorzuheben ist seine an vielen Aufbauschwerpunkten gezeigte Fähigkeit, die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung schnell in der Baupraxis durchzusetzen. Dabei beschritt er in Projektierung und Baudurchführung neue Wege.

Richard Paulick, geboren in Roßlau, studierte an der Technischen Hochschule Dresden und in Berlin-Charlottenburg. Seine Lehrer waren unter anderen die Professoren Dülfer, Muesmann, Pölzig und Jansen. Nach Ablegung des Diplomexamens arbeitete er bis 1930 bei Prof. Dr. h. c. Gropius. 1933 emigrierte er aus Hitler-Deutschland nach China, wo er bis 1949 als Architekt tätig war. 1950 kehrte er in die Deutsche Demokratische Republik zurück, um am Neuaufbau teilzunehmen.

Als Wissenschaftler und schöpferischer Architekt sah er seine Hauptaufgaben darin, das industrielle Bauen und seine Meisterung für eine sozialistische architektonische Gestaltung in unserer Republik durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, war es sein Anliegen, den Produktionsprozeß wissenschaftlich und ökonomisch zu durchdringen und gleichzeitig auch gute Lösungen für die baukünstlerische Qualität zu schaffen.

Bereits bei den Bauten des Nationalen Aufbauwerkes 1951 bis 1953 hat er als Projektant des Abschnittes C sowie als Leiter des Aufbaustabes des 1. Teiles der Karl-Marx-Allee diese grundsätzlichen Erkenntnisse unter den damaligen materiellen Bedingungen anzuwenden vermocht. Sein Bemühen wirkte sich auf die große bauliche Leistung zur Errichtung dieses Stadtkomplexes und seine anerkannte einheitliche städtebauliche Gestaltung fruchtbar aus.

Einer seiner ersten repräsentativen gesellschaftlichen Bauten in Berlin war die 1951 zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten eröffnete Sporthalle in der Karl-Marx-Allee. In diesem Zusammenhang soll ein weiteres, von ihm für unsere studentische Jugend 1954 in Dresden errichtetes Gebäude, das Haus der Hochschule für Verkehr, genannt werden.

Der von ihm ausgeführte Wiederaufbau der Berliner Staatsoper stellt mit seiner großzügigen Umgestaltung, welche die Architektur Knobelsdorffs voll zu Geltung brachte, ohne auf die Erfordernisse der modernen Ausstattung eines weltstädtischen Theaters zu verzichten, ein Meisterwerk dar.

Der unter seiner Leitung erfolgte Neubau des Operncafés (ehem. Prinzessinnenpalais) und das unter seiner maßgebenden Mitwirkung entstehende Kulturhaus der Stadt Berlin, Unter den Linden (ehem. Kronprinzenpalais), vollenden das Berliner Forum und die Bebauung der Straße Unter den Linden.

Diese Bauwerke im einzelnen, noch mehr aber ihre Ensembles fügen den Ergebnissen der Bautätigkeit Richard Paulicks in Berlin eine weitere bedeutende Leistung für die sozialistische Gestaltung der Hauptstadt der DDR hinzu.

Sein ganzes Können als Städtebauer, Architekt, Wissenschaftler und nicht zuletzt als Organisator konnte er beim Aufbau der Wohnstädte Hoyerswerda, Schwedt a. d. O., Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt ebenfalls unter Beweis stellen.

Entsprechend den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED wurde 1963 mit dem Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt begonnen und in Durchführung dieser Aufgabe das Büro des Chefarchitekten beim Hauptplanträger gebildet. Unter seiner Leitung wurden der Generalbebauungs- und Verkehrsplan, die technisch-ökonomischen Zielsetzungen für die Wohnkomplexe sowie für das Stadt- und Bildungszentrum erarbeitet. Seine Verantwortung umschloß die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Gesamtaufbaus von Halle-Neustadt.

Richard Paulick konnte in Auswertung seines großen Wissens und seiner reichen Erfahrungen die Industrialisierung des Wohnungsbaus sowie die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur beim Aufbau von Halle-Neustadt verstärkt voranführen.

Die weitgehende Anwendung neuer Konstruktionen und Verfahren, zum Beispiel von HP-Schalen, Metalleichtbauten, Seilkonstruktionen, neuer Baustoffe und Werkstoffe der Chemie, vor allem von Plasten, wurde von ihm mit allem Nachdruck gefördert.

Mit der Gestaltung von Halle-Neustadt hat Richard Paulick für die weitere Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der Architektur in der DDR einen bedeutenden Beitrag geleistet.

Im Rahmen der von ihm geleiteten Sektion Hochbau der DBA hat er eine grundlegende wissenschaftliche Abhandlung zur sozialistischen Rekonstruktion und Modernisierung der Altbausubstanz unserer Städte erarbeitet und sie den interessierten Fachkreisen nach gemeinsamer Beratung der Ergebnisse zur Verfügung gestellt.

Seit mehreren Jahren vertritt er die Belange des Wohnungsbaus der DDR bei der ECE der UNO in Genf.

Richard Paulick hat seine umfassenden theoretischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur stets der jungen Generation unserer Architekten und Städtebauer weitervermittelt.

Durch Betreuung von Doktoraspiranten, Begutachtung von Dissertationen, zahlreiche Vorträge an Hochschulen sowie bei anderen Bildungsmaßnahmen hat er geholfen, viele junge Fachkollegen mit den neuesten Erkenntnissen des sozialistischen Städtebaus und der Architektur vertraut zu machen und sie weiterzuqualifizieren.

Seine Bauten fanden hohe Anerkennung und Würdigung. Die Errichtung der Deutschen Sporthalle wurde mit dem Goethe-Preis der Stadt Berlin, der Aufbau der Karl-Marx-Allee, 1. Teil, mit dem Nationalpreis I. Klasse ausgezeichnet. 1954 erhielt er als Zeichen der Anerkennung seiner besonderen künstlerischen Leistungen den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Der Wiederaufbau der Deutschen Staatsoper wurde 1956 mit der Verleihung des Nationalpreises II. Klasse gewürdigt. Anläßlich seines 60. Geburtstages erhielt er die Verdienstmedaille der DDR.

Im gleichen Jahr wurde ihm als Ausdruck der hohen Ehrung für seine besonderen Verdienste um den wissenschaftlichen Fortschritt im Bauwesen und in Würdigung seiner besonderen Leistungen als Architekt und Städtebauer der akademische Grad eines Dr.-Ing. e. h. verliehen.

Sein stets erfolgreiches Bemühen um die Synthese von Architektur und bildender Kunst bei seinem Bauschaffen sowie seine vielfältige Tätigkeit auf kulturellem Gebiet wurden durch die Verleihung des Händel-Preises des Rates des Bezirkes Halle und der Johannes-R.-Becher-Medaille in Gold im Jahre 1967 anerkannt.

Zu seinem Ehrentage möchte ich ihm zugleich im Namen des Präsidiums der Deutschen Bauakademie für seine aufopferungsvolle Arbeit als Architekt, Städtebauer und Wissenschaftler danken.

Diesen Dank darf ich mit dem Wunsch verbinden, daß Richard Paulick bei bester Gesundheit und mit viel Schaffenskraft noch lange Zeit im Bauwesen unserer Republik wirken möge.

Prof. Dipl.-Ing. Heynisch
Präsident der Deutschen Bauakademie

Der Wiederaufbau der zerstörten Staatsoper und des Operncafés (ehemaliges Kronprinzessinnenpalais) in Berlin Unter den Linden gehören zu den bedeutendsten Arbeiten von Professor Paulick. Für seine baukünstlerischen Leistungen beim Wiederaufbau der Staatsoper wurde Professor Paulick der Nationalpreis verliehen.

Nach seiner leitenden Tätigkeit beim Aufbau von Hoyerswerda und Schwedt ist Professor Paulick als Chefarchitekt der neuen Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt tätig. Die ständige Verbindung von wissenschaftlicher Forschung mit der Lösung bedeutender Aufgaben unmittelbar in der Praxis gehört zu dem charakteristischen Arbeitsstil von Professor Paulick.

Blick in eines der neuen, in industrieller Bauweise errichteten Wohngebiete von Halle-Neustadt
Bedeutende Verdienste erwarb sich Prof. Paulick bei der Weiterentwicklung des industriellen Bauens und bei der Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen. Technik und Ökonomie sind ihm jedoch kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Schaffung besserer Lebensbedingungen.

Reale Perspektiven des Städtebaus, der Architektur und der Wohnkultur

Bericht über eine bemerkenswerte Ausstellung

Interview mit dem Präsidenten des BDA, Professor Edmund Collein

Im Juni dieses Jahres wurde in Halle die Ausstellung „Reale Perspektiven des Städtebaus, der Architektur und der Wohnkultur" durchgeführt. Diese Ausstellung gab zum ersten Mal einen umfassenden Überblick über Ergebnisse und Perspektiven der sozialistischen Umweltgestaltung in der DDR. Die Ausstellung fand, wie die Besucherzahlen zeigen, nicht nur bei Fachleuten, sondern auch bei Tausenden von Bürgern aller Bevölkerungsschichten lebhaftes Interesse.
Wir stellen unserem Bildbericht ein Interview voran, in dem Professor Dipl.-Arch. Edmund Collein die Zielsetzung dieser Ausstellung erläutert und eine kritische Einschätzung zu den dort gezeigten Arbeiten gibt. red.

„Ob's von da oben dann auch alles so klein aussieht . . .?
Die interessiertesten Besucher: Die junge Generation

Red.: Genosse Professor Collein, Sie haben als Präsident des Bundes Deutscher Architekten und als Vorsitzender der Sektion Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie die Vorbereitung der Ausstellung geleitet. Welches Ziel wurde mit dieser Ausstellung verfolgt?

Prof. Collein: Man kann nicht über das Ziel der Ausstellung sprechen, ohne zu erwähnen, daß sie einen bedeutenden Platz unter den Veranstaltungen der 10. Arbeiterfestspiele in Halle einnahm. Es ist ja das erste Mal, daß in Erweiterung des vielseitigen Programms der Arbeiterfestspiele eine Ausstellung über Städtebau und Architektur gezeigt wurde. Damit ist auch schon gesagt, daß das Ziel einer solchen Ausstellung über das einer Fachausstellung im üblichen Sinne hinausging. Anliegen und Aufgabe war es, sichtbar zu machen, wie die gebaute Umwelt der sozialistischen Menschengemeinschaft Gestalt annimmt und wie in der DDR mit Hilfe der Baukunst die Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen und eines sozialistischen Schönheitsempfindens gefördert werden. Schließlich sollte deutlich werden, welche Rolle der Initiative der Bürger bei der Gestaltung der Umwelt zukommt. Diese Initiative spiegelt sich ja schon heute vor allem in der Torgauer Initiative und im Berliner Aufruf wider.

Red.: Das heißt also, daß diese Ausstellung auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu sehen ist?

Prof. Collein: Ja, das ist richtig. Wir sind davon ausgegangen, daß wir uns, wie es im Beschluß des Staatsrats der DDR vom 30. November 1967 heißt, jener Zeit nähern, in der der Mensch beginnt, seine Umwelt nach den Gesetzen der Schönheit zu gestalten und damit das Bild des Menschen und seine Beziehungen nach den Gesetzen der Schönheit zu formen. Wir wollten also darüber unterrichten, wie sich dieser bedeutsame Prozeß in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als eine Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten vom gesellschaftlichen Auftraggeber über die Städtebauer, Architekten, bildenden Künstler, Ingenieure und Technologen bis zu den Schrittmachern und Brigaden auf den Baustellen vollzieht. Eine Ausstellung solchen Inhalts, die darstellt, wie wir in der DDR unsere sozialistische Umwelt gestalten, sollte also dem Besucher das Bewußtsein vermitteln, daß der VII. Parteitag der SED auch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur eine neue Etappe einleitete, daß Städtebau und Architektur zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe ersten Ranges geworden sind, weil Kultur und Kunst in unserer Gesellschaft immer mehr zu einem Bedürfnis der Menschen werden und weil wir mit den Werken der Baukunst nicht nur Gebrauchswerte, sondern in hohem Maße Kulturwerte schaffen. Diesen Zusammenhang und zugleich den Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Umwelt vor Augen zu führen erforderte, alle Lebensbereiche einzubeziehen. Und so erstreckte sich die Thematik der Ausstellung inhaltlich auf die Gestaltung einer kulturvollen sozialistischen Umwelt für die Arbeit, das Wohnen, die Erholung, die Erziehung, Bildung und Kultur. Sie bezog dabei mit besonderer Betonung die wichtige Frage der Synthese von Architektur und bildender Kunst ein.

Red.: Bei der von Ihnen genannten Komplexität der Thematik war jedoch auffallend, daß sich der größte Teil der Ausstellung mit der Gestaltung unserer Stadtzentren befaßte. Warum wurde diese Problematik so stark betont?

Prof. Collein: Es war von Anfang an das Ziel der Veranstalter, den Aufbau der Stadtzentren als einen Schwerpunkt zu behandeln, weil ja die Aufgabe, neue Wesenszüge einer sozialistischen Architektur herauszubilden, in ganz besonderem Maße bei der Herausarbeitung einer für die jeweilige Stadt charakteristischen, unverwechselbaren städtebaukünstlerischen Lösung konkrete Gestalt annimmt. Den Höhepunkt der Ausstellung bildeten daher ohne Zweifel die erst in jüngster Zeit ausgearbeiteten und bestätigten städtebaulichen und architektonischen Konzeptionen für den weiteren Aufbau der Stadtzentren, also der Hauptstadt der DDR sowie in den Städten Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Magdeburg, Potsdam. Darüber hinaus informierten auch weitere Städte, wie Erfurt, Halle, Suhl und andere, durch Studien über den Stand der Vorbereitungen zur Umgestaltung ihrer Stadtzentren.

Red.: Wie schätzen Sie das Gesamtergebnis der Ausstellung ein?

Prof. Collein: Wenn Sie mich danach fragen, so möchte ich mich dem allgemeinen Urteil anschließen, das besagt, daß diese Ausstellung, mit der im gewissen Sinne Neuland betreten wurde und die in unverhältnismäßig kurzer Zeit entstand, sehr gut eingeschätzt wurde. Besonders erfreut waren natürlich die Schöpfer der Ausstellung über die Anerkennung, die Genosse Walter Ulbricht und die anderen Mitglieder des Politbüros und der Regierung bei der Eröffnung der Ausstellung aussprachen. Man kann also sagen, daß die intensive Mitarbeit der Bezirke und Städte und die gute Zusammenarbeit des Ausstellungskollektivs zu einer bemerkenswerten Leistung geführt haben. Ich möchte vor allem erwähnen, daß die Gestaltung der Ausstellung vom ersten Tag an in bewährten Händen lag und dem künstlerischen Leiter, Herrn Schäfer von der Fachschule für Gestaltung und Werbung Berlin, anvertraut war. Er bewältigte mit Erfahrung und großem Können die schwierige Aufgabe, die aus den Bezirken und Städten angelieferten Exponate zu einer künstlerisch einheitlich gestalteten Aussage zusammenzufassen. Seine Assistenten und Schüler sind bei der Realisierung mit viel Elan und Einfühlungsvermögen dieser Konzeption gefolgt.

Red.: Wie beurteilen Sie die fachlichen Ergebnisse der Ausstellung, und welche Arbeiten verdienen nach Ihrer Meinung durch ihren richtungweisenden Charakter besondere Aufmerksamkeit?

Prof. Collein: Der fachliche Erfolg, der in der Ausstellung sichtbar wird, ist ja ein Erfolg des Schaffens unserer Städtebauer, Architekten, bildenden Künstler und Bauschaffenden, und ich glaube, daß darauf auch alle die Aussagen gezielt sind, die feststellen, daß wir in der Gestaltung unserer Städte, in der Gestaltung des Arbeits- und Wohnmilieus doch einen guten Schritt vorangekommen sind. Die neue Qualität wird natürlich, wie ich schon sagte, vor allem bei den großen Aufgaben sichtbar, also beim Aufbau der Stadtzen-

Berlin*

Das interessanteste Objekt schickte der Chefarchitekt von Berlin, Joachim Näther: das Modell des Bereiches um den Alexanderplatz und den Fernsehturm
Der Vorsitzende des Staatsrates und Arbeiter der Leunawerke, Minister und Baubrigaden, Bürgermeister und Genossenschaftsbauern, Bildhauer und Hausfrauen und natürlich auch viele Architekten aus allen Teilen unserer Republik gehörten zu den Tausenden von Besuchern der Ausstellung

Die neuen Ausstellungshallen auf der Peißnitz-Insel, einem Erholungspark in Halle, wurden in Rekordzeit gebaut und zusammen mit einer neuen Freilichtbühne zu den 10. Arbeiterfestspielen eingeweiht

tren. Aber ich glaube, wir sollten nicht übersehen, daß auch im Wohnungsbau, bei der Gestaltung unserer Wohngebiete Fortschritte zu verzeichnen sind. Erste gute Ansätze sind bei der Gestaltung des Arbeitsmilieus, besonders des Arbeitsplatzes, erkennbar. Nicht zuletzt wurden auch auf dem Gebiet der Planung und Gestaltung unserer Erholungszentren neue Ideen und Gedanken sichtbar.

Wenn ich noch einmal auf die Stadtzentren zurückkomme, dann deshalb, weil hier also die neue Qualität besonders deutlich wird. Diese Qualität, so meine ich, kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß, ausgehend von gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen und in enger Zusammenarbeit zwischen dem gesellschaftlichen Auftraggeber und den Städtebauern und Architekten, ganz konkrete Grundlagen für die Herausarbeitung charakteristischer städtebaulicher und architektonischer Konzeptionen geschaffen wurden. Auf diese Weise wurde es möglich, das individuelle Gesicht der jeweiligen Stadt prägnant zu gestalten. Sie wissen, daß zum Beispiel Karl-Marx-Stadt hier lobend erwähnt wurde, weil die Städtebauer und Architekten, ausgehend von dem verpflichtenden Namen der Stadt, die große Tradition der Arbeiterstadt herausgestellt und darauf die Gesamtkonzeption für das Stadtzentrum aufgebaut haben.

Den Höhepunkt bildet dabei der Zentrale Platz mit einem Karl-Marx-Denkmal nach dem in der Ausstellung gezeigten Entwurf des sowjetischen Bildhauers Kerbel. Ähnliches könnte man von vielen anderen Städten berichten. Ich nehme einmal Potsdam heraus, wo die gesellschaftspolitische Aufgabenstellung die Gestaltung eines Karl-Liebknecht-Forums vorsieht. Architektur und bildende Kunst werden bei der Herausarbeitung dieses neuen Kultur- und Bildungszentrums, das den Höhepunkt des Stadtzentrums bildet, als Einheit betrachtet.

Weiterhin wird, glaube ich, die neue Qualität auch darin sichtbar, daß in vielen Städten heute weit besser als bisher verstanden wird, die wertvolle historische Substanz und die Besonderheiten der Landschaft in die Gestaltung der Stadtzentren einzubeziehen und mit den Mitteln der bildenden Kunst die künstlerische Aussage zu vertiefen, um ein Beispiel dafür zu nennen: Besonders gefällt in der Ausstellung die neue Konzeption für die Gestaltung des Elbufers in Magdeburg. Die Hinwendung zum Fluß, die Betonung der Ost-West-Achse mit der Elbebrücke, die terrassenartig gestaffelte Bebauung entlang des Stroms unter Einbeziehung der alten Stadtsilhouette, die Absicht, das neue Zentrum mit dem Fluß, mit der Flußlandschaft in Verbindung zu bringen – all das hat zweifellos zu einer sehr charakteristischen und einprägsamen Lösung geführt.

Red.: Das Präsidium des Bundes Deutscher Architekten hat gemeinsam die Ausstellung besucht und in einer anschließenden Diskussion die Ergebnisse generell positiv bewertet. Die Diskussion brachte aber auch zum Ausdruck, daß es einige schwache Punkte in der Entwicklung unserer Architektur und unseres Städtebaus gibt, die in der Ausstellung sichtbar wurden. Ist das auch Ihre Meinung?

Prof. Collein: Ja, das ist auch meine Meinung. Schon in der Phase der Vorbereitung der Ausstellung wurden uns diese schwachen Stellen natürlich bekannt. Ich möchte so sagen: In der Halle 1, in der vornehmlich die Stadtzentren gezeigt werden, wird ein Fortschritt in breiter Front sichtbar. In der Halle 2, die den Fragen des Wohnmilieus, des Arbeitsmilieus, der Erholung, des Sports und anderem gewidmet ist, wird dagegen sichtbar, daß zwar in einzelnen Bezirken durchaus beachtliche Leistungen zu verzeichnen sind, daß aber insgesamt noch ein uneinheitliches Niveau besteht, weil die guten Erfahrungen nicht in genügendem Maße auf andere Bezirke übertragen werden. Es bleibt also bei Einzelleistungen, weil progressive Leistungen nicht systematisch analysiert und auch so dokumentiert werden, daß sie anderen als Vorbild dienen können. Auf dem Gebiet der Gestaltung des Arbeitsmilieus wird offensichtlich noch nicht mit genügend Initiative und Nachdruck gearbeitet. Aber auch hier gibt es gute Einzelleistungen. Es kommt jetzt darauf an, diese guten Beispiele in der Republik bekanntzumachen und vor allem auf diesem Gebiet in Wissenschaft und Praxis in breiter Front zu arbeiten. Ähnlich verhält es sich auf dem Gebiet des Erholungswesens und des Sports. Auch hier gibt es natürlich viele Initiativen und gute Vorschläge. Aber wir vermissen eine Orientierung auf die Herausbildung gesellschaftlicher Erholungszentren und auch gesellschaftlicher Einrichtungen, wie sie in der Ausstellung zwar als Vorschläge gezeigt, aber bisher kaum realisiert wurden, also zum Beispiel mehrgeschossige Heime für Urlauber und Feriengäste in Verbindung mit Versorgungs- und Kulturzentren. Statt dessen sehen wir immer noch Vorschläge, mit denen man glaubt, die wachsenden Probleme der Freizeitgestaltung wie bisher mit kleineren Bungalowbauten und Campingplätzen lösen zu können. Ich glaube, hier hat die Ausstellung ebenfalls Probleme aufgeworfen, die einer Lösung bedürfen. Aber die Ausstellung zeigt auch, daß wir auf diesem Gebiet noch nicht allzuviel an konkreten Leistungen vorzeigen können.

Interessant sind schließlich auch die Ansätze, die wir im Angebot neuer Materialien verzeichnen können. Ich denke da an die sehr interessanten Exponate des Stahlwerkes in Thale, das emaillierte Stahlbleche für die Außenwandgestaltung anbietet. Diese Bleche ermöglichen eine gewisse Plastik in der Außenhaut und zeichnen sich durch eine schöne und beständige Farbgebung aus. Diese Entwicklung sollte im Hinblick auf eine kostengünstige industrielle Massenfertigung verfolgt werden.

Red.: In der Präsidiumssitzung wurde unter anderem von einem „neuen Schematismus" gesprochen. Wie beurteilen Sie diese Argumente?

Prof. Collein: Der neue Schematismus wurde eigentlich an ganz konkreten Beispielen abgehandelt. Es ist bekannt, daß unsere Kollegen beim Stadtzentrum von Karl-Marx-Stadt verstanden haben, einmal von der üblichen Gebäude- und Grundrißform abzugehen und durch Verwendung vornehmlich sechseckiger Raumformen zu einer neuen Komposition zu kommen, die auch bestimmte funktionelle Vorzüge mit sich bringt. Kaum hat eine solche Lösung einmal Anklang gefunden, müssen wir nun beobachten, daß andere sie einfach schematisch übernehmen. So können wir zum Beispiel nun ähnliche Formen bei der Gestaltung der Zentren von Potsdam, Dresden und Erfurt finden. Wir sind der Meinung, daß sich jeder aus seiner konkreten Situation und Aufgabenstellung heraus Gedanken machen muß, wie er zu neuen lebendigen Formen kommt, und daß man nicht einfach etwas übertragen kann aus einer Situation heraus, in der zunächst einmal eine solche Form entstanden ist. Wir meinen, daß das tatsächlich Ansätze für einen Schematismus sind und daß man dem rechtzeitig vorbeugen sollte.

Red.: Der Vorsitzende des Staatsrates hat bei seinem Besuch in der Ausstellung eine Aussprache mit den anwesenden Architekten und bildenden Künstlern geführt. Welche Fragen standen dabei im Vordergrund?

Prof. Collein: Ich kann hierauf nur kurz antworten, denn diese Aussprache war sehr ausführlich. Erfreulicherweise wurde ein lebhafter Meinungsstreit bereits in der Ausstellung begonnen. Als die wichtigsten Fragen möchte ich folgende nennen: Einmal die sich weiterentwickelnde sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Architekten und bildenden Künstlern, deren Notwendigkeit mehrmals und sehr deutlich unterstrichen wurde, um auf diese Weise mit den Werken der bildenden Kunst die Aussage, die wir mit der Baukunst machen, noch zu steigern und zu bereichern. Eine weitere Frage, die zwar in der Ausstellung noch nicht ihren Niederschlag finden konnte, aber sehr stark als neue Aufgabe vor uns steht, war die architektonische Gestaltung der Siedlungsschwerpunkte auf dem Lande. Mit dem weiteren Prozeß der Konzentration und industriemäßigen Organisation der landwirtschaftlichen Produktion ergeben sich auch für das Leben der Menschen auf dem Lande ganz neue Bedingungen und Anforderungen, die bei der Gestaltung der Siedlungsschwerpunkte Berücksichtigung finden müssen. Ähnlich zukunftsorientiert waren die Hinweise für die Gestaltung der Erholungszentren, die mit der wachsenden Freizeit bei uns eine besondere Bedeutung erlangt haben. Schließlich – und vielleicht ist das der wichtigste Hinweis – regte Genosse Walter Ulbricht an, den Meinungsstreit weiterzuführen und die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Architekturtheorie weiter voranzubringen. Ausgehend von den Erfahrungen der Praxis, sollte man nunmehr dazu übergehen, bestimmte Verallgemeinerungen vorzunehmen, bestimmte Fragen und Schlußfolgerungen bereits theoretisch zu formulieren. Dazu ist es natürlich notwendig, weiter in ständigem Meinungsstreit zu bleiben, sowohl unter den Fachleuten als auch zwischen den Architekten, bildenden Künstlern und der Bevölkerung.

Es wurde gewisse Kritik daran geübt, daß unsere Auseinandersetzungen oft noch an der Oberfläche bleiben, daß man oft die Kernfragen umgeht. Das betraf ganz speziell das Zurückbleiben auf bestimmten Gebieten, wie die Einbeziehung der bildenden Kunst in die Architektur, das betraf aber auch die Auseinandersetzung mit unseren realisierten Vorhaben oder auch mit Plänen und Projekten. Ich meine, daß hier auch der Zeitschrift die Aufgabe gestellt wurde, führend in diesem Meinungsstreit zu wirken und eben die Grundfragen frei und offen zur Diskussion zu stellen. Genosse Walter Ulbricht sagte: „Auch wenn man einmal falsche Argumente bringt oder in falscher Richtung diskutiert, das soll uns nicht schrecken. Es dient schließlich der Klärung der Fragen, wenn wir uns breit und offen mit diesen Problemen auseinandersetzen." Wir können daraus viele Schlußfolgerungen ziehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß die 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie für die Diskussion und Durchdringung der neuen Probleme große Bedeutung haben wird. Das Plenum, das Ende Oktober des Jahres stattfindet, wird als eine wissenschaftliche Konferenz vorbereitet, das heißt, es geht dem eigentlichen Plenum eine ganze Reihe von kleineren Veranstaltungen in den Städten und Bezirken unserer Republik voraus, in denen wir bestimmte Kernfragen und bestimmte Probleme in einem Kreis von gesellschaftlichen Auftraggebern, Architekten und bildenden Künstlern diskutieren wollen, um auf dem Plenum in bestimmtem Maße bereits die kollektive Meinung der Fachleute und auch des gesellschaftlichen Auftraggebers vortragen zu können. Ich glaube, das ist ein wichtiger und zum Teil neuer Weg, in Gemeinschaftsarbeit ein solches Plenum vorzubereiten. Darin zeigt sich auch die enger werdende Verbindung der Wissenschaft mit der Praxis. Wir sind überzeugt, daß gerade dieses Plenum mit dazu beitragen wird, die in der Aussprache mit Genossen Walter Ulbricht aufgeworfenen Probleme schrittweise einer Lösung zuzuführen.

Karl-Marx-Stadt

Stadtarchitekt Hahn faßte bei der Konzeption für den Zentralen Platz der Stadt Architektur und bildende Kunst als Einheit auf. Mittelpunkt aller künstlerischen Vorhaben im Stadtzentrum ist das Karl-Marx-Denkmal des sowjetischen Bildhauers Kerbel. Es bestimmt thematisch den Zentralen Platz und ist Ausgangspunkt für weitere plastische und bildkünstlerische Gestaltungen der revolutionären Vergangenheit und sozialistischen Gegenwart der Stadt.

Arbeitsumweltgestaltung

Im neuen Bürogebäude des VEB Chemieanlagenbau Erfurt-Rudisleben entstand mit der zweckvollen Arbeitsorganisation im Großraumbüro zugleich eine kulturvolle Arbeitsumwelt. In der Hallenser Ausstellung galt eine Abteilung diesem Thema als integrierender Bestandteil der sozialistischen Architektur.

Dresden*

Die alte Kunststadt Dresden gibt mit ihrem Modell ein Beispiel für die Einbeziehung der wertvollen historischen Bausubstanz in ein modernes Stadtzentrum. Ein Kranz differenziert gestalteter Hochhäuser wird den Altstadtkern umgeben. Stadtarchitekt Leucht betonte das Bestreben, durch eine Konzentration der Funktionen erlebnisreiche Fußgängerzonen zu schaffen, die vom Hauptbahnhof bis zur inneren Neustadt reichen.

Erfurt*

Erfurt, eine der ältesten deutschen Städte, beginnt sich von Grund auf zu erneuern. Eine großzügige Verkehrslösung soll eine Überbelastung des Stadtkerns verhindern. Die unter Denkmalschutz stehenden Teile der Altstadt sollen weitgehend erhalten bleiben. Auf dem Petersberg soll nach dem Vorschlag des Stadtarchitekten Nitsch eine neue Stadtkrone entstehen.

Halle*

Die Durchführung eines Wettbewerbes für die Umgestaltung der Innenstadt von Halle war gewissermaßen die erste Amtshandlung des neuen Stadtarchitekten Dipl.-Ing. Kröber. In der Ausstellung wurde eine Wettbewerbsarbeit des Kollektivs Dipl.-Ing. Proske gezeigt, die einen 1. Preis erhielt. Eines der schwierigsten Probleme ist die Schaffung eines leistungsfähigen Straßensystems. Die neuen Verkehrsbauten am Thälmannplatz sind der Beginn dieser Maßnahmen.

Magdeburg*

Die Stadt des Schwermaschinenbaus orientiert sich mit ihrem Zentrum zum Strom, von dem es über Jahrhunderte durch Befestigungsanlagen und später durch Lagerplätze und Schuppen isoliert war. Die neue Bebauung längs der Elbe, eine Stadthalle, Restaurants und Hotels, betont die natürliche Terrassenbildung des Ufers. Im Blickpunkt des Zentralen Platzes und der neuen Elbebrücke wird nach der unter Leitung von Stadtarchitekt Dr. Michalk ausgearbeiteten Konzeption ein Hochhaus des Schwermaschinenbaus entstehen.

Halle-Neustadt*

In unmittelbarer Nähe der Ausstellung entsteht eine neue Stadt mit 80 000 bis 100 000 Einwohnern: Halle-Neustadt. Das Büro des Chefarchitekten Prof. Dr. Paulick stellt ein neues Modell der Stadt vor, das sich von der ursprünglichen Konzeption durch die konsequente Trennung von Fußgänger- und Lieferverkehr, die Verbindung des Zentrums mit einem Komplex von Wohnhochhäusern mit hoher Einwohnerdichte und eine insgesamt differenzierte Gestaltung unterscheidet. Im Zentrum befinden sich unter anderem ein Einkaufsbereich mit Warenhaus, ein Hochhaus der Chemie und ein Bildungszentrum (im Vordergrund).

Unten: Blick auf die Magistrale von Halle-Neustadt mit dem Zentrum und dem anschließenden Gebiet mit Wohnhochhausbebauung (rechts)

Potsdam*

Aufbauschwerpunkt im Zentrum von Potsdam ist das künftige Karl-Liebknecht-Forum, für das Potsdams Stadtarchitekt Berg ein neues Modell vorstellte. An dem zum Wasser offenen Forum sollen in den nächsten Jahren ein Theater, eine Stadthalle, ein Bildungszentrum und ein Hotel entstehen.

Modell eines neuen Kindergartens in Halle-Neustadt mit einer Dachkonstruktion aus vorgefertigten Schalenelementen

Hoyerswerda*

Kurvenreich ist das völlig neue Stadtmodell von Hoyerswerda, das Stadtarchitekt Wagner zur Ausstellung schickte und in dem nur das bereits fertige Warenhaus seinen Standort behielt. Zentrum ist nicht ein einzelner Platz, sondern eine Raumfolge verschiedener Erlebnisbereiche.

* Uber die Perspektive dieser Städte berichten die Stadtarchitekten in dem Buch „Städte und Stadtzentren", das 1969 im VEB Verlag für Bauwesen erscheint.

Wohnungen 1 : 1

Von den Besuchern am meisten frequentiert waren die gut ausgestatteten Wohnungen des für Halle-Neustadt weiterentwickelten Typs P2, die als Modell im Maßstab 1 : 1 in der Ausstellung zu sehen waren.

Jena

Jena präsentierte sich mit einem neuen Modell des Wohngebietes Jena-Lobeda, in dem die alte Zeilenkonzeption noch durchschimmert. Das Beispiel zeigt jedoch, daß auch eine Neubearbeitung vorhandener und zum Teil in der Realisierung begriffener Projekte zu Verbesserungen führen kann.

Parchim

Die kleine Stadt Parchim zeigte ein Projekt für den Aufbau des Wohngebietes Weststadt. Mit einem begrenzten Typensortiment und auch ohne Hochhäuser wurde eine klare Raumbildung erreicht.

1

Stadtzentrum Leipzig

Dr.-Ing. Horst Siegel
Chefarchitekt der Stadt Leipzig

Leipzig verfügt über einen international bekannten, äußerst interessanten Stadtzentrumskern. Er wird im wesentlichen durch den Promenadenring begrenzt und hat einen Durchmesser von 600 bis 800 m.

Während des Krieges wurde dieses Gebiet besonders hart betroffen, blieb aber von ausgedehnten Flächenzerstörungen verschont. Allerdings sind Teilbereiche, wie zum Beispiel der heutige Karl-Marx-Platz, fast hundertprozentig in Schutt und Asche gelegt worden.

Zunächst ging es nicht darum, ein gänzlich neues Stadtbild zu schaffen, sondern um die Weiterentwicklung und Umgestaltung des historisch Gewachsenen, von der Zerstörung Verschonten und Erhaltenswerten sowie um das Einfügen neuer Bauten in diesen Organismus. Zugleich aber sollten das neue Leipzig und seine sozialistische Entwicklung in repräsentativen Bauten mit neuer Qualität ihren Ausdruck finden.

Gestaltungsprinzipien, ökonomische Möglichkeiten, bautechnische Voraussetzungen und fachtechnisches Können haben seit den ersten Planungen verständlicherweise manche Veränderung und Verbesserung erfahren. Die Not der ersten Nachkriegsjahre mußte überwunden werden. Maßstäbe, Anforderungen und die Kräfte zur Lösung der Aufgaben sind gewachsen. Galt manche Ruine vor Jahren aus ökonomischen Erwägungen noch als erhaltenswert und manches im Trümmerfeld stehengebliebene Bauwerk als unantastbar, so setzte sich doch die Erkenntnis durch, daß großzügige städtebauliche Konzeptionen, wie sie Gegenwart und Zukunft von uns fordern, oft nicht ohne Eingriff in solche durch Zufall erhaltengebliebene Altbausubstanz zu verwirklichen sind. Das gilt selbst für Einzelbauten von stadt- oder kulturhistorischer Bedeutung, wenn ein neues, großes städtebauliches Ziel unserer Epoche ohne diesen Eingriff nicht zu erreichen ist.

Nach der ersten Planung für den Wiederaufbau wurde im Zentrum eine Reihe von Neubauten und Umgestaltungen ausgeführt. Dazu gehören auch die Verkehrsbauten. Das historisch entstandene radiale Straßennetz, das durch das Stadtzentrum ging, muß durch leistungsfähige Ring- und Tangentenverbindungen entlastet werden. Nach dieser Konzeption wird der Stadtzentrumskern vom Durchgangsverkehr freigehalten. Die Hauptgeschäftsstraßen und die für Leipzig charakteristischen Passagensysteme werden zu Fußgängerbereichen zusammengefaßt. Durch den weiteren Ausbau des Vorortschnellbahnsystems wird der Zentrumskern in nahezu idealer Weise mit dem gesamten Wirtschaftsgebiet verbunden.

Eine der Ausbaustufen ist unter anderen die unterirdische Verbindung des Hauptbahnhofes mit dem Bayrischen Bahnhof. Diese neue Schnellbahntrasse wird unter dem historischen Zentrumskern liegen. Im Bereich Neumarkt – Grimmaische Straße ist die Haltestelle Stadtzentrum geplant. Sie befindet sich also unmittelbar an der innerstädtischen Fußgängerachse. Diese Ost-West-Achse beginnt am Johannisplatz, verläuft über den Karl-Marx-Platz, die Grimmaische Straße, den Altmarkt, vorbei an der Thomaskirche und endet im Bereich der Gottschedstraße im zentrumsnahen Wohngebiet der inneren Westvorstadt. An den Schnittpunkten mit dieser sehr erlebnisreichen Fußgängerverbindung liegen wichtige städtebauliche Ensembles.

Auf der Grundlage von zentralen und örtlichen Beschlüssen wurden entscheidende Maßnahmen für die Neugestaltung des Stadtzentrums eingeleitet. Es entstanden mehrere sehr gute Bauwerke, auf die die Leipziger stolz sind. Nun gilt es, die wichtigsten städtebaulichen Ensembles zu gestalten und zu vollenden.

Die Neugestaltung des politisch-kulturellen Zentrums der Stadt Leipzig, des Karl-Marx-Platzes, ist nunmehr in die entscheidende Phase getreten. Der Platz erhält

1 Blick vom Georgiring auf den Karl-Marx-Platz

2 Modellfoto des zentralen Komplexes der Karl-Marx-Universität

3 Schemaplan Stadtzentrum
1 Karl-Marx-Platz
2 Wohnhochhaus Wintergartenstraße
3 Wohnhochhaus Gerberstraße
4 Hochhaus der Industrie
5 Messemagistrale — Wohnkomplex Straße des 18. Oktober
6 Bayrischer Platz (Wettbewerbsgebiet)
7 Bahnhofsvorplatz, Nordring (geplantes Wettbewerbsgebiet)
8 Markt
9 Oper
10 Hauptbahnhof
11 Georgi-Dimitroff-Museum
12 Deutsche Bücherei

4 Lageplan Karl-Marx-Platz
1 Oper
Komplex der Karl-Marx-Universität
2 Hauptgebäude mit Rektorat
3 Mensa
4 Seminargebäude
5 Hörsaalkomplex
6 Hochhausdominante mit Sektionen und Bibliothek
7 Auditorium maximum
8 Moritzbastei
9 Interhotel Deutschland

2

3

4

5 Modellfoto Karl-Marx-Platz

6 Modellfoto vom ersten Bauabschnitt der Messemagistrale

seine endgültige Gestaltung als beherrschende Dominante im Stadtgefüge. Die Lösung für diesen Platz ist die fünfte in der Geschichte Leipzigs und beruht auf der Auswertung eines Wettbewerbes für den Aufbau des Ensembles.

Als Abschluß der Bebauung des Karl-Marx-Platzes wird auf universitätseigenem Gelände ein neuer zentraler Komplex der Karl-Marx-Universität als Stätte der Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung errichtet. Damit wird dieser Platz zu einem Zentrum der Wissenschaften, des technischen Fortschritts und durch Kongresse und wissenschaftliche Symposien zu einem nationalen und internationalen Treffpunkt.

Die Raumbestimmung innerhalb des zentralen Komplexes der Karl-Marx-Universität erfolgt im Zusammenhang mit der Hochschulreform.

Gebaut wird ein Hauptgebäude an der Westseite des Karl-Marx-Platzes mit modernsten Ausbildungseinrichtungen und dem Rektorat, in dessen Erdgeschoßzone besonders wirkungsvolle Kommunikationen von studentischer Jugend und Arbeitern, von Lernenden und sich qualifizierenden Bürgern ermöglicht werden. Weiter entsteht ein ungefähr 140 m hohes Universitätsgebäude, das durch seine unverwechselbare Gestaltung dem Ensemble das entscheidende Gepräge gibt.

7 Messemagistrale – Straße des 18. Oktober, Vogelperspektive

8 Messemagistrale, Blick zur Technischen Messe

Wettbewerbsgebiet zur Lösung
des Ensembles Nordring

◀ 9 Modellfoto des Promenadenringes mit Hochhausdominanten

10 Hochhaus der Industrie am Friedrich-Engels-Platz

11 Wohnhochhaus im Bereich der Gerberstraße

12 Wohnhochhaus im Bereich der Wintergartenstraße

An der Südseite des Karl-Marx-Platzes fügt sich in den Grüngürtel des Promenadenringes das Auditorium maximum ein. An diese Komplexe schließen sich weitere Ausbildungsstätten, Hörsäle und Seminarräume sowie die Mensa an. Sie stellen gemeinsam funktionell und gestalterisch das zentrale Ensemble der Karl-Marx-Universität dar. Es ist Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der beispielhaften Entwicklung der Wissenschaften zu einer Hauptkraft unserer Gesellschaftsordnung. Die überragende Bedeutung besteht auch darin, daß es sich um den ersten Neubau eines zentralen Universitätskomplexes unserer Republik, also einer sozialistischen Universität an traditionsreicher Stätte handelt.

Weitere umfangreiche Vorhaben werden bis 1973 ausgeführt.

An der Außenseite des Promenadenringes ist an den gestalterisch wichtigsten Punkten der Wintergartenstraße, der Gerberstraße und des Friedrich-Engels-Platzes der Bau von 80 m hohen Dominanten vorgesehen. Sie bilden mit dem Universitätshochhaus eine Silhouette, die der Stadt Leipzig einen eigenständigen Charakter verleiht. Außerdem geben sie den Auftakt für die Neugestaltung der zentrumsnahen Wohngebiete.

Die Bebauung der Messemagistrale Straße des 18. Oktober blieb ebenfalls unserer Generation vorbehalten. Längs dieser Messemagistrale, die das Stadtzentrum mit dem Gelände der Technischen Messe verbindet, entsteht eines der modernsten Wohngebiete der Stadt Leipzig. Abwechslungsreiche Baukörperformen und -höhen, von 2 bis 27 Geschossen, werden den repräsentativen Auftakt für das Messegelände bilden.

Diese Vorhaben werden durch abschnittsweise Fertigstellung des innerstädtischen Hauptverkehrsnetzes, beginnend im Bereich Gerberstraße, von Wohnhäusern und gesellschaftlichen Bauten sowie Freiflächen im Stadtzentrum und in den zentrumsnahen Wohngebieten ergänzt.

Mit dem historischen Beschluß der Stadtverordneten auf ihrer 15. Tagung am 23. Mai 1968 über den weiteren Aufbau des Stadtzentrums wurde nochmals der Appell an alle Bürger erneuert: „Mach mit für Dein Leipzig, das Dir am Herzen liegt". Diese Losung fand ein lebhaftes Echo und die Bereitschaft, die vor uns stehenden Aufgaben gemeinsam zu lösen.

10

11

12

1

Wohngebiet Hans-Loch-Straße in Berlin

2

Planungsaspekte

Entwurf:	VEB Berlin-Projekt Abteilung Komplexer Wohnungsbau
Leitung:	Dipl.-Ing. Dutschke
Bearbeiter der letzten Fassung:	Dipl.-Ing. Brüning Dipl.-Gärtner Peldszus

Die Anfänge der Planung des Wohngebietes an der Hans-Loch-Straße gehen auf das Jahr 1958 zurück. Nachdem bereits im Jahre 1961 mit dem Bau der Wohnungen begonnen worden war, lag nach mehrfach veränderter Programmstellung im Jahre 1963 die endgültige Fassung des Bebauungsplanes vor.

Entsprechend den gegebenen ökonomischen Möglichkeiten und in Übereinstimmung mit den Produktionsvoraussetzungen der Berliner Bauindustrie wurden vorwiegend viergeschossige Typenwohnhäuser (QX, Q3A) gebaut. Um der Gefahr einer monotonen Gestaltung zu begegnen, wurde eine differenzierte städtebauliche Gliederung angestrebt

■ durch eine im Rahmen der Deutschen Bauordnung mögliche Konzentration der Gebäude, um zusammenhängende Grünräume und vielfältige städtebauliche Erlebnisbereiche schaffen zu können, sowie

1
Blick von der Volkradstraße auf das gesellschaftliche Zentrum (links) und das Altersheim (rechts)

2
Blick von der Moldaustraße

3
Lageplan des Wohngebietes 1 : 10 000

3

4

4
Blick aus Südwesten auf das Zentrum

5
Nachtaufnahme mit den drei, das gesellschaftliche Zentrum tangierenden Hochhäusern

5

6

6
Hochhäuser nördlich des Zentrums

7
Mittelganghaus an der Schwarzmeerstraße

7

■ durch Akzentuierung des Wohngebietes mittels vielgeschossiger Wohngebäude, die die räumliche Gliederung sichtbar machen und ergänzen.

Der Projektant entwickelte hierbei zwei sich kreuzende Grünzüge: Der im Zuge des alten Tränkegrabens in Ost-West-Richtung verlaufende Grünzug nimmt die Beziehung zum Großgrün des nahegelegenen Tierparkes und zugleich einen Fußweg zu der in der Perspektive vorgesehenen neuen U-Bahn-Station auf. Der in Nord-Süd-Richtung verlaufende Grünzug dient als optische Verbindung zur Silhouette des nördlich gelegenen Wohngebietes an der Rhinstraße und nimmt zugleich den Fußweg zum südlich gelegenen S-Bahnhof Rummelsburg auf. Am Schnittpunkt dieser Grünverbindungen, die die Gliederung des Wohngebietes entscheidend beeinflussen, und damit im Schnittpunkt der Hauptfußgängerbeziehungen wurde der Standort des Kompaktzentrums ausgewiesen.

Zur städtebaulichen Betonung dieses gesellschaftlichen Zentrums wurden drei siebzehngeschossige Punkthäuser so angeordnet, daß sie im Zusammenhang mit den achtgeschossigen Wohnbauten auf der Ostseite des Zentrums eine räumliche Konzeption ergeben, in deren Schwerpunkt sich der funktionsbedingt flache Baukörper des Kompaktzentrums befindet, das erst dadurch seine städtebauliche und gesellschaftliche Bedeutung erhält.

Gesellschaftliche Einrichtungen und spezifizierte Freiflächen wurden nach den verbindlichen Kennzahlen ausgewiesen. red.

Gesellschaftliches Zentrum

Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, BDA

Entwurfskonzeption:	Kollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, BDA Dipl.-Ing. Joachim Boetticher Dipl.-Ing. Manfred Heinze Dipl.-Ing. Wolfgang Ortmann, BDA
Projektierung:	VEB Berlin-Projekt, Abteilung Forschung und Entwicklung, Abteilungsleiter Architekt BDA Wolfgang Radke
Hochbau:	Dipl.-Ing. Joachim Boetticher Architekt Claus Frohloff Architekt Gerhard Hölke Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, BDA Architekt Karl-Heinz Koch, BDA Architekt Egon Kreißl Architekt Eberhard Meier, KDT Architekt Günter Piesker, BDA Architekt Siegfried Schwarz
Statik:	Ingenieur Hans Beck Dipl.-Ing. Arno Knuth, KDT Ingenieur Karl Panten Ingenieur Joachim Schrader
Schallschutz:	Ingenieur Gerhard Langner
Wärmeschutz:	Ingenieur Erich Dams, KDT
Heizung:	Ingenieur Heinz Tobien, KDT
Sanitär:	Techniker Klaus Büchner Techniker Herbert Pauling
Lüftung:	Ingenieur Heinz Böttcher
Starkstrom:	Techniker Manfred Stephan
Fernmeldeanlagen:	Techniker Jürgen Bodenhagen
Freiflächengestaltung:	Gartenarchitekt Rolf Rühle, BDA
Farbgebung und Oberflächengestaltung:	Farbgestalter Lothar Gericke Farbgestalter Jörg Krenke
Gastronomische Technologie:	Dipl.-Ök. Arno Jäckel
Handelstechnologie:	Dipl.-Ök. Wustrow
Nutzeffektnachweis:	Ökonom Jenß

Grundlagen

Das gesellschaftliche Zentrum Hans-Loch-Straße entstand als Muster- und Experimentalbau auf der Grundlage einer Arbeit, die bereits im Heft 12/1963 dieser Zeitschrift unter dem Titel „Kompaktes Wohnkomplexzentrum" beschrieben wurde. Aus der Entstehungsgeschichte möchte ich einige Leitgedanken voranstellen, die meines Erachtens auch heute noch bei der Betrachtung gesellschaftlicher Funktionen ihre volle Gültigkeit haben:

■ Die politische und kulturelle, ökonomische und technische Entwicklung der Gesellschaft spiegelt sich auch in der Entwicklung der gesellschaftlichen Bauten wider. Deshalb sind die gesellschaftlichen Einrichtungen (auch) in den Wohngebieten als bauliches Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft Ausdruck für den Stand dieser Entwicklung.

■ Mit der gesellschaftlichen Entwicklung wird in dem Maße Schritt gehalten, wie Funktionstüchtigkeit, Ökonomie und Gestaltung kontinuierlich und gesetzmäßig gesteigert werden. Jede Funktion wird durch die Entwicklung der Gesellschaft beeinflußt. Deshalb erfordert diese Entwicklung die funktionelle Flexibilität der gesellschaftlichen Einrichtungen. Das gilt insbesondere dann, wenn die untereinander in Wechselwirkung stehenden Beziehungen durch Kooperation und Kombination – also durch ihre Konzentration – funktionell voll ausgeschöpft werden.

Im vorliegenden Beispiel handelt es sich um ein Wohngebiet mit 15 000 Einwohnern, das in den Jahren 1961 bis 1965 in der Nähe des Berliner Tierparks entstand.

In der Planung dieses Gebietes spiegelt sich zunächst die traditionelle Auffassung wider: Anlage dreier Wohnkomplexe von je 5000 Einwohnern mit eigenständigen gesellschaftlichen Einrichtungen.

So waren sechs Kaufhallen, drei Gaststätten, Friseursalons, Bibliotheken, Dienstleistungskombinate und andere Einrichtungen über das ganze Gebiet verteilt sowie Kinos, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte zentral zusammengefaßt. Der Verfasser bekam mit einem Kollektiv junger Architekten Gelegenheit zu untersuchen, welche Beziehungen allgemein zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Einrichtungen untereinander und zum Wohnen bestehen, von welchen Faktoren die Einzugsbereiche gesellschaftlicher Einrichtungen abhängig sind und – nicht zuletzt – welche Notwendigkeit und Möglichkeit besteht, die gesellschaftlichen Funktionen zu eigenständigen Wohnkomplexzentren zusammenzufügen.

Das Ergebnis der Untersuchungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

■ Die Größe eines Wohngebietes bestimmt sich neben seiner topographischen Lage durch die Fußwegentfernung, die von der letzten Wohnung zum Zentrum zurückzulegen ist, und somit zum wesentlichen Teil durch die Einwohnerdichte. Im vorliegenden Beispiel des Wohngebietes Hans-Loch-Straße bedeutet das:

5014 Wohnungen (WE),
3,06 Einwohner/WE,
15 300 Einwohner (EW),
182 EW/ha,
maximal 8 Minuten Fußwegentfernung.

Wenn man bedenkt, daß die maximale Fußwegentfernung von 8 Minuten nur von etwa 5 Prozent der Einwohner zurückgelegt zu werden braucht, während alle anderen Einwohner weniger als 8 Minuten benötigen, ist ein einziges Zentrum für diese Wohngebietsgröße vertretbar. Mehr noch, wenn die Einwohnerdichte durch eine bessere Ausnutzung des Wohnbaulandes erhöht werden könnte, wäre ein einziges Wohngebietszentrum für 20 000 oder 25 000 Einwohner durchaus möglich.

■ Der Flächenanteil einer Reihe gesellschaftlicher Einrichtungen steigt **nicht** linear mit zunehmendem Einzugsbereich.

1

ick auf das gesamte gesellschaftliche Zentrum

runnenplastik in der Passage

lick von der Passage auf das Wohnhochhaus

2

3

Zum Beispiel wurde früher angenommen, daß der Flächenanteil der Verkaufsraumfläche bei Kaufhallen der primären Versorgung annähernd konstant 100 m²/1000 Einwohner beträgt.

Technologische und handelsökonomische Untersuchungen haben jedoch eindeutig ergeben, daß beispielsweise eine Kaufhalle mit einem Einzugsbereich von 10 000 Einwohnern eine Verkaufsraumfläche von nur 600 m² – also 60 m²/1000 Einwohner – benötigt.

Diese Erkenntnis wirkt sich bereits erheblich auf den Investitionsaufwand aus.

Noch entscheidender für die volkswirtschaftlichen Belange der DDR ist jedoch folgende Feststellung: Der Anteil der notwendigen Arbeitskräfte steigt **nicht** linear mit zunehmendem Einzugsbereich.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In der Kaufhalle arbeiten nur zwei Drittel der Arbeitskräfte, die notwendig gewesen wären, wenn man statt einer einzigen Kaufhalle sechs kleinere Kaufhallen gebaut hätte.

Im Zeitalter der technischen Revolution macht sich in der DDR wie in allen Ländern fortgeschrittener Industrialisierung ein Ansteigen der tertiären Beschäftigungsgruppen bemerkbar. Schon heute ist ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften insbesondere in den Dienstleistungen zu verzeichnen. Um so notwendiger ist deshalb das Bestreben, durch Erhöhung der Einwohnerdichte und durch Erhöhung des Einzugsbereiches den Aufwand gesellschaftlich notwendiger Arbeit für eine Vielzahl von Einrichtungen zu senken.

■ Die Kombination und Mehrzwecknutzung gesellschaftlicher Einrichtungen reduziert den Investitionsaufwand sowie den Aufwand gesellschaftlich notwendiger Arbeit.

■ Die Vergrößerung des Einzugsbereiches gesellschaftlicher Einrichtungen, ihre Kombinations- und Kooperationsmöglichkeiten gestatten den Bau von Wohngebietszentren als wesentliche Elemente der komplexen Umweltgestaltung.

Noch eine notwendige Bemerkung:
Nicht eingegangen wird auf die Probleme der komplexen Aufschließung sowie auf die in dem Zusammenhang zu untersuchenden Probleme der erforderlichen Bauweisen.

Es wird auch nicht das Problem komplexterritorialer Planung berührt, das eine wesentliche Rolle bei der künftigen ökologischen und soziologischen Beurteilung der Stadt im ganzen spielt.

Die hier genannten Punkte stellen nur den Teil der Überlegungen dar, die zur Erläuterung des Zentrums unbedingt notwendig sind.

Städtebauliche Situation

Die Lage des Zentrums war durch die bereits erfolgte Wohnbebauung auf der Grundlage des ursprünglichen Teilbebauungsplanes – der eine dezentralisierte Anordnung der für den primären Bedarf notwendigen Einrichtungen vorsah – im wesentlichen bestimmt.

Nach Reduzierung der gesellschaftlichen Funktionen auf das für das Wohngebiet Notwendige wurden folgende Einrichtungen als Ausgangspunkt der Konzentration und Kombination gewählt:

Kaufhalle
Fischverkaufsstelle
Friseur
Apotheke
Annahmestelle für Dienstleistungen
Post
Wohngebietsverwaltung
Gaststätte
Klub
Bibliothek
20klassige erweiterte polytechnische Oberschule für 720 Schüler

Entsprechend dem Standort des Zentrums, das östlich von einer Straße und nördlich von einem Grünzug tangiert wird, wurden eine innere Fußgängerpassage und eine

Modell der ursprünglichen Fassung

an den Außenseiten angeordnete Beschickung gewählt.

Die Fußgängerpassage verläuft im rechten Winkel zur Straße und parallel zum Grünzug.

Bis auf den dreigeschossigen Normalklassentrakt der Schule sind alle anderen Funktionen einschließlich der Spezialklassen erdgeschossig angeordnet.

Die im gesamten Komplex für den Wohnungsbau angewendete industrielle Bauweise nach den damaligen Prinzipien zeigt relativ kurze Wohnblocks und große Weiträumigkeit in der Bebauung. Selbst wenn anerkanntermaßen die Mischung von vier-, acht-, zehn- und zwölfgeschossigen Gebäuden eine Bereicherung des städtebaulichen Ensembles darstellt sowie auch die räumliche Gestaltung weitestgehend akzentuiert, wäre es nicht denkbar, daß die verbleibenden gesellschaftlichen Funktionen in einem – ebenfalls kurzen – mehrgeschossigen Gebäude untergebracht wären. Vielmehr wurde der **Gegensatz** zur Weiträumigkeit und zur lockeren Bebauung als eines sehr traditionellen Gestaltungselementes im Städtebau gesucht, der beispielsweise zu der gewissen Anonymität des Wohnens die „hautnahe" Beziehung der Menschen untereinander setzt. Deshalb auch die erdgeschossige Kompaktheit mit der Länge von 138 m und der Breite von 75 m (jeweils 30 m tiefe Gebäude und die 15 m breite Hauptpassage).

Funktion

Der Straße zugeordnet sind die Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen. Die Angestellten der Post, des Friseursalons und der Annahmestelle für Dienstleistungen haben gemeinsame Sozial- und Sanitärräume. Die Apotheke macht dabei auf Grund besonderer Bestimmungen eine Ausnahme. Diese vier Einrichtungen bilden zusammen einen Baukörper. Ergänzt werden diese Funktionen durch die gegenüberliegende Kaufhalle und die Fischverkaufsstelle. Das Sortiment der Selbstbedienungskaufhalle wird durch den periodischen Bedarf der Bevölkerung bestimmt.

Im Innern der Kaufhalle befinden sich moderne Kassen mit automatischen Geldrückgebern, eine Fernbeobachteranlage, mit deren Hilfe von der Zentrale aus der Kundenstrom und das Warensortiment übersehen werden können.

Im Schnittpunkt der durchgängigen Haupt- und der im rechten Winkel dazu angeordneten Nebenpassage befindet sich die Wohngebietsverwaltung. Diese Funktion schien uns gerade hier anzuordnen wichtig, um die kommunale Organisation des gesamten Wohngebietes sowie die Verwaltung des Zentrums zu gewährleisten.

Im weiteren Verlauf der Passage erschließt sich der kulturelle Teil des Zentrums. Der im Flachbau eingegliederte Spezialklassentrakt mit seinen vier kleinen Atrien, die jeweils die in der Mitte des Baukörpers liegenden Räume natürlich belichten und belüften, und dem großen Atrium, das die Werkräume und den Raum für Musik und Zeichnen von den übrigen Räumen akustisch und optisch trennt, ist nicht nur eine Einrichtung schulischer Erziehung und Bildung, sondern er war auch als Fortbildungsstätte Erwachsener gedacht, die nach Feierabend im Rahmen der Volkshochschulen oder Betriebsakademien Kurse vielfältigster Art belegen können.

Mit den speziellen Forderungen nach entsprechendem Luftraum für die Räume Biologie, Physik, Chemie, Mathematik, Fremdsprachen, Zeichnen und Werken wird auch der Maßstab für den Erwachsenen gefunden, der keinerlei Einengung bei der Benutzung dieser Räume erfährt. Gegenüber dem Spezialklassentrakt der Schule befinden sich die Selbstbedienungsgaststätte, die Bibliothek und die Klubräume.

Der kleine Gastraum mit 100 Plätzen ist ganztägig den Erwachsenen vorbehalten. Der große Gastraum mit 250 Plätzen ist zu Mittag der Schülerspeisung vorbehalten, während er zum Abend als Versammlungs- oder Klubraum oder aber als Gaststättenerweiterung genutzt werden sollte.

In unmittelbarer Nähe und ebenfalls der Gastronomie angeschlossen liegen die Klubräume mit zusammen 130 Plätzen. Auch hier werden tagsüber Schülerseminare praktiziert, und an den Abenden sind vom Skatklub bis zu den Philatelisten vielerlei Interessengruppen darin vertreten.

Schließlich befinden sich eine Erwachsenen- und Kinderbibliothek mit insgesamt 15 000 Bänden in unmittelbarer Nähe des Klubs und der Gaststätte. Durch die Einrichtung einer Schülerbibliothek wird die schulische Versorgung gewährleistet.

Das Neuland, eine Vielzahl von funktionellen und gestalterischen Kombinationen und Kooperationen zu ordnen, beschritten nicht nur die Architekten und Ingenieure mit den jeweiligen Fachabteilungen allein, sondern aktiv beteiligt waren die Ratsmitglieder des Stadtbezirkes mit dem damaligen Bezirksbürgermeister und jetzigen 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Genossen Hilpert, an der Spitze sowie Ärzte und Hygieniker, Pädagogen, Künstler, Hausfrauen und Ehemänner – überhaupt breiteste Kreise der Bevölkerung, die unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung und Ordnung des Ganzen nahmen.

Konstruktion und Gestaltung

Über die konstruktiven Erfordernisse, die sich aus der Notwendigkeit der funktionellen Flexibilität ergeben, ist bereits im Heft 12/1963 ausführlich geschrieben worden. Im weiteren Verlauf der Voruntersuchungen hatte auch der Stahlleichtbau berechtigte Aussichten, Anwendung zu finden. Aber vor der 4. Baukonferenz, auf der die breite Anwendung des Stahlleichtbaus ihren Ausgangspunkt nahm, hätte es einer weitaus größeren Konsequenz in der Argumentation und in der Durchsetzung dieser Bauweise bedurft, als sie von uns damals an den Tag gelegt wurde. Festgelegt wurde schließlich, das vorhandene Elementesortiment Berlins für den Bau des gesellschaftlichen Zentrums zu nutzen.

So wurde im allgemeinen das Konstruktionsprinzip der SK-2-Mp-Bauweise Berlin angewandt. Jedoch wurden die Gegebenheiten des Flachbaus hinsichtlich der Gebäudeaussteifung und einiger anderer Konstruktionsmerkmale genutzt.

Die in einem Raster von 6000 mm mal

5 Erdgeschoß 1 : 600

6

6
Blick auf den Schulhof, links die Turnhalle

7
Blick auf einen Innenhof

8
Physikraum der 12. Oberschule

9
Werkraum

10
Waschraum

11
Turnhalle

7

8

9

10

11

7200 mm versetzten Innen- und Außenstützen haben einen Querschnitt von 300 mm × 500 mm und tragen jeweils ein Riegelpaar mit den Abmessungen von je 200 mm × 500 mm. Die Deckenplatten haben eine Dicke von 240 mm, eine Systembreite von 1200 mm und eine Systemlänge von 7100 mm.

Diese Decke ist gleichzeitig das tragende Element des Daches, das als gefälleloses Horizontaldach mit 80 mm Bekiesung ausgebildet ist. Es entfällt also hier die sonst bei dieser Bauweise übliche Verwendung von Rahmenbindern. Die Außenwandplatten wurden in üblicher Weise an den in Deckenhöhe umlaufenden Ringanker gehängt. Sie sind unten an eine auf den Stützenfundamenten aufgelagerte Brüstungsplatte aus monolithischem Stahlbeton angeschlossen. Oben ist die Außenwandplatte durch eine Drempelplatte abgeschlossen, die gleichzeitig den seitlichen Abschluß des Dachtroges bildet.

Zur Stabilisierung des Gebäudes ist jeweils für einen größeren Gebäudeabschnitt ein Teil der Innenstützen in den Fundamenten eingespannt. Die übrigen Stützen sind, wie üblich, als Pendelstützen angeordnet. Alle Pendelstützen sind 4790 mm, alle eingespannten Stützen 5380 mm lang.

Jeder so stabilisierte Abschnitt ist durch einen Ringanker umschnürt. Die Riegelauflagerungen sind an den Abschnittsbegrenzungen als bewegliche Lager ausgebildet. In der Konstruktion des Dachtroges wurde die Abschnittstrennung entsprechend berücksichtigt. Die Größe der einzelnen konstruktiven Gebäudeabschnitte wurde sowohl unter Berücksichtigung der Bestimmung über Bewegungsfugen am Bauwerk als auch unter Beachtung der sich aus der Ausbildung des gefällelosen Horizontaldaches ergebenden Anforderungen festgelegt.

Der dreigeschossige Normalklassentrakt der Schule wurde als Geschoßbau ebenfalls in der SK-2-MP-Bauweise Berlin errichtet. Als Außenwände wurden an beiden Längsfronten vorgefertigte Stahlbeton-Brüstungsplatten angeordnet.

Die Elemente der Turnhalle hingegen sind dem Sortiment „Flachbauten mit Satteldach" – KB 531.1 entnommen.

Die einen halben Stein starken gemauerten Innenwände wurden auf die 200 mm dicke Fußbodenunterkonstruktion gestellt und im Abstand von 7200 mm ausgesteift. Sämtliche Installationsleitungen wurden in Kanälen unterhalb des Fußbodens verlegt. Alle Hauptkanäle sind bekriechbar ausgebildet.

Die Lüftungskanäle wurden unterhalb der Rohdecke und durch die Aussparungen der sogenannten „Lüftungsriegel" geführt. Die Decken wurden grundsätzlich abgehängt. Die lichte Raumhöhe beträgt 3200 mm.

Die Erfordernisse des Schallschutzes wurden im wesentlichen durch biegeweiche Vorsatzschalen realisiert.

Für die Gestaltung der Außenwandplatten wurde eine Keramik als Mittelmosaik 40/40 mm gewählt.

Die Brüstungsplatten der Schule sind mit stark farbigem Glaskrösel beschichtet.

Im wesentlichen ist die Fassade in ihrer Längenabwicklung auf dem Raster von 2400 mm oder 1200 mm aufgebaut.

Eine stärkere optische Durchdringung der Räume konnte durch die notwendige Verwendung der vorhandenen Bauelemente der SK-2-MP-Bauweise nicht sichtbar gemacht werden.

Es wäre bei weiteren Entwicklungen auf diesem Gebiet sicherlich reizvoll, die natürlichen Kooperationen auch optisch sichtbar zu machen.

Einen breiten Raum nimmt der Anteil der bildenden Kunst im gesellschaftlichen Zentrum ein. Noch nicht alle Werke der Künstler sind vollendet. Aber hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den Künstlern, die alle Phasen der Entwicklung mit durchlebten und auch vor Experimen-

12

12
Wandbild im Vorraum der 12. Oberschule

13
Bibliothek

14
Selbstbedienungsrestaurant

15
Einkaufshalle

16
Blick in einen Frisörsalon

13

14

ten nicht zurückscheuten, um im Interesse des Ganzen eine lebendige Gestaltung zu erreichen.

Zu nennen sind:
die Brunnenplastik in der Passage und die Kupferarbeit in der Gaststätte von Karl Lemke,
die Glas-Beton-Wand als Abschluß der Nebenpassage von Dagmar Glaser-Lauermann,
die Schwimmerin von Wieland Förster,
Mutter und Kind von Norbert Blum, das Wandbild an der Schule von Peter Hoppe.

Erste Einschätzung nach über einjähriger Nutzung des Zentrums „Passage"

Die Kaufhalle ist funktionell einigen Veränderungen unterworfen worden. So konnte der Auslastungsgrad der Warenträgergrundflächen zur Warenausstellungsfläche von 1 : 1,98 auf 1 : 2,53 erhöht werden. Die Aufstellung aller Warenträger erfolgte so, daß die Breite der Hauptwege 2 m und der Zwischengänge 1,50 m für den Kunden beträgt. Diese Breite reicht aus, um ungehindert mit Einkaufswagen den Einkauf vornehmen zu können.

Wie in allen Kaufhallen Berlins ist ein akuter Platzmangel für Leergut zu verzeichnen. Das Leergut wird von den Lieferern weder ordnungsgemäß zurückgenommen noch konnte bisher mit dem Altstoffhandel ein entsprechender Vertrag geschlossen werden.

Ich möchte noch einmal eindringlich darauf hinweisen, daß dieses Problem nicht dadurch gelöst werden kann, daß man jeder Kaufhalle eine ebenso große Lagerhalle für Leergut zuordnet. Es wäre auch zu befürchten, daß die Lagerhallen bis unter das Dach gefüllt würden und sich die restliche Verpackung wiederum hinter den Kaufhallen stapelt. Ich möchte mir den Optimismus bewahren, daß es dem Handel eines Tages gelingen wird, dieses Problem mit geringeren Mitteln als mit dem Riesenaufwand baulicher Investitionen zu lösen!

Erfreulich ist, daß das ökonomische Ergebnis der Kaufhalle weit höher liegt als im Projekt veranschlagt.

Die Anzahl der Beschäftigten beträgt 43 VBE gegenüber 46 im Projekt errechneten.

Die Gaststätte war ursprünglich in einen kleinen und einen großen Gastraum gegliedert, um durch vielfältige Kooperationen eine optimale Auslastung zu erzielen. Dabei sollte der kleine Gastraum ständig gastronomisch genutzt werden, während der große Raum als Veranstaltungsraum, Schülerspeiseraum und als

15

16

Gaststättenerweiterung vorgesehen war. Die vorgenommene Teilung der Kompetenzen sieht jedoch so aus, daß der große Raum mit 240 Plätzen nicht zur Gaststätte gehört, sondern vom Klub übernommen wurde, so daß schon heute der kleine Gastraum nicht ausreicht, um den Besucherverkehr zu bewältigen.

Da über die Benutzung des großen Raumes die Klubleitung in Verbindung mit dem Rat des Stadtbezirkes, Abteilung Kultur und Volksbildung, verfügt, kann die Gaststätte über eine Erweiterung und damit über die notwendige Flexibilität zur gastronomischen Versorgung der Bevölkerung nicht entscheiden.

Ein weiterer Mehrzweckraum war unter anderem der Werkessenversorgung vorbehalten. Während sich zur Eröffnung noch rund 25 Personen daran beteiligten, ging das Interesse daran von Monat zu Monat zurück. Nachdem nur noch 4 Essenteilnehmer übriggeblieben waren, wurde das Werkessen eingestellt. In der Zwischenzeit ist bekannt geworden, daß die Mitarbeiter der meisten gesellschaftlichen Einrichtungen überhaupt nicht über die Möglichkeit des Werkessens informiert wurden, geschweige denn, daß sie dafür geworben wurden. Die meisten Beschäftigten bekunden aber auf Befragen ein reges Interesse.

Die Küche wurde im Projekt nach Abstimmung mit den zuständigen Organen als Endküche ausgebildet. Genutzt wird sie jedoch als volle Produktionsküche. Unter diesen Gegebenheiten reichen weder die Küchenkapazität noch die auf eine Endküche ausgelegte Be- und Entlüftungsanlage aus.

Die Schüler speisen zwar im großen Gastraum, aber das Essen wird von einer Großküche in Thermosbehältern geliefert, somit bestehen keine Kooperationen zur Schule.

Alle Gerichte werden lediglich für die Gäste des kleinen Gastraumes zubereitet. Aber wie gut nur – könnte man meinen –, daß das so ist, denn die im Projekt ausgewiesene Lagerkapazität wäre zu klein gewesen.

Das scheinbar unüberwindliche Problem besteht dabei darin, daß die Warenvorräte für die normale Gaststättenspeisung, die Schulspeisung und das Werkessen finanztechnisch gesondert abgerechnet werden – da die Abgabepreise unterschiedlich sind – und deshalb getrennt gelagert werden müßten!

Der Klub ist bisher keiner Veränderung unterworfen worden. Die Anordnung der Räumlichkeiten wird als zweckmäßig angesehen und entspricht nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen den Bedürfnissen, die an einen Wohngebietsklub gestellt werden.

Für den vom Klub verwalteten großen Saal wird eine Bühne gefordert. Die aus der laufenden Serie entnommenen Stühle werden als unhandlich und zu schwer empfunden.

Die Bibliothek erfreut sich eines regen Zuspruchs. Die vier Anleseplätze für Kinder reichen nicht aus, so daß einige Plätze aus der Erwachsenenbibliothek übernommen werden mußten.

Die Klubleitung gestattet der Bibliothek die Mitbenutzung der Klubräume.

Die Beziehungen zu den übrigen Einrichtungen des gesellschaftlichen Zentrums sind noch verbesserungswürdig.

Die Schule hat sich in ihrer funktionellen Gliederung gut bewährt.

Die zwischen den Atrien angeordneten Spezialklassenräume werden auf Grund ihrer Lichtverhältnisse und ihrer funktionellen Ordnung für die intensive Lern- und Lehrtätigkeit besonders bevorzugt.

Als ausgezeichnet werden der Werkunterrichtsraum, der Zeichensaal und der Lehrerraum bezeichnet. Die Erschließung der Turnhalle ist nicht günstig, da sie ohne Kontrolle betreten werden kann und die Kinder auf dem Wege von der Schule zur Turnhalle unzureichend beaufsichtigt werden können. Der ursprüngliche direkte Zugang von der Schule mußte zugunsten einer Forderung des zuständigen übergeordneten Organs, den Biologieraum zu vergrößern, aufgegeben werden. Wäre bei der Konzipierung der Funktion der künftige Nutzer bekannt gewesen, hätte diese administrative Panne vermieden werden können!

Besonders zweckmäßig ist das große Atrium als Spielanlage für die Hortkinder. Lärm- oder Sichtbelästigungen sind nicht zu verzeichnen.

Die nach dem Schusterprinzip getrennten Segmente im dreigeschossigen Normalklassentrakt wirken sich günstig aus. Der übliche Aufenthalt und die Bewegung in den Gängen entfallen, so daß die Unterrichtsatmosphäre besser ist als in herkömmlichen Schulen. Die Gliederung wurde wie folgt vorgenommen:

Aufgang 1 für Hortklassen	1.–4.
Aufgang 2 für übrige	1.–4.
Aufgang 3 für Oberstufe	5.–10.

Auf Grund eines fehlenden Schlafraumes für die Kinder der 1. Klassen wurde der Gymnastikraum in der Turnhalle mit Campingliegen ausgestattet und somit seiner ursprünglichen Funktion entkleidet.

Die Kooperationen zum Klub werden als völlig unzureichend bezeichnet.

Es würde zu weit führen, alle Widrigkeiten aufzuzählen: Sie reichen von ständigen Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme der Klubräume bis zum Streit über die Reinigung des großen Saales nach der Schulspeisung.

Auf Grund der bereits beschriebenen Küchensituation konnte das Ziel nicht erreicht werden, eine qualitativ bessere Versorgung der Schüler und Lehrkräfte mit warmem Mittagessen zu erreichen. Wie schon erwähnt, wird das Essen in Thermophoren geliefert und an einer notdürftig eingerichteten Theke ausgegeben, obwohl dem Saal eine ausreichende Selbstentnahmereihe zugeordnet ist.

Trotz des Schichtunterrichts, der auf Grund der Überbelegung notwendig ist, werden von der Schulleitung regelmäßig Klassenräume für Veranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen zur Verfügung gestellt. Eine Inanspruchnahme der Räume für Abendschüler wurde bisher jedoch nicht vorgesehen.

Die Beziehungen zur Bibliothek entwickeln sich gut. Besonders enge Kontakte bestehen im Zusammenhang mit dem Deutschunterricht. Die Bibliothekarin bereichert durch ihre regelmäßige Teilnahme auf Grund ihrer spezifischen Kenntnisse den Unterricht. Durch die enge räumliche Beziehung konnte die Bibliothek in der Schule entfallen. Der Ausleihsatz durch die Lehrkräfte und Schüler wird als sehr hoch bezeichnet.

Zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde von der Schule und der Bibliothek eine gemeinsame Ausstellung vorbereitet.

Die Kooperationen der übrigen Einrichtungen, die hier nicht besonders genannt werden, entsprechen den Vorstellungen, wie sie im Projekt niedergelegt waren.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß das Ziel, die vielfältigsten Beziehungen unseres gesellschaftlichen Lebens im Wohngebietszentrum wirksam werden zu lassen, nicht in jedem Falle erreicht wurde. Mit Sicherheit ist daraus abzuleiten, daß diesem Objekt als erstem Versuch die Unvollkommenheit des Neubeginns innewohnt. Aber diese Einschätzung trifft gleichermaßen auf die Hausherren zu, die von diesem Zentrum Besitz ergriffen. Wir alle müssen lernen, die Beziehungen untereinander und die Berührungspunkte, die wir miteinander haben, auf unsere Weise – auf sozialistische Weise – zu finden und zu interpretieren. In diesem Sinne ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit über eine noch umfassendere und bessere Wirksamkeit der „Passage" im Hans-Loch-Viertel berichtet werden kann.

Versuch einer kritischen Betrachtung

Dipl.-Ing. Hubert Scholz, BDA
Berlin

Das in den Jahren 1961 bis 1966 auf ehemaligem Kleingartengelände entstandene Wohngebiet für rund 15 000 Einwohner an der Hans-Loch-Straße im Stadtbezirk Lichtenberg ist das größte bisher in Berlin errichtete Wohngebiet, wenn von dem innerstädtischen Wohngebiet an der Karl-Marx-Allee abgesehen wird. Viel wurde über dieses Wohngebiet bereits in der Tagespresse berichtet. Dabei gingen die Auffassungen sehr auseinander. Sie reichten von „Wohnkomplex der Lebensfreude" bis „Fehlende städtische Atmosphäre im Hans-Loch-Viertel".

Es soll und kann hier nicht untersucht werden, welche Einflüsse auf die Planung und Gestaltung dieses Wohngebietes eingewirkt haben – das ist eine Aufgabe der Projektanten. Vielmehr möchte ich von der Erscheinung ausgehen, die im Ergebnis der Arbeit der Städteplaner und Architekten herausgekommen ist und die letzten Endes den „Gebrauchswert" darstellt.

Da sei zunächst gesagt, die Wohnungen – zum großen Teil der von Professor Wiel entwickelte Typ QX – finden die volle Zustimmung der Bewohner. Sie sind geräumig und mit dem Standard ausgestattet, den unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen Möglichkeiten zulassen.

Das gesellschaftliche Zentrum, das als erstes reines Wohngebietszentrum dieser Größe in der Deutschen Demokratischen Republik in kompakter Bauweise errichtet wurde, ist sicher um vieles besser als bisher übliche Lösungen. Die Ausstattung seiner Einrichtungen ist modern und zweckmäßig. Auch die Bauzeit von knapp zwei Jahren dürfte positiv zu werten sein.

Aber daß gute Wohnungen und moderne gesellschaftliche Einrichtungen allein noch kein städtebaulich befriedigendes Wohngebiet abgeben müssen, ist aus zahlreichen nationalen, aber auch internationalen Lösungen bekannt.

So konzentrieren sich die kritischen Bemerkungen der Einwohner des Wohngebietes Hans-Loch-Straße sowie seiner zahlreichen Besucher auch vorwiegend auf die städtebauliche Lösung. Nicht alle Kritiken treffen dabei den Kern, aber wir Städteplaner und Städtebauer sollten selbstkritisch die Ergebnisse unserer Arbeit betrachten und uns dabei weitgehend auf die Aussagen der Nutzer stützen.

Seit Jahren besteht die berechtigte Forderung, Projekte mit den späteren Nutzern zu beraten. Bei städtebaulichen Projekten ergibt sich dabei oft die Schwierigkeit, daß der Nutzer bei der Erarbeitung des Entwurfs noch nicht bekannt ist. Ganz abgesehen davon, daß es vielen Bürgern schwerfällt, sich an einem Plan oder Modell die künftige Wirklichkeit konkret vorstellen zu können.

Aus diesem Grunde müßten die Städtebauer viel mehr, als dies bisher üblich ist, mit den Bewohnern neu gebauter Wohngebiete das Gespräch suchen, um aus der Analyse des Gebauten Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit zu ziehen. Für diese notwendigen Analysen sollten durch die Forschung auch die erforderlichen Prinzipien, Kriterien und Kennziffern in Form einer Analysemethode entwickelt werden.

Da diese Grundlagen gegenwärtig noch nicht vorhanden sind, kann es sich in diesem Beitrag nur um den Versuch einer kritischen Betrachtung handeln, die weder vollständig ist noch sich auf objektive Kriterien stützen konnte.

Lage des Wohngebietes

Wie bei vielen anderen in den letzten Jahren gebauten Wohngebieten entsteht auch beim Hans-Loch-Viertel der Eindruck, daß es keine ausreichende Beziehung zu den angrenzenden Wohngebieten, insbesondere zur vorhandenen Bebauung an der Rummelsburger Straße und der Lückstraße, aufnimmt (siehe Lageplan S. 599).

Verkehrsmäßig ist es vorwiegend durch die S-Bahn (Betriebsbahnhof Rummelsburg) und die U-Bahn (Friedrichsfelde) erschlossen. Von beiden Bahnhöfen sind für die Mehrheit der Einwohner 10 bis

15 Minuten Fußweg erforderlich. In dem allgemein als zumutbar angenommenen Einzugsbereich mit dem Radius 400 m sind um diese Bahnhöfe nur etwa 200 Wohnungen (4,4 Prozent) gelegen. Eine eindeutige städtebauliche Führung von den Bahnhöfen in das Wohngebiet besteht nicht, es fehlen klare Eingangssituationen. Der Omnibus hat für die verkehrsmäßige Erschließung nur eine untergeordnete Bedeutung, da er lediglich als Zubringer für die S-Bahn oder U-Bahn dient.

Insgesamt sind die Möglichkeiten, die dieses Wohngebiet in einer relativ günstigen Lage in der Gesamtstadt bietet – die Entfernung zum Zentrum am Alexanderplatz beträgt etwa 9 km, die Fahrzeit der S-Bahn 15 Minuten und die der U-Bahn 16 Minuten –, nicht voll genutzt.

Städtebauliche Gliederung und Gestaltung

Die Absicht, ein Wohngebiet für 15 000 Einwohner durch ein zentral gelegenes gesellschaftliches Zentrum zu versorgen, entspricht internationalen Tendenzen. Im Hans-Loch-Viertel fehlt jedoch eine

eindeutige Orientierung der einzelnen Wohngruppen und Teilgebiete auf das Zentrum, so daß sich dessen Lage nicht eindeutig aus der räumlichen Struktur des Gebietes ergibt. Die Einbeziehung des neu verlegten Tränkegrabens in die Gliederung des Wohngebietes ist gegenwärtig wenig überzeugend. Er trennt mehr als er verbindet. Die Idee, durch eine geplante großzügige Begrünung dieses Freiraumes eine Beziehung zum Tierpark herzustellen, ist sicher recht interessant, doch werden dadurch die unmittelbar an das Zentrum angrenzenden Flächen sehr unwirtschaftlich genutzt.

0 100 200

200

Internationale Beispiele zeigen, daß die an die Zentren angrenzenden Gebiete am intensivsten für den Wohnungsbau genutzt werden, um somit möglichst vielen Einwohnern günstige Beziehungen zu ihrem Zentrum zu ermöglichen, was jedoch nicht heißt, das Komplexzentrum von allen Seiten „einzumauern".

Eine weitere spürbare Gliederung des Wohngebietes erfolgt durch die Hans-Loch-Straße und die Volkradstraße. Von diesen Wohnsammelstraßen aus müßte auch das Wohngebiet mit am besten erlebbar sein. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Straßenfronten wirken durch den häufigen Wechsel der Gebäudestellung und die unterschiedlichen Gebäudehöhen sehr unruhig. Es gibt viele störende Überschneidungen und keine eindeutige Führung.

Zwar bereitet die Bewältigung der „offenen Bebauung" einige Schwierigkeiten, doch der in diesem Beispiel beschrittene Weg dürfte nicht zukunftweisend sein. Sicher würden in solchen Fällen längere Wohnblocks und begründete Ecklösungen einen besseren räumlichen Eindruck vermitteln. Eine alleemäßige Bepflanzung

ZENTRUM KIGA KIKRI WESTSEITE

FEIERABENDHEIM OSTSEITE

Der Verfasser des vorstehenden Berichtes stellte an vier Nutzer des Wohngebietes Hans-Loch-Straße einige Fragen über ihre persönlichen Eindrücke. Dabei sollten die Antworten nur als Anregung dienen. Sie machen jedoch deutlich, wie notwendig ein enger Kontakt zwischen Projektanten und Bevölkerung für beide Seiten ist.

Frage: Herr Dr. Siegbert, Sie waren als ehemaliger Vorsitzender des Wohngebietsausschusses der Nationalen Front und derzeitiger Stadtbezirksverordneter von Lichtenberg sehr um einen engen Kontakt zwischen der Bevölkerung, dem Projektanten und den bauausführenden Betrieben bemüht. Welche Erfolge brachte diese Zusammenarbeit, und war noch ein Einfluß auf die städtebauliche Konzeption möglich?

Antwort: Bei der Antwort muß ich davon ausgehen, daß zu der Zeit, als die Organe der Nationalen Front im Wohngebiet Hans-Loch-Straße zu arbeiten begannen, der Bebauungsplan im wesentlichen beschlossen und zum Teil bereits realisiert war. Das wird bei solchen Neubaugebieten die Regel sein. Der eigentliche Partner für die Beratung der städtebaulichen Konzeption sollte daher der zuständige örtliche Rat oder die Volksvertretung sein. Die späteren Bewohner müssen erwarten, daß Projektanten und örtliche Staatsorgane in der Diskussion solcher Vorhaben zu optimalen Lösungen kommen.

Die geführten Aussprachen seitens des Wohngebietsausschusses mit den Projektanten, dem Hauptplanträger des Magistrats und den Vertretern der Baubetriebe bezogen sich daher auf die Teilfragen, deren Realisierung noch nicht soweit fortgeschritten war. Einen wirklich nützlichen Austausch gab es mit Herrn Dipl.-Ing. Klauschke und anderen Mitarbeitern des VEB Berlin-Projekt über das gesellschaftliche Zentrum, das auch in einer Einwohnerversammlung am Modell erläutert wurde. Dieses Kollektiv hat selbst den Kontakt mit den Organen der Nationalen Front gesucht. Obwohl auch hier keine Einflußnahme mehr auf die Programmstellung möglich war, führten doch kritische Hinweise zu einzelnen Verbesserungen, zum Beispiel bei der Lösung des großen Speisesaales.

Unerfreulich ist dagegen die Tatsache, daß Vorschläge zu den Grünprojekten des VEB Berlin-Projekt, die in mühsamer Kleinarbeit in den Hausgemeinschaften erarbeitet worden waren, zum Teil bei der Ausführung ignoriert wurden, ohne daß die Bevölkerung über die Gründe unterrichtet wurde. Obwohl zum Beispiel ein günstigerer Standort für den Spielplatz am Ambulatorium vorgeschlagen wurde, befindet er sich jetzt, wie im ursprünglichen

kann zwar den Eindruck noch etwas verbessern, die unbefriedigende städtebauliche Lösung wird dadurch aber nicht beseitigt. Aber nicht nur die beiden Wohnsammelstraßen sind ein Ausdruck dafür, daß es noch viele städtebaulich ungelöste Fragen gibt.

Wie oft kann man es als Einwohner erleben, daß von den Besuchern nach einer bestimmten Straße oder Hausnummer gefragt wird, da sich ein Fremder im Wohngebiet trotz der vorhandenen Beschilderung und zusätzlicher Orientierungstafeln schwer zurechtfindet.

Ich werte dieses vielleicht kleine Ereignis als Tatsache, daß es uns noch nicht gelungen ist, durch unseren Städtebau ein klares räumliches Ordnungsprinzip durchzusetzen.

In letzter Zeit wird sehr oft von einer Monotonie in unseren Wohngebieten gesprochen. Als Ursache wird unter anderem die Anwendung von Typen mit einheitlicher Gebäudehöhe angesehen. Im Hans-Loch-Viertel wären durch die vier-, acht-, zehn- und siebzehngeschossigen Wohnbauten theoretisch die Voraussetzungen gegeben, einen „monotonen" Charakter zu vermeiden. Wenn das Gesamtergebnis trotzdem unbefriedigend ist, so tragen daran sicher weniger die Bautypen als vielmehr unklare städtebauliche Gruppierungen die Schuld. Leider haben auch während der Ausführung vorgenommene Änderungen an der ursprünglichen Konzeption nicht immer zu einer Verbesserung der städtebaulichen Situation beigetragen.

Es dürfte kein Zufall sein, daß die günstigsten städtebaulichen Raumbildungen gerade dort auftreten, wo zum Beispiel die Wohngebäude sechs Sektionen aufweisen, während in der Mehrzahl nur vier oder fünf Sektionen vorgesehen wurden.

Architektonische Gestaltung

Die architektonische Gestaltung ließ auf Grund der angewandten Typen keine allzugroßen Variationsmöglichkeiten zu. Die Möglichkeit, das gesellschaftliche Zentrum gestalterisch besonders zu betonen, wurde nur zum Teil genutzt. Im Flachbau wirkt der häufige Wechsel unterschiedlicher Fassadenelemente auf kleinen Flächen störend. Dieser kann durch die Funktion allein nicht begründet werden. Am günstigsten ist die in das Zentrum einbezogene Schule gelöst. Klare Proportionen und eine gelungene, sicher auch beständige Farbgebung (Glaskrösel) mögen dazu beitragen.

Eine besondere Bedeutung erhält bei der vorherrschenden Anwendung gleicher Typen die farbige Gestaltung. Durch sie könnten beabsichtigte Raumbildungen unterstrichen und eine städtebauliche Ordnung unterstützt werden. Gegenwärtig ist diese bewußte Anwendung von Farbe nicht erkennbar. Die in allen Berliner Wohngebieten ebenso wie im Stadtzentrum angewandte gleiche Farbgebung und gleiche Fassadenstruktur bei den acht- und zehngeschossigen Wohnhäusern mit Keramikverkleidung ist schon oft kritisiert worden. Nach meiner Auffassung auch zu Recht.

Neben der Farbgestaltung übernimmt die bildkünstlerische Darstellung am Bau eine besondere Aufgabe. Sie sollte aber nicht nur zur Belebung der einzelnen Baukörper beitragen, sondern auch städtebaulich wirksam werden. Ich erwarte also von einem Wandbild oder einer Plastik, daß sie städtebauliche Höhepunkte unterstützt und orientierend wirkt. In dieser Richtung sind die an den gesellschaftlichen Bauten angebrachten bildkünstlerischen Darstellungen nicht immer entsprechend angeordnet. Das beeinträchtigt ihre Wirkung, selbst wenn es sich um ansonst gute Lösungen im Detail handelt. Als Beispiel möge das Wandmosaik am Ambulatorium dienen. Das Wandmosaik kann nur von einem einzigen Wohnhof aus wahrgenommen werden. Es beherrscht zwar den Giebel der Kinderabteilung, doch wirkt dieser in keinen dafür geeigneten Raum. Ebenso problematisch dürfte das Wand-

0 25

bild im Eingangsraum der Schule sein. Der Raum ist zu klein – der Abstand vom Wandbild zur gegenüberliegenden Eingangsfront beträgt nur 4,90 m –, um ein 8,60 m breites Wandbild, das viele Detaildarstellungen enthält, wirksam zur Geltung zu bringen. Erfreulich ist die Plastikgruppe „Bremer Stadtmusikanten" in der Passage des Zentrums. Hier verweilen viele Einwohner, insbesondere Kinder, und erfreuen sich an dem lustigen Wasserspiel. Solche Arbeiten können wesentlich zu einer heiteren Atmosphäre beitragen.

Flächennutzung und Wirtschaftlichkeit

Wenn man durch das Wohngebiet geht, fällt zunächst die lockere Bebauung auf. Der in der Planung ausgewiesene Wert von 180 EW/ha ist bei dem hohen Anteil Wohnungen in vielgeschossiger Bebauung (rund 30 Prozent) als äußerst gering anzusehen. Die Einwohnerdichte ist aber ein Hauptkriterium zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Wohngebieten.

Die weiträumigen Freiflächen werden keinesfalls zweckmäßig genutzt. Das bezieht sich insbesondere auf die Rasenflächen zwischen den Wohngebäuden und auf den Grünraum am Tränkegraben.

Durch die gewählte Erschließungsform ist der Anteil der Straßen und befahrbaren Wege sehr hoch.

0 50 100

Warum wurden zum Beispiel Fußwegbreiten nicht entsprechend der zu erwartenden Fußgängerbelegung unterschiedlich gestaltet? Die durchweg angewandte Breite von 3 m dürfte nicht erforderlich sein, zumal die Fertigung in Ortbeton keine Bindung auferlegte. Auch erscheint an mehreren Stellen der zu beiden Seiten der Straße geführte Fußweg, unabhängig davon, ob daran überhaupt Wohnungen angeschlossen sind, nicht gerechtfertigt.

Im gleichen Maße unwirtschaftlich dürfte bei der geringen Dichte die stadttechnische Erschließung sein.

Ein kleines Beispiel, wie Fragen der Wirtschaftlichkeit mißachtet werden, ist die Führung des Fußweges zum S-Bahnhof. Ehemals führte der nicht befestigte Weg in einem leichten Schwung um den Trümmerberg am S-Bahnhof. Um ihn auf einem Teilabschnitt zu begradigen, wurde ein Teil des Berges abgetragen. Dabei wurde auch die vorher vorhandene Vegetation einschließlich größerer Sträucher und Bäume beseitigt. Mit nicht geringen Kosten wurde eine gestalterisch unbefriedigende Lösung geschaffen. Die effektive Verkürzung des Weges um wenige Meter dürfte diese Nachteile kaum aufwiegen. Hier zeigt sich ebenso wie an der Bemessung der Gehwege, bei der Anlage des Tränkegrabens und bei der gesamten Flächennutzung, daß das Prinzip der strengsten Sparsamkeit noch keineswegs zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.

Das Wohnkomplexzentrum

Vom Gesichtspunkt der Konzentration der wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen ist es ein gutes Beispiel. Sicher wurden bei der Projektierung und Ausführung zahlreiche Erfahrungen gesammelt, die nun zielstrebig durch die Forschung oder den Projektanten ausgewertet werden sollten.

Unter Einschaltung der Bevölkerung wird sicher auch zu den Funktionen noch einiges zu sagen sein, um daraus Schlußfolgerungen für künftige Vorhaben abzuleiten. Zunächst müßte der tatsächliche Einzugsbereich exakter untersucht werden.

Es genügt nicht die Feststellung, daß dieses Zentrum gemeinsam mit zwei bereits vorher errichteten Einzelhandelseinrichtungen die Projekt ausgewiesen, neben der Müllplatte und dem Parkplatz. So wird unserem richtigen Grundsatz „Plane mit!" entgegengewirkt.

Frage: Herr Anke, Sie sind Direktor der 12. Oberschule Berlin-Lichtenberg. Bereits über ein Jahr vor der endgültigen Übergabe der Schule nahmen Sie einen engen Kontakt zum Projektanten und zur Bauleitung auf. Halten Sie diese Verbindung für zweckmäßig, und welchen Nutzen brachte sie?

Antwort: Die Verbindung war auf jeden Fall nützlich, doch sollte sie nach Möglichkeit noch früher, das heißt im Stadium der Projektierung, erfolgen. Natürlich gab es einen Kontakt zwischen dem Projektanten und der Volksbildung, dieser Kontakt kann jedoch die direkte Einflußnahme durch den späteren Nutzer nicht ersetzen. Mir war es daher nur möglich, während der Bauausführung durch eine wirklich gute Zusammenarbeit mit dem Projektanten und der Bauleitung kleine Detailfragen für die spätere Nutzung positiv zu beeinflussen. Solche Mängel, wie zum Beispiel ein fehlender Raum für die Erzieher und die auf Grund einer vorher vorgenommenen Veränderung fortfallende Überdachung zur Turnhalle, waren nicht mehr zu korrigieren. Ich selbst fühle mich aber durch meine Einflußnahme – selbst wenn sie im Ergebnis noch so klein erscheinen mag – weit mehr mit der Schule verbunden, als wenn ich sie fertig übergeben bekommen hätte.

Frage: Herr Anke, die Einbeziehung der Schule in das gesellschaftliche Zentrum ist ein in der bisherigen Praxis nicht üblicher Versuch. Wie beurteilen Sie als Direktor das Ergebnis?

Antwort: Natürlich fehlt mir zur Zeit noch die Erfahrung für ein endgültiges Urteil. Aber ich glaube, die Kombination Klubteil/Schule ist auf jeden Fall gut. Tagsüber nutzen wir die Klubräume und abends die Bevölkerung. Dadurch ist eine gute Auslastung gegeben. Das Gleiche trifft für den Speisesaal zu, der uns außerdem anstelle einer Aula für Schulfeiern zur Verfügung steht. Schließlich möchte ich auch erwähnen, daß die Einbeziehung der Schule in das Zentrum für die Frauen (75 Prozent) unseres Kollegiums eine Reihe Erleichterungen bringt. Sie können bequem ihre Einkäufe erledigen sowie die anderen gesellschaftlichen Einrichtungen aufsuchen.

Es gibt aber auch einen Mangel, der sicher leicht hätte vermieden werden können. Vier Spezialklassen haben ihre Fenster unmittelbar am öffentlichen Raum des Zentrums. Dadurch hatten wir schon oft „Zaungäste", was sich ungünstig auf den Unterrichtsablauf auswirkt. Sicher werden wir auch dieses Problem noch meistern, so daß ich grundsätzlich der hier experimentierten Lösung zustimmen möchte.

Frage: Herr Stephan, Sie sind Leiter der Kaufhalle im gesellschaftlichen Zentrum. Wie sind Sie, Ihr Personal und Ihre Kunden mit dieser Großraumverkaufsstelle von immerhin 600 m² Verkaufsraumfläche zufrieden? Sind Sie der Meinung, daß durch diese Kaufhalle eine optimale Versorgung der Bevölkerung gewährleistet wird?

Antwort: Zunächst glaube ich sagen zu können, daß wir alle zufrieden sein können. Die Kaufhalle bietet eine Reihe technischer Vorteile, die Technologie ist gut, und auch die geräumige Rampe ist sehr vorteilhaft. Kleine Mängel hoffen wir noch zu überwinden.

Auch glaube ich, daß wir in der Lage sind, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Ich selbst halte Spezialläden nicht für erforderlich, außerdem würden wir sie auf Grund der Arbeitskräftelage gegenwärtig nicht bewirtschaften können.

Versorgung der etwa 15 000 Einwohner des Neubaugebietes zu sichern habe. Im Süden und Osten gibt es ein ausgedehntes, unterversorgtes, bewohntes Kleingartengelände. Im Norden und Westen schließt vorhandene Altbebauung an. Das Zentrum wird also auch einige Funktionen für diese Wohngebiete übernehmen müssen, genauso wie unter Umständen einige Einrichtungen des Altbaugebietes auch für Teile der Neubebauung genutzt werden könnten. Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, zu prüfen, inwiefern diese Untersuchungen der Planung zugrunde lagen.

Ich möchte hier nur auf einige Probleme hinweisen. Die Einbeziehung des Schülerspeiseraumes in den allgemeinen Gaststättenbetrieb bringt sicher Vorteile. Dieser Raum wird auch für Veranstaltungen und Festlichkeiten gut geeignet sein. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß er auch die differenzierten Ansprüche der Einwohner auf eine Wohngebietsgaststätte erfüllen wird, wie es von der Planung aus beabsichtigt ist. Wer setzt sich gern am Abend zu einem Glas Bier oder einer Flasche Wein in einen Saal mit etwa 300 Plätzen, der auf Grund seiner Zweitnutzung auch nicht gegliedert ist? Somit verbleibt für die Bevölkerung nur der knapp 100 Plätze fassende Selbstbedienungsgastraum. Über seine Zweckmäßigkeit wird mehr zu sagen sein, wenn er länger in Betrieb ist. Mir erscheint es günstiger, wenn an einem einheitlichen und somit wirtschaftlichen Küchenblock mehrere kleinere und verschieden nutzbare Gasträume vorgesehen würden. So haben sich in vielen Ländern kleine Cafés oder Milchbars im Wohngebiet bewährt. Gerade für unsere Jugend wären solche Räume sehr geeignet. Sie würden auch die Voraussetzung für kleine Tanzabende schaffen, ohne daß gleich große Veranstaltungen zum Füllen des Saales stattfinden müßten. Es ist sicher auch notwendig, daß durch die Organe des Handels überprüft wird, ob es wirklich die wirtschaftlichste und für die Einwohner bequemste Form ist, alle Waren (mit Ausnahme der Fischwaren) ausschließlich in einer Großraumverkaufsstelle zu handeln. Sicher haben sich international die großen Kaufhallen oder der Supermarkt als eine wirtschaftliche und zweckmäßige Handelsform durchgesetzt. Aber sie werden in den meisten Ländern durch einige Spezialgeschäfte ergänzt. Als nachteilig wird durch die Bevölkerung auch das Fehlen eines Verkaufsraumes für Blumen empfunden, zumal weder am S-Bahnhof noch am U-Bahnhof solche spezialisierten Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sind. Überhaupt dürfte bald die Notwendigkeit bestehen, unabhängig vom Kompaktbau des Zentrums, aber im Zusammenhang mit diesem zum Beispiel eine Wartehalle und einen Zeitungskiosk zu errichten. Zweckmäßig wäre es gewesen, diese Funktionen gleich mit dem Kompaktbau zu verbinden, wie dies eine frühere Planung auch vorsah („Deutsche Architektur" 12/1963, S. 755 bis 761). Im Zusammenhang mit der Bibliothek wäre sicher ein Zeitschriftenraum günstig, der auch abends genutzt werden kann, denn das Bedürfnis nach guten Fach- und Unterhaltungszeitschriften wird sicher weiter anwachsen.

Überhaupt scheint mir der Vielfältigkeit unseres Lebens und den sich oft erst andeutenden Entwicklungen noch viel zu wenig durch variabel nutzbare Einrichtungen und ideenreiche Lösungen entsprochen zu werden. Erst dann werden aber unsere Zentren zu echten Kristallisationspunkten des gesellschaftlichen Lebens werden und ihrerseits die Entwicklung des gemeinschaftlichen Lebens positiv beeinflussen. Einige der genannten Mängel können sicher auch gemildert werden, wenn alle geplanten Anlagen fertiggestellt sind.

Im Zusammenhang mit dem Eindruck des Unfertigen ist auch das Problem der Provisorien zu nennen. Diese tragen mit dazu bei, den Gesamteindruck zu schwächen. Außerdem sind sie meist unwirtschaftliche Zwischenlösungen. Ich denke dabei an die zahlreichen frei hängenden Telefonleitungen, an die altertümlichen Telefonzellen und die hölzernen Lichtmasten mit Freileitungen. Unverständlich sind diese Provisorien auch deshalb, da zur gleichen Zeit in der Stadt moderne Telefonhäuschen aufgestellt und im gleichen Stadtbezirk vorhandene hölzerne Lichtmasten durch moderne Stahlrohr- oder Stahlbetonleuchten ersetzt wurden.

Damit vergeben wir uns die Möglichkeit, unserer Bevölkerung zumindest an ersten Beispielen zu zeigen, wie wir uns die Gestaltung neuer Wohngebiete vorstellen. Wir wollen nicht vergessen, daß gerade dieses Wohngebiet auch von zahlreichen in- und ausländischen Besuchern unserer Hauptstadt besichtigt wird. Nicht zuletzt führen die ständigen Routen der Stadtrundfahrten durch das Hans-Loch-Viertel.

Aufgabe wissenschaftlicher Analysen von fertiggestellten Wohngebieten wird es sein, viele hier nur angedeutete Fragen der wirtschaftlichen, funktionellen und städtebaukünstlerischen Gestaltung gründlich zu untersuchen und daraus Schlußfolgerungen für die künftige Planung und Projektierung von Wohngebieten zu ziehen.

1

2

3

4

5

Frage: Frau Römhild, Sie sind seit über drei Jahren Bewohnerin des Wohngebietes Hans-Loch-Straße. Als Vorsitzende einer DFD-Gruppe kennen Sie sicher die Meinung vieler Frauen. Wie sind diese mit ihrem Wohngebiet zufrieden, und welche besonderen Probleme gab es bisher? Würden Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Aussprache der Bevölkerung mit dem Projektanten für zweckmäßig halten?

Antwort: Zu einer Aussprache ist es nie zu spät. Ich glaube, beide Seiten könnten daraus lernen.

Unsere Frauen vertreten die Meinung, wenn ein Gebiet bezogen wird, dann muß vor allen Dingen die Versorgung der Bevölkerung gesichert sein. Die Nachfolgeeinrichtungen müssen zügig mit fertiggestellt werden. Wir wohnen jetzt drei Jahre im Hans-Loch-Viertel, der Außenanstrich unserer Häuser läßt schon keine „Neubauten" mehr erkennen, aber erst jetzt werden die ersten Grünanlagen, Kinderspielplätze und Wäschetrockenplätze fertiggestellt. Die Eröffnung der Apotheke, Post, Gaststätte sowie des Waschhauses in der Moldaustraße wird schon lange erwartet. Ebenso erwarten wir die Fertigstellung der Klubräume im Zentrum, da gerade für unsere gesellschaftliche Arbeit die „Raumfrage" eine besondere Rolle spielt.

In den vergangenen Jahren wurde in den Hausgemeinschaften und Aussprachen mit den Frauen immer wieder die Frage gestellt, warum für ein so großes Gebiet zwei so relativ kleine Schulen gebaut wurden. Schon bei der Planung war bekannt, daß hier viele junge Menschen mit Kindern wohnen werden. Auch die Kinderkrippen und Kindergärten können den Bedarf nicht befriedigen. Wäre es nicht rationeller gewesen, anstatt der bestehenden vier kleinen Einrichtungen weniger, dafür aber größere Objekte zu schaffen und dadurch Material, Kosten und Arbeitskräfte, wie zum Beispiel Leiterinnen, Hausmeister und Küchenpersonal, einzusparen?

Frage: Herr Dr. Siegert, welchen Eindruck haben Sie von der städtebaulichen Lösung des Wohngebietes?

Antwort: Zur städtebaulichen Konzeption, wie Sie sich uns heute darbietet, möchte ich einige kritische Bemerkungen machen. Während der einzelne Bewohner in bezug auf seine Wohnung und die von ihm in Anspruch zu nehmenden gesellschaftlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Schule, Kindergarten, Kaufhalle und Ambulatorium, sicher viele Forderungen des sozialistischen Wohnens erfüllt findet, kann man das in bezug auf die Gesamtkomposition des Gebietes nach meinem Ermessen nicht sagen. Es fehlt ein harmonisches Zusammenspiel der einzelnen Baukörper, der Wohngruppen und Straßen, der Grünräume und Erholungsplätze. Hier haben unsere Städtebauer manche Möglichkeiten aus der Hand gegeben, die Anlage eines sozialistischen Wohngebietes zu demonstrieren. Ich denke nur an den Standort des Mittelganghauses, des Altersheimes und zweier Punkthäuser. In diesen Fällen sind ausgesprochene Zwangssituationen entstanden, weil auf engstem Raum Wohnhäuser und Verkehrsanlagen zusammengedrängt wurden, während unweit davon, zum Beispiel am Tränkegraben, mit dem Baugrund unwirtschaftlich „gespielt" worden ist.

Ein ernster Mangel scheint mir auch, daß bei den Grünprojekten die bisherige Vegetation völlig außer acht gelassen wurde. Alte Bäume, zum Beispiel vor der jetzigen 9. Oberschule, wurden trotz energischer Proteste der Bevölkerung beseitigt, statt sie harmonisch einzubeziehen. So ergibt sich die Tatsache, daß heute faktisch kein Baum im ganzen Neubaugebiet mehr steht und erst in etwa 10 bis 15 Jahren die neugepflanzten Bäumchen das gesamte Bild wirkungsvoll verschönern werden.

6

7

Eindrücke

1
Günstige Blickbeziehung zu den Hochhäusern an der Baikalstraße

2
Unvorteilhaft in die Passage des Zentrums wirkendes Wohnhaus

3
Vorteilhaft in die Passage wirkendes Hochhaus

4
Unmittelbar neben dem Appartementhaus angeordnete Reihengaragenlandschaft. Diese nachträglich getroffene Lösung anstelle der ursprünglich geplanten Großgaragen beeinträchtigt den Wohnwert

5
Siebzehngeschossige Punkthäuser bestimmen die Silhouette des Wohngebietes

6
Der weite Freiraum am Tränkegraben tangiert das gesellschaftliche Zentrum

7
Erfreulich: Die Plastikgruppe „Bremer Stadtmusikanten" von Karl Lembke in der Passage des Zentrums

1

Probleme der Altstadtsanierung in Wien

Professor Dipl.-Ing. Fritz Weber, Wien

Um über die Probleme der Altstadtsanierung Wien einigermaßen Authentisches sagen zu können, ist es zunächst erforderlich, einen kurzen kulturhistorischen und geomorphologischen Überblick über Wien zu geben.

Der Ostabhang der Alpen, der im Bereich von Wien durch die Donau begrenzt wird, ist uraltes menschliches Siedlungsgebiet. Vor 40 000 Jahren gab es schon neandertalerartige Höhlenmenschen in den Flyschsandsteinhöhlen im Westen des Wiener Siedlungsgebietes. Boshafte Zungen behaupten, daß man ihre Nachfahren hie und da noch unter den Wienern finden könne. Später lassen sich venetoillyrische Siedlungen feststellen. Um 350 vor der Zeitenwende beginnt die Einwanderung und Herrschaft der Kelten, deren norisches Königreich 16 vor der Zeitenwende von Kaiser Augustus dem römischen Imperium angegliedert wurde.

Die Siedlungen der Kelten entstanden dort, wo die alte Bernsteinstraße, nachdem sie die Donau in einer Furt überquert hatte, sich entlang des Alpenostrandes nach Süden wandte. Dieser Schnittpunkt einer alten Handelsstraße mit der Schiffahrtsstraße der Donau war für das römische Imperium von großer Bedeutung. Zum Schutz einer bereits bestehenden großen römischen Zivilstadt (Carnuntum) wurde ein kleines römisches Standlager errichtet, das im Norden durch ein etwa 15 m hohes Steilufer gegen die Donau, im Westen durch einen aus den Alpen kommenden kleinen Fluß, den Ottakringerbach, und im Osten durch einen kleinen Bach und den Wienfluß von der Natur her vorzüglich geschützt war. Das kleine, 15 m über dem Donauniveau liegende Plateau kann heute noch durch verschiedene Stiegen und steile Straßenstücke im Stadtgebiet festgestellt werden. Die Größe des römischen Lagers, das schließlich um 100 nach der Zeitenwende zum Legionslager erhoben wurde und dem sich später eine ausgedehnte Zivilstadt anschloß, ist durch einige Straßenzüge im heutigen Stadtplan, aber auch durch Ausgrabungen und Funde belegbar. (1)

Nach Abzug der Reste der römischen Besatzung im 5. Jahrhundert blieb die Geschichte Wiens im Dunkel. Aus einigen wenigen Funden läßt sich jedoch auf eine kontinuierliche Besiedlung schließen.

Mit der Belehnung der damaligen Ostmark an die Babenberger im Jahre 976 beginnt die erste große Bauperiode Wiens. Eine Reihe von Stadterweiterungen durch die Babenberger und König Ottokar von Böhmen und die Erhebung Wiens zur freien Reichsstadt im Jahre 1237 kennzeichnen diese für Wiens Stadtgeschichte glanzvolle Periode, die das Aussehen der Wiener Altstadt bis zum heutigen Tage prägte. Eines der schönsten Baudenkmäler dieser Zeit ist die 1250 entstandene Westfassade des Domes zu St. Stephan. (2)

Die zweite große Bauperiode Wiens ließ die gotische Stadt entstehen. Zahlreiche Kirchen und Bürgerhäuser dieser vom 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts dauernden Stadtentwicklung sind heute noch ein wertvolles kulturhistorisches Erbe, dessen Erhaltung und Revitalisierung Aufgabe der Stadtplanung sein muß.

Die dritte große Bauperiode Wiens setzte nach der Beseitigung der Türkengefahr ab 1683 ein. Sie ließ das barocke Wien entstehen. Eine Reihe wundervoller Paläste entstand nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in der Umgebung außerhalb der damaligen Stadtmauern. Gotische und

romanische Kirchen wurden unbekümmert barockisiert, und viele alte Häuser mußten der überquellenden Daseinsfreude und dem Form- und Gestaltungswillen der Barockbaukünstler weichen. Aus dieser Periode stammen die das heutige Stadtbild bestimmenden Plätze und Straßenzüge wie der Josefsplatz, die Albertina, auf dem Graben die Pestsäule, die Peterskirche, die Jesuitenkirche auf dem Hof, viele malerische Bürgerhäuser in der Wipplingerstraße, die böhmische Hofkanzlei sowie Stadtpaläste der durch die Zentralisierungstendenz des Absolutismus an den Kaiserhof strömenden Adels- und Fürstengeschlechter aus Polen, Böhmen, Mähren, Ungarn und Kroatien.
Die vierte Bauperiode im 19. Jahrhundert brachte den Fall der Befestigungsanlagen und die Schaffung der Ringstraße an ihrer Stelle, die nun, geziert von einem Kranz neuer Kultur- und Verwaltungsbauten, die Altstadt umgibt.
Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die bauliche Substanz, wenn man von den schweren Schäden durch Luftangriffe und Kriegshandlungen in den letzten Kriegstagen absieht, im wesentlichen unverändert geblieben. Allerdings hatte die Stadtregulierung eine verhängnisvolle Wirkung. Die bis dahin an die Altstadt reichende Donau wurde reguliert, in ein schnurgerades Bett gezwängt, das nun eine gute halbe Gehstunde von der Altstadt entfernt verläuft. Die Altstadt selbst liegt nur noch an einem verhältnismäßig schmalen, tief eingeschnittenen Kanal, dem Donaukanal. Hieraus ergibt sich eines der Hauptprobleme der Altstadtsanierung.
Im November 1957 schrieb der Magistrat der Stadt Wien die Stelle eines Stadtplaners aus. Die Wahl fiel auf den bereits bekannten Architekten und Professor an der Akademie der bildenden Künste Roland Rainer, der in vier Jahren, von 1958 bis 1962, ein städtebauliches Grundkonzept verfaßte, das vom Stadtsenat angenommen und zur Richtschnur für den weiteren Ausbau Wiens empfohlen wurde. (3) Rainer sagt in seinem Vorwort zu diesem Konzept: „Das Bild Wiens ist auch nach dem zweiten Weltkrieg noch entscheidend von der historischen Substanz bestimmt." Rainer, der mit der Ausarbeitung eines städtebaulichen Grundkonzeptes erst beauftragt wurde, als der Wiederaufbau im wesentlichen abgeschlossen war und die Kriegsfolgen keine städtebauliche Chance mehr boten, sagt von seinem Konzept, daß es in einer Zeit verfaßt wurde, die durch wirtschaftliche Konjunktur, starke Bautätigkeit, sprunghaft wachsenden Autoverkehr, sehr rasch steigende Bodenpreise und entsprechende Bodenspekulationen charakterisiert ist.
Wenn auch heute, sechs Jahre später, von einer wirtschaftlichen Konjunktur nicht mehr gesprochen werden kann und die Bodenspekulation durchaus nicht mehr den expansiven Charakter von damals besitzt, so sind doch die Probleme der Altstadt unverändert akut geblieben. Sie können folgendermaßen kurz charakterisiert werden, wobei sicherlich in anderen europäischen Städten viele Parallelen hierfür existieren: Die Altstadt – sie deckt sich mit der Fläche des ersten Wiener Gemeindebezirkes – besaß 32 000 Einwohner im Jahre 1961, die Anzahl der in ihr Beschäftigten betrug aber 128 000 Menschen im Jahre 1959. Da von den 32 000 Einwohnern des 1. Bezirkes aber 3900 täglich zur Arbeit nach auswärts in andere Bezirke fahren, bedeutet dies, daß tatsächlich täglich etwa 100 000 Menschen zur Arbeit in die engen Gassen der Altstadt gelangen müssen. Mit anderen Worten: Mehr als 21 Prozent der Berufstätigen Wiens strömen Tag für Tag ins Zentrum.
Die alten gotischen Bürgerhäuser wurden zwar im 19. Jahrhundert an das öffentliche Kanalnetz, an die Versorgungsleitungen für Strom, Wasser und Gas angeschlossen, aber die Wohnverhältnisse verschlechterten sich in der gleichen Zeit durch zahllose gewerbliche Einbauten in die Höfe der Wohnhäuser. Eine fortschreitende Entvölkerung der Altstadt war die Folge. Die Menschen, die in die Außenbezirke der Stadt zogen, um gesündere Lebensverhältnisse vorzufinden, haben gleichzeitig dafür gesorgt, daß der Einzugsbereich der Geschäfte in der Innenstadt nun kleiner wird. Verschärft wird diese Entwicklung noch dadurch, daß der Pkw-Fahrer in der Innenstadt keinen Parkplatz vorfindet, während in den Außenbezirken um die überall entstehenden Shopping-Zentren herum noch genügend Parkraum zur Verfügung steht.
Es wurde schon angedeutet, daß ein zentrales Problem der Wiener Altstadt die Frage der Abwicklung des Individualverkehrs und des Verkehrs mit öffentlichen Transportmitteln darstellt. Die statistischen Erhebungen des seinerzeitigen Wiener Stadtplaners Professor Rainer ergeben, daß sich bereits 1958, also vor 10 Jahren, nach Verkehrszählungen die tägliche Gesamtbelastung der Wiener City auf 208 000 Pkw-Einheiten belief, das heißt, 208 000 Pkws benutzten täglich die Straßenflächen des 1. Wiener Bezirkes, wobei 105 000 Pkws hineinfuhren und 103 000 Pkws wieder herausfuhren. Das bedeutet jedoch nicht, daß lediglich 2000 Pkws in der Altstadt parkten. Im Gegenteil, 91 Prozent der hineinfahrenden Pkws verblieben bis zum Geschäftsschluß in der City und verließen sie wieder zwischen 16 und 21 Uhr. Nur 9 Prozent stellten den fließenden Verkehr im Tagesverlauf dar. Von diesem fließenden Verkehr waren 70 Prozent Durchgangsverkehr, der die Altstadt durchquerte, ohne in ihr anzuhalten. Die für das wirtschaftliche Leben der City erforderlichen kommerziellen Fahrzeuge wie Last- und Lieferwagen stellten nur einen verschwindend kleinen Teil der gesamten Fahrzeuge.
Professor Rainer forderte, daß angesichts der erstickenden Überlastung der City selbstverständlich ihre bauliche Substanz nicht vergrößert werden dürfe. Aufstockungen und Intensivierungen der Nutzung müßten verhindert werden. Die alten Häuser sind wesentlich niedriger als die bauklassenmäßig vorgeschriebene Höhe von 25 m für die City. Ihre Erhaltung durch Denkmalschutz kann daher auch eine wesentliche Hilfe gegen weitere Verkehrsschwierigkeiten darstellen. Leider blieb die Warnung Professor Rainers unberücksichtigt. In der Zwischenzeit wurden im Gegensatz zum vom Stadtsenat beschlossenen städtebaulichen Grundkonzept Professor Rainers große neue Bürokomplexe von Versicherungsgesellschaften, Verwaltungsbauten der Bundesregierung (z. B. das Finanzministerium) und Bürobauten der Privatwirtschaft mitten in der Altstadt von den Baubehörden zugelassen. Die Schaffung von Fußgängerpassagen wurde in einem einzigen sehr begrenzten Bereich der Altstadt verwirklicht, im sogenannten Blutgassenviertel, dessen gute architektonische Lösung vorläufig der einzige Prototyp einer Altstadtsanierung in der Wiener City ist, der gezeigt werden kann.

2

3

4

1 Luftaufnahme der Wiener Altstadt. Rechts oben der Donaukanal

2 Bodengestalt Wiens zur Zeit der Gründung der Stadt (nach K. Schartelmüller, a. a. O., S. 19)

3 Plan des römischen Legionslagers Vindobona
Römische Lagermauer, mit dem heutigen Straßenverlauf übereinstimmend
Vermuteter Verlauf der Lagermauer
Lagerstraßen
(nach Theodor Hoppe, a. a. O., S. 12)

4 Das mittelalterliche Wien
I–IV Erweiterungen bis etwa 1270
F Fortifikationsgürtel
(nach K. Schartelmüller, a. a. O., S. 20)

Städtebauliches Grundkonzept des Wiener Magistrats (Konzept Professor R. Rainers)

5 Äußere Ringstraße – Verkehrsschema und Parkmöglichkeiten

Schnellstraßen

Hauptradialstraßen

Hauptstraßen und Plätze der inneren Stadt

Altstadt

Knotenpunkt von Massenverkehrsmitteln

Parkgaragen, Fassungsraum etwa 600 Fahrzeuge

Öffentliche Parkplätze

6 System der Zentren

U Universitätszentrum

G Geschäftscity

TH Technische Hochschule, Forschungszentrum

Altstadt, vorhandene City

Geplante Citybildung

Geplante Außenzentren

Vorhandene Hauptgeschäftsstraßen

Wohngebiete

Geplante Konzentrationsgebiete der Industrie, teilweise bereits vorhanden

Professor Rainer schlägt vor, an der Peripherie der Altstadt einen Kranz von Parkgaragen zu schaffen und andererseits durch die rasche Herstellung einer leistungsfähigen Umfahrung der Altstadt den Durchgangsverkehr möglichst auszuschalten. Ähnliche Vorschläge werden von dem als Experte hinzugezogenen Architekten und Stadtplaner Victor Gruen gemacht, der als ehemaliger Wiener in den USA zu den renommiertesten Stadtplanern gehört und dort mehrere für europäische Verhältnisse außerordentlich große Planungsbüros betreibt. Er empfiehlt, die Wiener Innenstadt nur durch öffentliche Verkehrsmittel, wie kleine Elektrobusse, sogenannte Minibusse, zu erschließen. Rund um die Altstadt sollen etwa 12 000 Pkw-Parkplätze geschaffen werden. Andererseits schlägt er vor, der Innenstadt wieder Einwohner zurückzugeben. Die Altstadt solle kein Museum sein, sondern Atmosphäre besitzen, in der man sich heimisch fühlen könne.

Der Vorsitzende des Fachbeirates der Wiener Stadtplanung, Professor Lippert, beschäftigte sich in einem ausführlichen Artikel mit der Zukunft der Wiener City. (4) Er setzt sich mit dem städtebaulichen Grundkonzept Professor Rainers auseinander, in dem die Schaffung dreier neuer Zentren im weiteren Umkreis der Altstadt vorgeschlagen wird:

ein Forschungszentrum der Technischen Hochschule im Südosten auf dem Gebiet der Arsenalgründe, etwa 2 km vom Zentrum entfernt,

eine Universitätsstadt im Bereich des jetzigen Allgemeinen Krankenhauses, etwa 0,5 km vom Zentrum entfernt,

eine Geschäftscity im Bereich des Nordbahnhofes, entlang der Reichsbrückenstraße, etwa 2 km vom Zentrum entfernt.

Eine Erweiterung der Alt-City selbst ist im städtebaulichen Grundkonzept Rainers nicht vorgesehen. Lippert macht darauf aufmerksam, daß diese aber bereits auf der der Altstadt gegenüberliegenden Seite des Donaukanals im 2. Bezirk vor sich gehe. Es wird seiner Auffassung nach unbedingt notwendig sein, die Planung des 1. und des 2. Bezirkes gemeinsam vorzunehmen. Überließe man die Entwicklung sich selbst, so würde die Privatwirtschaft durch ihre vom Repräsentationsbedürfnis bestimmte Standortpolitik an vielen Punkten der City Hochhäuser bauen und das Stadtbild der Lenkung durch verantwortungsbewußte Architekten entgleiten. Auch internationale Organisationen, deren Ansiedlung in Wien von öffentlichen Stellen sehr gewünscht wird, haben ähnliche Repräsentationsbedürfnisse. Alle diese könnten am Ufer des Donaukanals im 2. Bezirk erfüllt werden. Ein großer Teil der Häuser im 2. Bezirk, der zur Erweiterungszone der City zählen könnte, ist völlig veraltet und abbruchreif.

Der faszinierende Gedanke, den 2. Bezirk in die eigentliche City miteinzubeziehen, ist nicht neu. Bereits 1946 gewann Professor Welzenbacher einen städtebaulichen Wettbewerb zur großzügigen Neugestaltung der durch den Krieg zerstörten Grenzbereiche des Donaukanals auf beiden Uferseiten. Damals wurde aus ökonomischen Gründen die Realisierung aufgeschoben. Nach Professor Lipperts Auffassung sollten in diesem Bereich größere Bauhöhen zugelassen werden. So schlägt er Häuser von 35 bis 40 m Höhe vor. Zwischen ihnen könnten Fußgängerbereiche, Ladenbezirke und Erholungszonen in unmittelbarer Nähe der Alt-City entstehen.

7 Büroneubau der Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer
Architekt: Prof. Dipl.-Ing. Georg Lippert

8 Bebauungsvorschlag von Professor G. Lippert für die City-Erweiterung
Dianabad mit neuen Bürokomplexen

9 Bebauungsvorschlag von Professor G. Lippert für die Uferbebauung am Donaukanal

7

8

9

10

11

Alle von den Architekten vorgebrachten Vorschläge sind aber, wie in einer umfangreichen Studie des Obermagistratsrates Dr. Zeitlhofer festgestellt wird, von rechtlichen und wirtschaftlichen Faktoren abhängig, die zum Teil erst einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Vor allem geht es darum, den Bewegungsraum der als unvermeidbar angesehenen Grundstücksspekulation möglichst einzuengen.

Als Abschluß der vorliegenden Betrachtungen über Probleme der Altstadtsanierung in Wien möge das leider bisher einzige Beispiel einer Sanierungsmaßnahme im Altstadtkern näher erläutert werden. Es handelt sich um ein Stadtviertel aus Häusern des 12. Jahrhunderts, die bis in das späte 19. Jahrhundert hinein mehrfach umgebaut und aufgestockt wurden. (5) Dieses in unmittelbarer Nähe des Stephansdomes liegende Häuserkonglomerat strahlt eine zauberhafte Wohnatmosphäre aus.

Im Jahre 1956 schrieb die Gemeinde Wien einen Architektenwettbewerb aus mit dem Planungsziel der Schaffung einer City in einem typischen Wiener Altstadtbereich. Die Preise wurden verteilt, aber es rührte sich nichts. Als vier Jahre später die Architekten Euler und Thurner eine Planung im Nachbarbereich des Wettbewerbsgebietes durchzuführen hatten, wurden sie vom Wiener Magistrat eingeladen, eine Neuplanung vorzunehmen, deren Ziel die Wiederbesiedlung des halbleer stehenden und verfallenen Viertels durch Schaffung von Wohnungen und Geschäften sein sollte. Darüber hinaus sollten einige Häuser herabgezont werden, um die Lichteinfallsverhältnisse zu verbessern und Blicke auf den Stephansdom zu öffnen. Schließlich sollte eine Fußgängerpassage mit attraktiven Geschäften geschaffen werden.

Es sollte die Atmosphäre der Altstadt so erhalten bleiben, daß ein bestimmter Personenkreis um dieser Atmosphäre willen bereit wäre, die hohen Instandsetzungskosten mitzutragen. So entstanden 11 Boutiquen, 29 Wohnungen verschiedener Größe und ein Stadtpalais. Im Bereich des Viertels sind die Räumlichkeiten der Österreichischen Gesellschaft für Architektur und Ausstellungsräume für Werke bildender Künstler untergebracht.

Man muß feststellen, daß es den beiden Architekten geglückt ist, ohne äußerlich spürbare größere Eingriffe den Altbestand so zu erneuern, daß das Planungsziel, eine kultivierte Umwelt zu schaffen für Künstler und Geistesschaffende, die Ruhe und Besinnlichkeit bietet, zufriedenstellend erreicht wurde.

Seit damals hofft die Architektenschaft Wiens, daß weitere Wettbewerbe und diesmal auch in der Folge von Wettbewerben Ausführungsaufträge zur Altstadtsanierung ausgeschrieben und vergeben werden. Voraussetzung dafür ist aber, daß endlich die bestehenden, teilweise divergierenden Auffassungen über die Probleme der Sanierung der City gegeneinander abgewogen und eindeutige rechtsverbindliche Grundlagen für die Erneuerungsplanung der Wiener Altstadt geschaffen werden.

Literatur:

(1) Theodor Hoppe, Vom Römerkastell zur Ringstraße, Teil 1, RAVAG-Bücherei, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1947
(2) Karl Schartelmüller, Wien von 1000 bis 2000 n. Chr., in: „Der Aufbau", Heft 7/1946
(3) Roland Rainer, Städtebauliches Grundkonzept für Wien, Verlag für Jugend und Volk, Wien 1962
(4) Georg Lippert, Die Zukunft der Wiener City, in: „Der Aufbau", Hefte 3 u. 4/1963
(5) Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 1966, Heft 20

10 Blutgasse – verfallenes Altstadtviertel

11 Fußgängerpassage im Sanierungsgebiet Blutgasse

12 Alt-Wiener „Pawlatschen"-Häuser in der Blutgasse

13 Sanierungsgebiet Blutgassenviertel
Bauzustand

Gut

Mittelgut

Schlecht

Denkmalgeschützt

12

13

WOLLZEILE
SCHULERSTRASSE
STEPHANSPLATZ
RIEMERGASSE
GRÜNANGERGASSE
NIKOLAIGASSE
SINGERSTRASSE

1

Integration von Kunst und Kultur in der Architektur von Mexiko City

Dipl.-Ing. Fritz Rothstein, Berlin

2

Mexiko, Stätte der Olympischen Spiele 1968, ist ein Land tiefer politischer und sozialer Gegensätze. Die bürgerlich-demokratische Revolution, die von 1910 bis 1930 das Land erschütterte und unter der Losung „Land und Freiheit!" geführt wurde, in der die Volksmassen mit der Waffe in der Hand gegen Feudalismus und Imperialismus kämpften, endete mit der Machtübernahme durch die Bourgeoisie, und heute ist die Wirtschaft des Landes durch vielerlei Bande an die Wirtschaft der USA gekettet. Die kapitalistische Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft brachte den Arbeitern und Bauern keinen höheren Lebensstandard. Die Arbeiter kämpfen um höhere Löhne, die Bauern gegen den sie erdrückenden Konzentrationsprozeß des Grundeigentums und die Studenten gegen die volksfeindlichen Einflüsse des Imperialismus an den Hochschulen. Die Mexikanische Kommunistische Partei gelangte daher zu der Auffassung, daß der Kampf um Demokratie gegenwärtig die wichtigste Aufgabe ist, um das Land, seine Wirtschaft

1
Vorplatz der Universitätsstadt

2
Rektoratsgebäude mit einem plastischen Wandbild von David Alfaro Siqueiros

3
Lageplan der Universitätsstadt Mexiko
1 Campus mit Lehr- und Forschungsinstituten
2 Sport- und Erholungszone
3 Olympisches Stadion
4 Geplantes Wohngebiet

4
Turmtrakt des Rektoratsgebäudes

5
Fensterloses Büchermagazin der Hauptbibliothek

3

4

5

und Kultur vorwärtszubringen und sich von fremden Einflüssen zu befreien.

Der mexikanische Historiker Leopoldo Zea stellt das „Bewußtwerden der eigenen Wirklichkeit" als den Beitrag Lateinamerikas an der Weltkultur, als „Brücke zwischen ... Ost und West", als wichtiges Zeitphänomen heraus. „Iberoamerika weiß heute, daß sein Mestizentum ... der Ausgangspunkt sein kann, ihm innerhalb der Geschichte einen ... ganz besonderen Platz einzuräumen." Jedoch der nach Mexiko gegangene Architekt Max L. Cotte sagte dazu, daß Mexiko in unaufhörlichem Antagonismus zum Westen stehe seit dem gewaltsamen Eingriff, den seine Kultur durch die Kolonisierung erlitt. Und in der bildenden Kunst und auch in der Architektur kommt diese Besinnung auf den eigenen Weg besonders sinnfällig zum Ausdruck.

Die Hauptstadt des Landes – Ciudad de Mexiko oder Mexiko City – wurde von Cortez auf den Trümmern der aztekischen Lagunenstadt Tenochtitlán angelegt.

Die damals 300 000 Menschen fassende aztekische Hauptstadt lag mitten in einem von Gärten und Wäldern umgebenen See. „Ein Achsenkreuz von breiten Dämmen führte von den ... Ufern zu einem ... zentralen Platz", der von einer auf ihm befindlichen Pyramide überragt wurde. Ein Kanalgitterraster gliederte die eigentliche Wohnstadt von 60 000 in Tuffstein gebauten Häusern in Parzellen auf. Nahe am zentralen Hauptplatz lag Montezumas Palast, der mit der ganzen indianischen Hauptstadt 1519/21 von Cortez restlos zerstört wurde. Cortez paßte nun das städtebauliche Rasterschema, wie es von Kaiser Karl V. in den für die spanischen Kolonien erlassenen „Leyes de Indias" niedergelegt worden war, dem vorhandenen Kanal- und Dammsystem der aztekischen Hauptstadt an. Weit schwieriger als der Hoch- und Städtebau war das tiefbautechnische Problem der Trockenlegung der Lagunenstadt, das bis heute eine Lebensfrage für die Fünfmillionenstadt ist.

Die Aufgeschlossenheit der mexikanischen Architekten und Künstler für die moderne und zugleich auch für die nationale Kultur führten zu bautechnischen und architektonischen Lösungen, die dem mexikanischem Bauen einen beachteten eigenen Platz sichern. In der in den fünfziger Jahren geschaffenen Universitätsstadt schuf sich die mexikanische Kunstwelt ein architektonisches Zeichen eigener nationaler Prägung und zugleich ein exemplarisches Beispiel für die Integration von bildender Kunst und Architektur. In freier Fortführung der Manier Diego Riveras hat der Malerarchitekt Juan O'Gorman auf allen vier Außenwänden der am Eingang der Universitätsstadt stehenden Bibliothek in farbigen Mosaiken die Geschichte des Landes in Bildern ausgebreitet. Am benachbarten Rektoratsgebäude gab der Gründer der Kommunistischen Partei Mexikos, Schriftsteller und Maler David Alfaro Siqueiros, dem Thema „Verlangen des Volkes nach Wissen und Kultur" in seiner expressiven Art beinahe plastischen Ausdruck. Den aus verschiedenfarbigen und edlen Baustoffen – Glasbausteinen, Carraraglas, Beton, glasierten Ziegeln und Onyx – zusammengesetzten und streng gegliederten Quader schmückt außerdem in Höhe des Saales für den Rat der Universität eine abstrakte Komposition von D. A. Siqueiros. Die Universitätsstadt von Mexiko City ist als wagemutiger Versuch, ideologisch-künstlerische Konzeptionen in zeitgenössische Architektur umzusetzen, in der ganzen Welt berühmt.

Eine aus neuerer Zeit stammende Umbauung des Platzes der Drei Kulturen (Plaza de las Tres Culturas) verschweißte drei verschiedenartige Architekturperioden zu einer Einheit: Die Fläche des großen Platzes gliedert eine freigelegte Pyramide der Aztekenhauptstadt, auf deren Plateau sich die Ordenskirche Santiago Tlaltelolco aus der spanischen Zeit erhebt. Diese schlichten, aber kulturell und national gewichtigen Monumente werden von Wohnblocks und öffentlichen Gebäuden umschlossen.

Also auch bei dieser städtebaulichen Alltagsaufgabe wird ein kulturpolitisches Anliegen mit adaptiert – die mexikanische Geschichte von der Vorzeit bis heute.

6

7

6 | 7
Platz der Drei Kulturen

Leichte Raumzellen für eingeschossige Wohnbauten bei Anwendung des Prinzips austauschbarer Baugruppen

Dipl.-Ing. Hermann Wöckel
Dipl.-Ing. Peter Düsing
Dipl.-Ing. Karl Unger
Technische Universität Dresden
Lehrstuhl für Baukonstruktions- und Entwurfslehre
(Prof. Dr.-Ing. habil. Eberhard Deutschmann)

Im Jahre 1967 wurde beim Bezirksbauamt Dresden unter Mitwirkung der Verfasser eine Raumzelle in Leichtbauweise entwikkelt und zum ersten Mal im Objekt „Kindergarten – Ergänzungsbau mit 36 Plätzen in Niesky" als Muster- und Experimentalbau erprobt (siehe „Bauzeitung", Heft 2/1968, S. 57 ff.). Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wird die theoretische Auseinandersetzung mit konstruktiven, fertigungstechnischen und funktionellen Problemen der Raumzellenbauweise notwendig. Auf Grund von Vorarbeiten, die im folgenden Beitrag dargestellt werden, erteilte die Deutsche Bauakademie dem Lehrstuhl für Baukonstruktions- und Entwurfslehre den Auftrag zur Ausarbeitung einer Studie über die Anwendung von Raumzellen in Leichtbauweise für den Wohnungsbau.

Die Anwendung leichter Konstruktionen im Wohnungsbau

Die Prognose im Wohnungsbau und die Forderung nach leichtem Bauen bedingen eine Untersuchung darüber, inwieweit im Wohnungsbau leichte Konstruktionen angewandt werden können, weil sich hier eine massenweise Anwendungsmöglichkeit anbietet.

Der überwiegende Teil der Wohnungen soll in Plattenbauweise gebaut werden. Deshalb ist es notwendig, neben der Entwicklung spezieller Leichtbauweisen auch auf eine Masseverringerung im Plattenbau hinzuwirken.

Das Gebäude wird in Bauwerksteile zerlegt, die schrittweise durch Leichtkonstruktionen ersetzt werden.

Die Verteilung der Massen auf die einzelnen Bauwerksteile ist am Beispiel der in der Entwicklung befindlichen 9-Mp-Plattenbauweise in Tabelle 1 dargestellt (die Werte beziehen sich ab Oberfläche Fundament auf ein Indexgebäude von 11 Wohngeschossen, 59,8 m^2/WE, 14 WE/Geschoß).

Zum Bau eines Hauses mit 154 Wohnungen in 11 Geschossen sind 54 verschiedene Elemente erforderlich. Insgesamt werden 2532 Elemente benötigt, das heißt, jedes Element kommt im Mittel etwa 47-mal vor. Jede Wohnung besteht im Mittel aus 16,4 Elementen.

Die gegenwärtige 5-Mp-Bauweise ist trotz der geringeren Laststufe durch ein wesentlich breiteres Sortiment gekennzeichnet.

Wenn die in Tabelle 1 bezeichneten Bauelemente konsequent als leichte Elemente hergestellt werden und eine durchschnittliche Masseverringerung um 75 Prozent zugrunde gelegt wird, könnte die Gesamtmasse je Wohnung von 72,13 t auf 55,8 t gesenkt werden. Bei dieser Aussage muß allerdings berücksichtigt werden, daß gegenwärtig für die genannten Bauwerksteile keine gesicherten bautechnischen Grundlagen für die Anwendung von Leichtkonstruktionen im Wohnungsbau vorhanden sind.

Bei Leichtkonstruktionen treten insbesondere Probleme des Brandschutzes, des Schallschutzes, der Wärmebeharrung, der Fugendichtigkeit und der Alterung auf.

Das Ziel vorliegender Untersuchung besteht darin, einige Grundprinzipien des Austauschbaus bei der Anwendung von Leichtkonstruktionen im Wohnungsbau darzulegen. Die Überlegungen haben nicht nur für die Raumzellenbauweise, sondern auch für andere Bauweisen, wie zum Beispiel Plattenbauweise oder Tunnelschalung, Bedeutung. Damit wird über die Einteilung des Bauens in Bauweisen hinausgegangen.

Auch im Bauwesen setzt sich die Erkenntnis durch, daß eine Industrialisierung auf weite Sicht nur durch eine entscheidende Erweiterung der Austauschbarkeit von Bauelementen gefördert werden kann. Das herkömmliche Denken in der Kategorie der Bauweisen, das heißt in sich abgeschlossener Systeme, muß verlassen werden.

Konstruktionsprinzipien der Raumzellenbauweise

Raumzellenbauweise

Durch die Anwendung kompletter Raumzellen kann vor allem der Komplettierungsgrad gegenüber den herkömmlichen Bauweisen erhöht werden. Der mögliche Komplettierungsgrad beträgt beim Plattenbau 5 Mp = 20 Prozent, beim Plattenbau 9 Mp = 50 Prozent und bei Raumzellen = 90 Prozent.

Oberflächenfertige raumbildende Elemente, Ausrüstungen (Installationen) und Möbel werden in industriemäßiger Fertigung in einem speziellen Werk zu großen Einheiten zusammengefügt und auf der Baustelle zu Gebäuden verschiedener Funktionskategorien aneinandergereiht und gestapelt.

Bei den bisher ausgeführten Raumzellen in Massivkonstruktion für den Wohnungsbau (Hoyerswerda 1965, Entwicklungen in der Sowjetunion) bedingt die Geschlossenheit des Körpers die Festlegung der Raumgröße. Andererseits wird die Raumgröße durch die Transportbedingungen erheblich eingeschränkt (Mindestachsanforderung für Wohnräume 3600 mm, optimale Breite für Transport 2400 mm). Um die geforderten Raum- und Transportbreiten einzuhalten, wird von der geschlossenen Einraumzelle in Wandbauweise zu

Tabelle 1

Bauwerksteile	Bauelemente	Gesamtmasse t/WE	Anzahl der verschiedenen Elemente (Stck.)	Material	Leichtkonstruktion möglich
Wohngeschoß	Tragende Wandelemente	20,60	12	15 cm Schwerbeton	
	Deckenelemente	24,91	10	15 cm Schwerbeton	
	Aufzugsschacht	1,50	2	Schwerbeton	×
	Loggiazelle	2,63	2	Schwerbeton	×
Außenwände	Umhüllungskonstruktion	7,87	1	Schwere mehrschichtige Platten	×
	Giebelwände	4,85	1	7 cm Vorsatz 5 cm Dämmung 15 cm Schwerbeton	
Dachkonstruktion	Dachdecke	2,39	9	Schwerbeton	×
	Umhüllungskonstruktion (Drempel)	1,01	8	Schwerbeton	×
Treppe	Treppenläufe	0,44	1	Schwerbeton	×
	Treppenwände	0,81			×
Zwischenwände		2,86	6	Schwerbeton	×
Sanitärzelle		2,26	2	Schwerbeton	×
Insgesamt		72,13 t	54 Stück		

1 Sortiment Grundzellen: Normalzelle – Eingangszelle – Zelle mit Sanitärausrüstung (Bad und WC) und Wasseranschluß für die Küche

2 Sortiment Außenwände: Giebelwand – Längswand für Hauseingang, Terrasse, Wohnraum, Schlafraum, Nebenraum

3 Sortiment innere Trennelemente: Schrank- und Wandelemente auf gleicher Maßgrundlage mit und ohne Durchgangstür

4 Normalzelle mit Sortiment der Trennelemente

5 Normalzelle komplettiert

6 Ansicht Nordseite zu Abbildung 7

7 Gebäude aus vier Zellen – Hauseingang an der Nordseite (vgl. Abb. 9)

1

2

3

einem Skelettsystem übergegangen. Dabei können durch Addition von Raumzellen in Skelettkonstruktion Räume über mehrere Zellen hinweg gebildet werden.
Durch die Trennung in tragende und begrenzende Elemente bietet sich die Verwendung leichter Baustoffe und Konstruktionen an. Die günstigste Breite für den Straßen- und Schienentransport beträgt unter Berücksichtigung der Maßordnung 2400 mm, die Transportentfernung vom zentralen Fertigungswerk aus 200 km. In Ausnahmefällen kann sie größer sein (Motel Dresden etwa 600 km).

Einschätzung der Raumzelle Dresden

Die vom Bezirksbauamt Dresden entwickelte Raumzelle ist auf den Maßen von 8200 mm/3000 mm/3300 mm aufgebaut. Sie wurde der ersten Untersuchung für den eingeschossigen Wohnungsbau zugrunde gelegt. Die Höhe wurde auf 3100 mm reduziert. Als Mangel stellte sich heraus, daß die Prinzipien der Massenfertigung und der Austauschbarkeit der raumbegrenzenden Elemente nicht eingehalten wurden. Demzufolge fehlt ein begrenztes Sortiment an Innenwandelementen. Die Räume wurden entsprechend den jeweiligen Anforderungen mit individuell anzufertigenden Wandgrößen aufgeteilt. Im einzelnen bedeutet das folgende Nachteile:
Vielzahl verschiedener Innenwandgrößen mit verschiedenen Anschlußdetails.
Jede Bauaufgabe erfordert ein neues Projekt.
Keine Massenfertigung auf Lager möglich.

Grundprinzipien der Sortimentsbildung

Die Untersuchung, inwieweit die Raumzelle Dresden für den Wohnungsbau geeignet ist, wurde mit dem Ziel geführt, das Sortiment auf ein Minimum zu reduzieren. Dieses Teilesortiment muß universell zu verwenden sein und viele Varianten in der Grundrißbildung ermöglichen. Als Lösung wurde das Sortiment in drei Gruppen geteilt: Grundzellen, Außenwände, innere Trennelemente.
Die Grundzellen wurden in ihrer Konstruktion von der Raumzelle Dresden übernommen. Die drei notwendigen Varianten der Skelettkörper, bestehend aus Bodenplatte, Dach, Rahmenkonstruktion und zum Teil feststehender Ausrüstung, stellen den Rahmen der zu komplettierenden Transporteinheiten dar.
Das Sortiment Außenwände umfaßt sechs Längswände und eine Giebelwand. Die Außenwände tragen gleichzeitig die äußeren Anschlüsse für die inneren Trennelemente.
Das Sortiment der inneren Trennelemente setzt sich aus Schränken und Wänden zusammen. Es wurde auf einem einheitlichen Maßgefüge aufgebaut, um Austauschbarkeit und universellen Einsatz zu ermöglichen.
Mit diesen Einzelteilen werden nach einem festzulegenden Grundrißschema nicht mehr Gebäude, sondern Einzelzellen projektiert und komplettiert. Diese Einzelzellen lassen sich mit geringstem Aufwand an ihrem endgültigen Standort zum Gebäude zusammensetzen.

4

5

6

7

Tabelle 2

Bauwerksteile	Masse (t/WE)	Anzahl der verschiedenen Elemente
Grundzelle	38,2	3
Außenwände	5,6	7
Innere Trennelemente	2,9	12
Insgesamt	46,7 t	22 Stück

8 Gebäude aus vier Zellen – Hauseingang an der Südseite, Elternschlafzimmer Nordseite

9 Möglicher Standardgrundriß eines eingeschossigen Wohnhauses aus vier Zellen

10 Gebäude aus fünf Zellen

Grundprinzip des Bauens mit Raumzellen muß also sein: Jede Einzelzelle ist als selbständiges modulares System aufzufassen, das als konstruktive Einheit Teil des Großsystems Gebäude sein muß. Die Einführung eines modular koordinierten Systems von Anschlußpunkten für die inneren Trennelemente innerhalb der Zelle führt auch bei diesen zu einem begrenzten, vielseitig einsetzbaren Sortiment.

Das ermöglicht:

Massenfertigung aller Elemente in verschiedenen Zulieferbetrieben,

Lagerhaltung unabhängig vom Bedarf,

Vereinfachung der Projektierung durch systemgerechte Projektierungsmethoden.

Als Beispiel der Komplettierung einer Zelle zeigen die Abbildungen 4 und 5 eine Normalzelle mit dem dazugehörigen Sortiment an Trennelementen und deren Komplettierung. Diese Zelle, ergänzt durch das Dach, stellt die zu transportierende Einheit dar.

Aus dem Sortiment von 21 Elementen (Abb. 1 bis 3) lassen sich Häuser verschiedener Größe und mit unterschiedlicher Zuordnung der einzelnen Räume bilden. Durch die Einhaltung der durchgehenden modularen Ordnung sind die Trennelemente nur geometrisch festgelegt. Sie können aus den verschiedensten leichten Baustoffen hergestellt werden.

Funktionelles Gestaltungsprinzip ist die Orientierung der Wohn- und Schlafräume als „Wohnseite" nach Süden bis Westen und der Nebenräume als „Straßenseite" nach Norden bis Osten. Alle Räume werden über eine Eßdiele erschlossen, die vor der Küche liegt und mit dem Wohnzimmer eng verbunden ist oder mit diesem vereinigt werden kann. Von ihr führt ein interner Flur zu den Schlafräumen und zum Bad und WC. Der Flur ist als Schrankflur ausgebildet. Die Verbindungstür zwischen Küche und Bad erleichtert die Hausarbeit. Beide Räume bilden ein Hauswirtschaftszentrum. Im Eingangsbereich ist eine Kellertreppe vorgesehen. Bei nichtunterkellerter Ausführung dient dieser Platz als Abstellraum. Um verschiedenen städtebaulichen Situationen gerecht werden zu können, ist die Erschließung auch von der Wohnseite (Garten) her möglich. Zu diesem Zweck wird das Elternschlafzimmer mit dem Eingangsbereich ausgetauscht (Abb. 8).

Durch Addition einer fünften Zelle werden zwei weitere Zimmer gewonnen.

Angestrebt wurde, daß sich Räume und Zellen entsprechen. Nur das Wohnzimmer greift über zwei Zellen. Der Schrank des Elternschlafzimmers steht auf der Wohnzimmerzelle und bildet mit dem Regal die Trennung zwischen beiden Räumen. Auch bei anderen Räumen werden Schränke in das Sortiment der Trennelemente einbezogen.

Für das Beispiel Einfamilienhaus aus vier Raumzellen (87,3 m^2 ohne Keller – Abb. 9) ergibt sich im Vergleich zu Tabelle 1 die Aufstellung in Tabelle 2.

Das ganze Gebäude besteht aus 31 Elementen, von denen alle raumbegrenzenden Elemente in Handmontage zu versetzen sind.

Diskussion

Zu Problemen der 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie

2 Schnitt durch ein Hügelhaus 1 : 2000
Entwurf:
Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Dipl.-Ing. Josef Kaiser,
Statik:
Dipl.-Ing. Günter Queck,
Bautechnologie:
Bauing. Günter Mann
(siehe hierzu auch „deutsche architektur" 1/1968, Seite 48/49)

Es geht um das Leitbild der künftigen Stadt, geht um das Ziel

Dipl.-Ing. Josef Kaiser, Berlin

Es geht darum, wie unsere Städte beschaffen sein und aussehen sollen, wenn in den nächsten Jahrzehnten veraltete Bausubstanz durch neue ersetzt sein und eine progressiv entwickelte Gesellschaft ausreichend über Wohn- und Arbeitsstätten sowie gesellschaftliche Einrichtungen verfügen wird. Es geht um den Wiedergewinn harmonischen städtischen Lebens.

Der Verlust dieser Harmonie im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts – primär aus der Disharmonie der Gesellschaft selbst erklärbar – ist in sekundärer Konsequenz durch eine zunehmende Funktionsuntüchtigkeit der Städte bedingt, so daß (theoretisch gesehen) auch eine intakte Gesellschaft sich darin nicht harmonisch zu etablieren vermöchte. Daher ist für eine künftig ausgeglichene Gesellschaft die Funktionstüchtigkeit ihrer Städte eine notwendige Voraussetzung. Wir dürfen uns den Weg dahin nicht verbauen und heute n o c h gegebene Chancen nicht vergeben.

Die Flut visionärer Stadtprognosen aus kapitalistischen Ländern läßt schon aus der behindernden Bindung an Besitzverhältnisse und der oft irreal-utopischen Sicht ihrer Verfasser heraus keine gültigen Lösungen erkennen, mit Ausnahme der Arbeiten von Kenzo Tange für den Sonderfall Japan; denn weder Trichter- und Baumhäuser, noch der Vorschlag „Paris in der Luft", noch das Experiment von Montreal zeigen funktionell, wirtschaftlich und ideologisch gangbare Wege auf. Aber auch das Wettbewerbsergebnis von Bratislava-Petrzalka und die Trabantenstadt „Etarea" bei Prag gehen meines Erachtens mit der Lockerheit und Kleingliedrigkeit ihrer Bebauung am Kern des universellen Problems vorbei.

Und doch bin ich der Auffassung, daß unter sozialistischen Bedingungen und dem heutigen Stand unserer Technik der Weg zur künftigen Stadt einfach und eindeutig aufzuzeigen ist, wenn wir uns von gewohnten und weitgehend formalistisch erstarrten Leitbildern zu lösen vermögen und gedanklich zum Kern des Ubels vorstoßen, um von dort her das Leitbild einer neuen, einer sozialistischen Stadtstruktur zu entwickeln.

Als das Hauptübel großer Städte der Gegenwart ist unschwer ihre überquellende Flächenausdehnung zu erkennen, die dazu zwingt, Menschen und Dinge unausgesetzt über große Entfernungen hin und her zu bewegen und damit einen beträchtlichen Teil aller Tätigkeit unproduktiv zu absorbieren. Damit ist ein ungeheurer und unausgesetzter Aufwand an Investitionen, Betriebskosten, Pflege und Verschleiß verbunden, an Bauland oberirdischer und unterirdischer Erschließung, Wegeführung, Beleuchtung, Fuhrpark, Treibstoff, nicht zuletzt aber an Zeit, Arbeits- und Nervenkraft der Menschen selbst. Und was schlimmer ist: Wir vergrößern das Ubel, indem wir vorherige Wohndichten durchschnittlich auf ein Drittel senken und damit die Ausdehnung der Städte, ihren Verkehr, ihre Monotonie, ihre Unwirtschaftlichkeit in geometrischer Reihe vergrößern (ein Ausweg mittels Autonomie der Stadtbezirke ist erstens nicht voll durchführbar und führt zu provinzieller Isolierung statt zur Einheit der Stadt). Hart gesprochen: Mit unserer gegenwärtigen Praxis entfernen wir uns mit jedem neuen und noch so schönen Wohnkomplex vom Ziel einer harmonischen Stadt: Wir geben dem Menschen mit der rechten Hand mehr Freizeit und nehmen sie ihm wieder mit der linken durch die zunehmende Schwierigkeit, den Arbeitsplatz, die Veranstaltung, den Freund, die Natur zu erreichen.

Ein Gewirr indirekter Verflechtungen im Gefolge: die Annehmlichkeit des privaten Autos mit steigendem Lebensstandard, aber Büros, Hotels, ja Wohnungen mitten im Lärm und Gestank; trotzdem weder Anfahrt- noch Parkmöglichkeit unmittelbar am Ziel noch Garagen an der Wohnung. Es gibt Auffassungen, die diese für den Kapitalismus typische Verschleißwirtschaft, die sogenannte Obsoleszenzwirtschaft, sogar bejahen. Wir bauen Zentren, nicht nach dem Maßstab und Zeitmaß des Menschen, sondern nach dem des Verkehrs, so weitläufig, daß der Fußgänger ermüdet und sich darin verliert. Wir bauen Städte, aus denen der Mensch in ein Wochenendhaus flieht, statt daß wir ihm die Natur an sein tägliches Heim bringen.

Im aussichtslosen Kampf gegen die Monotonie der großen Zahl verfallen wir in architektonische Formalismen und – meist westlich inspirierte – kurzlebige Modeströmungen und sind in Gefahr, über Balkongitter- und Farbdiskussionen sowie dem beliebten Modellklötzchenspiel den Anspruch und die einmalige Chance unserer Epoche zur sozialistischen Umgestaltung unseres Lebensraumes nicht im Kern zu erfassen (man sehe sich die hallische Ausstellung einmal aus diesem Blickwinkel an).

Wir wissen heute: Die zweckmäßigste Bekämpfung eines Ubels besteht darin, es gar nicht erst entstehen zu lassen. Wirkungsvoller und wirtschaftlicher als verschmutzte Flüsse zu reinigen ist es, sie nicht zu verschmutzen; die Luft nicht zu reinigen, sondern nicht zu verpesten; den Lärm nicht zu isolieren, sondern geräuscharme Motoren, Fahrwerke, Maschinen zu konstruieren und schließlich, nicht zu versuchen, die Auswüchse des Güter- und Personenverkehrs mittels weiterer Fahrzeuge, Straßen- und Schienenwege in den Griff zu bekommen, sondern eine Stadtstruktur zu konzipieren, die derartige Auswüchse nicht entstehen läßt oder sie konsequent schrittweise wieder abbaut.

Daher sollten wir als Städtebauer unsere Hauptaufgabe und vorrangige Verpflichtung in der Gelegenheit sehen, im Zuge der Um- und Neugestaltung unserer Städte die Wohndichte und auch die Einwohnerdichte in möglichst gleichmäßiger Verteilung über die Gesamtstadt (mit Ausnahme des zentralen Bezirkes) auf mindestens 1000 Menschen/ha zu erhöhen, bei einer maximalen Uberbauung von 10 Prozent mit Wohngebäuden. Die verbleibenden 90 Prozent städtischen Territoriums reichen für alle übrigen städtischen Funktionen aus: für die Bauten und Einrichtungen der Arbeit, der Erholung, der Bildung und Verwaltung, des fließenden und ruhenden Verkehrs sowie für die innerstädtischen Grünflächen, die, hygienisch dann nicht mehr erforderlich, zur Erhöhung der Lebensfreude ihre Berechtigung behalten.

Eine auf diese Weise schrittweise umgestaltete Stadt kann beispielsweise bei einer Einwohnerschaft von 1 000 000 auf ein Territorium von 10 km² zurückgenommen werden. Jeder Einwohner hat dann ungünstigstenfalls bis zum Mittelpunkt des Stadtzentrums oder bis zur freien Umgebung vor der Stadt maximal 2 km zurückzulegen, und die Gesamtstadt wird wieder fußläufig.

Wie erreicht man eine solche schrittweise Einschrumpfung der traditionellen Stadt, wie erreicht man eine maximale Wohnüberbauung von nur 10 Prozent? Zwar bauen wir heute Punkthäuser und lange Scheibenhäuser. Sie benötigen mit zunehmender Höhe auch zunehmenden Gebäudeabstand, so daß sich die Wohndichte mit den bisher gebräuchlichen Grundrissen nicht auf das gewünschte Maß steigern läßt. Diese Gebäude haben im Verhältnis zu ihrer Höhe und Länge eine zu geringe Gebäudetiefe, zu wenig Masse.

Deshalb müssen wir im Wohnungsbau nach der Entwicklung von Mammutgebäuden trachten, die außer 90 bis 100 m Höhe eine weit größere Gebäudetiefe und damit mehr Masse besitzen als

1 Beispiel für einen tiefgestaffelten Wohnhochhausgrundriß für Gleit- und Tunnelschalverfahren, der bei 30 Wohngeschossen eine Überbauung von nur 7,3 Prozent und eine Einwohnerdichte von 1000 EW/ha ermöglicht 1 : 500
Auftraggeber: Deutsche Bauakademie,
Bearbeitung: VE BMK Ingenieurhochbau Berlin,
Entwurf: Dipl.-Ing. Josef Kaiser,
Statik: Dipl.-Ing. Günter Queck,
Bautechnologie: Bauing. Bernd Scheuner

bisher. Hierbei ist folgende reziproke Relation förderlich: Mit wachsender Haustiefe nimmt die Wohndichte zu und der konstruktive Materialaufwand ab. Von dieser Relation her lassen sich in Verbindung mit modernen Baumethoden (das sind neben Montagebauweisen bekanntlich wieder auch Monolithbauweisen, wie beispielsweise die Gleit- und Tunnelschalungsverfahren) 100 m hohe Wohngebäude konstruieren mit einem Materialaufwand je 1 m^3 umbauter Raum von nur 50 Prozent gegenüber der zehngeschossigen Plattenbauweise. Kapitalistische Länder haben bereits den Beweis erbracht, daß 25- bis 30geschossige Bauten kostenmäßig in den Grenzen der 5- bis 10geschossigen Bebauung zu halten sind, ein Nahziel auch für unsere Baukombinate.

Eine weitere Möglichkeit, die Gebäudetiefe wesentlich zu vergrößern, besteht in der Aufnahme wohnfremder Funktionen ohne Tageslichtbedarf in das Gebäudeinnere. Dazu eignen sich unter anderem infolge zunehmender Automatisierung und abnehmenden Mencheneinsatzes rund 40 Prozent der Industrieproduktion, eine willkommene Gelegenheit auch zur Entrümpelung der Stadt.

Ein weiterer Schritt zur Kombination von Wohn- und wohnfremden Funktionen ist die Anwendung von Hügelhäusern mit ebenfalls 100 m Höhe. Sie ermöglichen höhere Wohnqualität, senken die Beschattung der Umgebung auf ein Minimum und nehmen durch die Schrägstellung ihrer Fassade dem Passanten wie dem Bewohner die bedrohliche Beklemmung senkrecht hoch aufragender Gebäudefronten. Dem Auge bieten sich freundlich begrünte Hänge dar.

Die Kapazität der hier genannten drei Gebäudekategorien bewegt sich in Grenzen von 1200 bis 20 000 Bewohnern. Der Gebäudeabstand liegt bei 250 m. Zwischen diesen Großblöcken resultieren also Freiräume von 250 m Breite und beliebiger Länge.

Infolge der unmittelbaren Nähe des Stadtzentrums erübrigen sich Bezirkszentren. Längs der Großwohneinheiten reihen sich lediglich solche Nachfolgeeinrichtungen, die vom Einzelgebäude voll ausgelastet werden, wie Kindergärten und Schulen mit Spiel- und Sporteinrichtungen, desgleichen die Einkaufs- und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, innerhalb oder außerhalb des Hauses angeordnet.

Die Flächen zwischen diesen Großwohneinheiten sind im Wechsel als öffentliche Grün-, Erholungs- und Sportanlagen mit Freibädern oder als publikumsfremde Produktions- und Lagerstätten, Stadtversorgungseinrichtungen und so weiter genutzt. Alle anderen gesellschaftlichen Einrichtungen der Lehre, Arbeit, Kultur und Erholung werden, für jedermann schnell und leicht erreichbar, im Stadtzentrum, dem eigentlichen Ort der gesellschaftlichen Begegnung und des städtischen Lebens, konzentriert.

Ist eine solche Umstellung der Stadtstruktur und Stadtkomposition praktisch realisierbar, können wir sie uns wirtschaftlich leisten? Wir nutzen heute weitgehend das vorhandene Straßen- und ober- und unterirdische Erschließungs- und Leitungsnetz bei der Standortfestlegung und Anlage von Neubauten und sehen darin einen wirtschaftlichen Vorteil. Diese auf kurze Sicht richtige Rechnung geht auf die Dauer nicht auf: Denn wir sind dann gezwungen, das weitläufige Netz ständig und mit enormen Kosten instand zu halten, weiten es sogar – infolge unserer Gepflogenheit, die traditionelle Wohndichte bei der Anlage von Neubauten herabzusetzen – weiter aus, weiten damit auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten aus und verhindern damit eine künftig wirtschaftlichere, konzentriertere Stadtstruktur im vorgetragenen Sinne.

Die Behauptung einiger Städtebauer, mit der gebräuchlichen Bebauung Wohndichten bis zu 600 EW/ha erreichen zu können, gibt kein echtes Bild, weil die prozentuale Wohnüberbauung größer, somit die verbleibenden Zwischenflächen zu zerstükkelt und gering sind, um für die übrige Bebauung auszureichen, so daß auf diese Weise eine Verringerung der Stadtfläche, des Verkehrs und der Monotonie (!) nicht zu erreichen ist.

Die anrollende Lawine verfallender überalterter Bausubstanz erfordert den Einsatz arbeitsintensiver Handwerksmethoden, ist unwirtschaftlich und infolge fehlender Arbeitskräftekapazität nicht im erforderlichen Maße realisierbar.

Aus all diesen Tatsachen heraus ist die Auffassung schädlich, wonach die Entwicklung und der Bau von Großraumwohneinheiten, kombinierten Wohn- und Produktionsgebäuden in Hügel- oder anderer Form wegen dringlicherer Aufgaben des Wohn- und Gesellschaftsbaus im Prognosezeitraum bis 1980 zweitrangig oder überhaupt nicht aktuell sei. Eine solche Auffassung bedeutet, daß wir uns den Weg in die Stadt der Zukunft wortwörtlich verbauen: Wollen wir zuerst handeln und dann denken, weil wir vorher zu beschäftigt sind? Nein! Nichts ist im Bauwesen dringlicher als die Lösung dieses Problems, denn bei der angedeuteten Verdichtung zu einer neuen Stadtstruktur verkürzt sich das Leitungs- und Erschließungsnetz auf einen Endstand von 10 Prozent, vermindert sich die Außenhaut der gesamtstädtischen Bausubstanz auf 15 Prozent, sinkt der Bedarf an Grund und Boden auf Werte zwischen 15 und 5 Prozent des gegenwärtigen Standes. Somit ist die Umgestaltung der Stadt nicht nur in den Betriebs-, Nutzungs- und Instandhaltungskosten sowie im Arbeitskräftebedarf ungleich wirtschaftlicher als die traditionelle Stadt, sondern bereits als Neuinvestition ein wirtschaftlicheres Unternehmen als der zur Zeit praktizierte, vermeintlich moderne oder sogar sozialistische Städtebau. Den exakten Beweis für diese Hypothese zu führen, ist eine vordringliche Aufgabe unserer Wirtschaftsexperten.

Es geht jedoch bei unserem Thema nicht allein um Wirtschaftlichkeit, es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Stilbildung zu sozialistischem Städtebau und sozialistischer Architektur.

Bekanntlich gibt es im Grunde genommen nur drei echte stilbildende Faktoren: Die Weltanschauung und Geisteshaltung der herrschenden Klasse, ihre geistigen und materiellen Bedürfnisse und das Entwicklungsniveau der materiellen Produktion. Aus diesen Faktoren resultieren das Produkt, die Form als umfassender Begriff für die zum adäquaten Lebensraum einer Gesellschaft gestaltete Umwelt. (Aus Inhalt, Funktion und Technik resultiert die Form.)

Das heißt auf unser Anliegen hin definiert: eine Stadt ohne zerfließendes Randgebiet, sich entschieden aus der Landschaft erhebend, in der Silhouette markiert durch bis 100 m hohe, meist langgestreckte Großwohneinheiten, teils als quader- oder hügelförmige Kompaktbauten mit wohnfremden Funktionen im Gebäudeinneren. Diese lokkere Bebauung mit rund 250 m Gebäudeabstand öffnet dem Bewohner den Blick in weite Freiräume. Im Gegensatz dazu ist die Bodenzone zwischen den Quartieren, soweit sie nicht als Grün-, Erholungs- und Sportfläche freigehalten ist, mit ein- bis zweigeschossigen Kompaktbauten intensiv genutzt.

Anstelle der gewohnten, verwirrenden Vielzahl unterschiedlichster Gebäude, deren Vielheit sich architektonisch nicht bewältigen läßt und zur bekannten Monotonie, dem zweiten großen Übel der traditionellen, insbesondere aber der modernen Stadt, geführt hat, anstelle dieser Vielzahl also treten im Zuge der Um- und Neugestaltung wenige, um ein Vielfaches größere Gebäudeeinheiten, also eine überschaubare Ordnung, ein neuer Maßstab, eine neue Qualität.

Desgleichen das Zentrum: Verkehrsmäßig in zwei Ebenen geteilt, mit dem fließenden und ruhenden Fahrverkehr zu ebener Erde, unmittelbar bis an das Einzelziel heranführend, darüber die Fußgängerstadt auf erhöhter Ebene; ein Ineinanderfließen, Sichöffnen und -schließen von gedeckten Passagen und Freiräumen, Terrassen, Treppen und Wasserspielen; ein- und zweigeschossige Etablissements des Handels, der Gastronomie, der Kultur und Erholung; vielgeschossige Gebäude städtischer und staatlicher Selbstverwaltung; zu Mittel- und Höhepunkten der Stadt sich steigernde Plätze der Begegnung, Kundgebung und Repräsentation; pulsierendes Leben überall – eine für jeden Bürger zentrums- und naturnahe, zeitsparende, alle geistigen und materiellen Bedürfnisse mühelos befriedigende Stadt, eine Stadt wiedergewonnenen und doch neuartigen harmonischen städtischen Lebens, eine sozialistische Stadt.

Dazu ist es notwendig, unsere Generalbebauungspläne und Bebauungspläne zu überprüfen, den Anteil der 25- bis 30geschossigen Bauten zu erhöhen, kooperierte Investitionspläne zu schaffen, Ressortdenken und Betriebsegoismus zu überwinden und stärker als bisher neben den Anlagekosten die Dauerbetriebs- und Instandhaltungskosten der Gesamtstadt in Rechnung zu stellen.

Mit dem Leitbild einer neuen Stadtstruktur wird, ideell und materiell logisch fundiert, auf natürlichste Weise auch der sozialistische Baustil entstehen. Die Zeit ist reif.

3 Perspektive einer Wohnung in einem Hügelhaus

4 Grundriß einer Wohnung im Hügelhaus 1 : 500
(Verfasser: siehe Abbildung 2)

5 Sozialistische Stadt mit 60 000 Einwohnern als Modellfall 1 : 50 000

6 Stadtzentrum zu Abbildung 5 1 : 10 000

Probleme des Wohnungsbaus

Dr.-Ing. Silvio Macetti, Berlin

Die vor Jahrzehnten begonnene Diskussion über die künftige Entwicklung der gebauten räumlichen Umwelt des Menschen unter den Bedingungen des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts hat sich in den letzten Jahren besonders intensiviert und gewinnt ständig an Tiefe und Breite. Sie ist mit Recht ein wichtiges Gebiet der weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, ein Gebiet, auf dem die Überlegenheit der humanistischen Gesellschaftsordnung des Sozialismus gegen das menschenfeindliche staatsmonopolistische System des Kapitalismus mit am deutlichsten und am überzeugendsten zum Ausdruck kommen kann. Nicht zufällig wächst daher in den sozialistischen Ländern und auch unter den progressiven Kräften der kapitalistischen Welt das Interesse und die Teilnahme an dieser Diskussion. In den sozialistischen Ländern beschäftigt das Problem der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung der gebauten räumlichen Umwelt nicht nur die führenden Gremien der Gesellschaft und des Staates, die Architekten und Angehörigen anderer wissenschaftlicher Disziplinen, sondern auch einen ständig wachsenden Kreis der Bevölkerung.

Immer mehr werktätige Menschen machen sich Gedanken über die weitere Entwicklung der Architektur unter sozialistischen Bedingungen, stellen Fragen über die entscheidenden Charakterzüge dieser Entwicklung, suchen in unseren kleinen und großen Bauwerken und städtebaulichen Ensembles den sozialistischen Inhalt und Ausdruck und stellen Vergleiche mit solchen der kapitalistischen Welt an.

Klare, konkrete und überzeugende Antwort auf diese Fragen, richtungweisende, weitgreifende Prognosen der künftigen Entwicklung sind von höchster sozialer und politischer Bedeutung, besonders in der gegenwärtigen Situation, in der sich die ideologischen Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Welt zuspitzen, der Feind mit seinen pseudowissenschaftlichen Argumentationen über die „Industriegesellschaft" und „Konvergenztendenzen" zwischen Kapitalismus und Sozialismus ins Feld gezogen ist und seinen historisch bedingten, noch überlegenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte zur Irreführung der Werktätigen ausnutzt.

Auch unsere unmittelbare Praxis verlangt eine Antwort. Allgemeine Aussagen über die historische Überlegenheit der sozialistischen Architektur sind zwar richtig, aber nicht ausreichend.

Daß die Entwicklung der sozialistischen Architektur durch die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise bestimmt wird,

daß die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise ein komplizierter und langwieriger historischer Prozeß ist, der mit der Heranreifung einer Reihe materieller, technischer, sozialer und ideologischer Voraussetzungen organisch in Verbindung steht,

daß wir uns eigentlich gegenwärtig noch in der Phase der Schaffung quantitativer und qualitativer Voraussetzungen für die volle Entfaltung der sozialistischen Lebensweise befinden,

daß die Befriedigung eines durch objektive historische Faktoren bedingten Nachholebedarfes als dringendste Aufgabe vor uns steht,

daß wir der festen Überzeugung sind, die sozialistische Architektur unterscheidet sich grundsätzlich in ihrem Inhalt und demzufolge in ihrem ästhetischen Ausdruck von der kapitalistischen Entwicklung der Architektur,

daß infolge dieses Unterschiedes im Mittelpunkt der sozialistischen Architektur das Wohl aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft und im Mittelpunkt der kapitalistischen Architektur die Jagd nach immer höheren Profiten steht,

sind triftige und gewichtige Gesichtspunkte unserer Argumentation. Aber in ihren allgemeinen Formen sind sie bei dem heutigen Stand der geistigen Auseinandersetzung auf diesem Gebiet nicht mehr ausreichend und für viele der Beteiligten nicht überzeugend. Sie müssen konkretisiert werden.

Nehmen wir als Beispiel das Problem der weiteren Entwicklung des Wohnens in der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist kaum zu bestreiten, daß der Wohnbereich einer der Bereiche ist, in dem infolge der grundsätzlich verschiedenen Charakterzüge der Lebensweise die sozialistische und kapitalistische Entwicklung am tiefsten und weitesten auseinandergehen und sich unterscheiden.

Dabei müssen wir uns über folgendes im klaren sein:

Die sozialistische Wohnweise als Teilbereich der sozialistischen Lebensweise kann nicht über Nacht entstehen.

Die Entwicklung der sozialistischen Wohnweise beginnt zwar mit dem Sieg über die kapitalistische Ordnung, aber ihr Verlauf ist unter der Auswirkung vieler objektiver und subjektiver Faktoren nicht in allen Phasen mit der sozialistischen Umgestaltung anderer Bereiche der gesellschaftlichen Tätigkeit identisch.

Die Wohnweise weist wie viele andere Bereiche der Lebensweise starke konservative Eigenschaften auf, und die sozialistische Umgestaltung des Wohnens zeigt, besonders in der ersten Phase der Entwicklung, eine starke Trägheit.

Der relative Rückstand der Wohnweise und ihre Entwicklungsträgheit bremsen die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und hemmen die allseitige Entwicklung der Menschen.

Es geht also gegenwärtig um die weitere Konkretisierung dieser allgemeinen Züge, um die Herausarbeitung konkreter Antworten auf konkrete Fragen:

- Was sind die charakteristischen Wesenszüge der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung des Wohnens?
- Worin unterscheiden sich diese Wesenszüge von denen der modernen kapitalistischen Entwicklung?
- Entwickeln sich in der kapitalistischen Welt der Gegenwart unter der Auswirkung des weltweiten Gesamtprozesses der sozialistischen Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft Elemente der Wohnweise mit sozialistischen Zügen? Wenn ja, welche sind diese Elemente?
- Wie weit sind die sozialistischen Charakterzüge inhaltlich und ästhetisch in unseren Neubaukomplexen und Rekonstruktionsmaßnahmen zum Ausdruck gekommen?
- Sind die erreichten qualitativen Werte mit den objektiv erreichbar gewesenen identisch? Haben wir nicht manches Wesentliche in der Organisation unserer Wohngebiete vernachlässigt und vernachlässigen wir es nicht immer weiter?
- Wie werden die sozialistischen Charakterzüge in der weiteren Entwicklung unseres Wohnens zur Geltung kommen? Welche Tendenzen zeichnen sie aus, und worin unterscheiden sie sich von den bisherigen?
- In welche Richtung müssen wir unsere künftigen Anstrengungen im Bereich der Forschung, der Experimente und der massenhaften Anwendung führen, damit wir aus unseren objektiven Voraussetzungen das qualitativ Optimale herausholen?

All das sind berechtigte Fragen, die durchaus mit dem Stand der gesamten Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft in organischer Verbindung stehen und eine klare Antwort fordern.

Leider muß aber festgestellt werden, daß die Mehrheit unserer Architekten und der Angehörigen anderer Disziplinen, die die Gestaltung und Umgestaltung der gebauten Umwelt direkt oder indirekt beeinflussen, auf diese Fragen keine klare Antwort und keine klare Vorstellung davon hat.

Unsere wissenschaftliche Forschung in allen Bereichen, die die gebaute räumliche Umwelt betreffen, hat keinen ausreichenden Vorlauf. Es fehlt an einer Konzeption über die wesentlichen Charakterzüge der sozialistischen Lebensweise, ihren Entwicklungsstand, ihre Tendenzen und Perspektiven, über die künftige Entwicklungstendenz sowohl der gesamten Umwelt als auch der gebauten räumlichen Umwelt und des Wohnens unter den Auswirkungen der weiteren Vertiefung der sozialistischen Umgestaltung und der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Sehr oft wird der Versuch unternommen, den Rückstand auf diesem Gebiet damit zu begründen und zu rechtfertigen, daß dringende aktuelle Aufgaben zu lösen seien, die keine Verzögerung dulden können. Bei voller Anerkennung der Dringlichkeit solcher Aufgaben ist die Rechtfertigung nicht triftig. Es geht um die Umgestaltung großer Gebiete unserer Städte, die für Jahrzehnte die Struktur unserer städtischen Agglomerationen bestimmen.

Ein rationelles Herangehen an diese gigantische Aufgabe ist einzig und allein aus der Sicht einer wissenschaftlichen Gesamtprognose möglich.

Die nüchternen Zahlen mahnen uns!

Von den rund 6,4 Millionen Wohnungen in der DDR werden 1980 über 30 Prozent aus der Zeit der sozialistischen Entwicklung der Gesellschaft stammen. In Großstädten und neuen Agglomerationen ist dieser Prozentsatz noch bedeutend höher.

Hiernach ist es kaum zu bezweifeln, daß mit diesen einschneidenden Umgestaltungsmaßnahmen die Grundelemente der künftigen Struktur unserer Städte für eine lange Zeit festgelegt sind. Aber die bestehenden Vorstellungen, Konzeptionen, Programme, Vorprojekte und Projekte entsprechen kaum den Anforderungen, die sich in diesem Zeitraum auf Grund der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ergeben werden.

Die Vorstellungen vieler Architekten bleiben in dem Rahmen, daß für den vorausschaubaren Prognosezeitraum die Deckung des

Wohnbedarfs, die Sicherung eines besseren Wohnstandards, die Schaffung eines kulturvollen Wohnmilieus die drei Grundforderungen sind, die durch die künftige Gestaltung der Wohnung, der Wohngebäude und der Wohngebiete zu erfüllen sind.

Hier aber liegt gerade der Kern des Problems. Die Überlegenheit der sozialistischen Entwicklung des Wohnens gegenüber der kapitalistischen Entwicklung ist nicht nur und sogar nicht im wesentlichen in diesen Parametern, deren Bedeutung und Notwendigkeit nicht zu bestreiten sind, sondern in ihren ständig wachsenden sozialistischen Eigenschaften zu suchen.

Der Wohnbereich der gebauten räumlichen Umwelt hat nur dann sozialistischen Charakter, wenn er in der Lage ist – in organischen Beziehungen mit den anderen Bereichen dieser Umwelt –, zur ständigen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und allseitigen geistigen und physischen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft bei voller Berücksichtigung ihrer sozialen Gleichberechtigung aktiv beizutragen.

Gerade in dieser Zielstellung unterscheidet sich die sozialistische Entwicklung des Wohnens grundsätzlich von der kapitalistischen Entwicklung. Die kapitalistische Ordnung ist an der Entwicklung der Produktivkräfte nur insoweit interessiert, wie sie ihr höhere Profite verspricht, sie hemmt diese Entwicklung, sobald sie mit ihren Profitinteressen in Konflikt gerät. Der heutige Zustand in den USA, in denen trotz einer grausamen Armut vieler Millionen Menschen nur 70 Prozent der Industriekapazität des Landes ausgelastet sind, dient als krassester Beweis für diese Behauptung. Sowohl der allseitigen Entwicklung des werktätigen Menschen, die eine Steigerung seiner Produktivität außerhalb der Produktion, das heißt in seiner außerberuflichen Lebenstätigkeit, voraussetzt, als auch der Gleichberechtigung der Klassen und Geschlechter steht das Monopolkapital äußerst feindselig gegenüber. Die Wohnungsbau- und Städtebaupolitik des Monopolkapitals, die in den USA-Städten am deutlichsten zum Ausdruck kommen und zu der chaotischen Situation dieser Städte mit ihren weitzerstreuten Einfamilienhaussiedlungen geführt haben, die den Werktätigen eine unwahrscheinliche Zeitverschwendung auferlegen, sind das logische Ergebnis der obenerwähnten feindseligen Haltung.

Der Sozialismus dagegen betrachtet die grenzenlose Entfaltung der Produktivität aller Menschen in allen Bereichen ihres Lebens als Grundvoraussetzung für die Erreichung ihrer gesellschaftlichen Ziele. Das Wohnen hat die Aufgabe, hierzu aktiv beizutragen.

Um diese Grundforderung der sozialistischen Entwicklung des Wohnens in einer Konzeption konkretisieren zu können, muß der menschliche Lebensablauf sowohl im Bereich der Produktion materieller und geistiger Werte als auch außerhalb dieser Sphäre, in der ein wesentlicher Teil des Prozesses der erweiterten sozialistischen Reproduktion des Menschen verläuft, analysiert werden.

Als Grundlage dieser Analyse dienen die Analyse des Zeitbudgets aller Kategorien der Gesellschaftsmitglieder, Analysen der Anforderungen aller dieser Kategorien an ihre allseitige Entwicklung, Aufstellung der optimalen Bedingungen für die Befriedigung dieser Anforderungen sowie die synthetische Zusammenfassung dieser Bedingungen in Verbindung mit den ständig wachsenden Voraussetzungen.

Aus dieser Analyse ergibt sich eine Reihe grundsätzlicher Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den Anforderungen verschiedener Kategorien der Gesellschaftsmitglieder, deren Lösung weitgehend von einer neuen Organisation des Wohnens abhängt.

Nehmen wir als Beispiel einen Teilbereich der Lebenstätigkeit des werktätigen Menschen, den Haushalt und die Erziehung der Kinder, und die Auswirkungen dieses Teilbereiches auf das Gesamtsystem des gesellschaftlichen Lebens.

Vergesellschaftung der Haushaltsfunktionen und der Kinderbetreuung und -erziehung sind nicht neu. Sie vollziehen sich seit geraumer Zeit. Es kommt darauf an, diese progressiven Züge unter den sozialistischen Bedingungen weiterzuentwickeln und sie den Hauptzielsetzungen der sozialistischen Umgestaltung der Lebensweise nutzbar zu machen.

Die ständig weitergehende Differenzierung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft und aller Mitglieder der Familie für ihre allseitige und freie Entfaltung auf Grund ihrer vollen Gleichberechtigung kann nicht mehr im Rahmen der konventionellen Wohnformen befriedigt werden. Nicht selten geraten die mannigfaltigen Bedürfnisse der einzelnen Mitglieder der Familie in Widerspruch zueinander. Unterdrückung dieser Widersprüche durch die gegenseitige Beschränkung und Aufopferung wird zum hemmenden Faktor der freien Entwicklung aller Familienmitglieder. Die Frau wird wie immer besonders darunter zu leiden haben. Nur durch die weitere Entwicklung der Vergesellschaftung der Haushaltsfunktionen und Kindererziehung, durch Verlagerung mancher Funktionen in den organisierten Wohnbereich, der durch Konzentration eine höhere Qualität erhalten hat, können diese Widersprüche aufgehoben oder gemildert werden.

Eine analytische Betrachtung des Zeitaufwandes für die verschiedenen Funktionen des Haushaltes wird zur Klarstellung des Problems beitragen.

In der DDR haben im Jahre 1965 für die Hausarbeit einschließlich Kinderbetreuung die Männer im Durchschnitt 13,9 Stunden und die Frauen 44,6 Stunden je Woche aufgewandt. Das sind Durchschnittswerte, das heißt, die Frauen mit Kindern und besonders mit Kleinkindern haben erheblich mehr Zeit aufzuwenden. Wir bleiben aber bei diesen Durchschnittswerten.

Diese Zeit verteilt sich wie folgt:

Zeitaufwand der Frau einschließlich Kinderbetreuung	44,6 h/Woche	100 %
Davon für		
Reinigung der Wohnung	9,6 h/Woche	21,5 %
Reinigung der Wäsche	6,3 h/Woche	14,1 %
Einkauf	4,8 h/Woche	10,8 %
Speisenzubereitung	12,3 h/Woche	27,6 %
Sonstige Hausarbeiten	4,7 h/Woche	10,5 %
Kinderbetreuung	6,9 h/Woche	15,5 %

Wie wird die Vergesellschaftung zur Rationalisierung dieser Funktionen beitragen?

Reinigung der Wohnung

Unter sozialistischen Bedingungen kann der Zeitaufwand für die Reinigung der Wohnung nur herabgesetzt werden durch technisch-konstruktive Maßnahmen, wie pflegearmer Ausbau, pflegearme Ausstattung und Ausrüstung sowie Absaugvorrichtung für Staub in der Wohnung und durch Bekämpfung der Schmutz-, Staub- und Rußquellen im Wohnbereich mittels komplexer städtebaulicher und stadttechnischer Maßnahmen bis zur rationellen Bekämpfung der Abgase der Verkehrsmittel.

Eine Vergesellschaftung der Reinigungsarbeit durch Bildung von Reinigungsbrigaden scheint bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Lebensweise keine Perspektive zu haben. Die Jugend wird mit Recht immer mehr nach besserer Qualifikation streben, und die ausreichend versorgte ältere Generation im Rentenalter wird sich nicht zu solchen Arbeiten hingezogen fühlen. Ein zentraler Ausleihdienst für Reinigungsgeräte entlastet den Haushalt von Reparatursorgen und Schmutzkammer.

Reinigung der Wäsche

Im Gegensatz zur Reinigung der Wohnung kann die durchgreifende Vergesellschaftung in diesem Bereich zu einer wesentlichen Zeiteinsparung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab beitragen. Es kommt darauf an, die bestehenden Ansätze durch Konzentration der zentralen Waschanlagen, Abhol- und Ablieferungsdienst, weitere Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses weiterzuentwickeln und bei bedeutend besserer Qualität der Arbeit einen geringen Zeitaufwand und dadurch geringere Kosten zu erreichen. Auf diesem Wege und durch die weitere Entwicklung von pflegearmen Stoffen kann der gesellschaftliche Zeitaufwand für Wäschereinigung, für die Produktion von Waschmaschinen und Waschmitteln, für die Verteilung, Wartung und Reparatur erheblich gesenkt werden.

Einkauf und Speisenzubereitung

Der Prozeß der Vergesellschaftung der Verpflegung und Speisenzubereitung kann schon heute mit der Werk- und Schulspeisung, Erweiterung des Gaststättennetzes und Fertiggerichten eine große Entwicklung aufweisen. Aber trotzdem ist der Zeitaufwand für die häusliche Speisenzubereitung und das damit in Verbindung stehende Einkaufen mit zusammen 38,4 Prozent des gesamten Zeitaufwandes für Haushalt und Kindererziehung außerordentlich hoch. Nur durch eine weitgehende Vergesellschaftung der Verpflegung und Speisenzubereitung durch Organisierung eines Netzes von geschlossenen und offenen Einrichtungen, die jedem Bürger die Möglichkeit bieten, ohne wesentlichen Zeitaufwand preiswert dann und dort zu essen, wann und wo es ihm beliebt, wird es möglich, den gesellschaftlichen Zeitaufwand in diesem Bereich wesentlich herabzusetzen.

Das Recht und die Möglichkeit, das Kochen als Hobby zu betreiben, kann jedem eingeräumt werden. Es wird aber kaum zu ändern sein, daß mit der Zeit und durch die Gewohnheit der Menschen andere kulturvollere und erholsamere Hobbies entstehen werden und auch dem Kochen das Schicksal der Hausschneiderei

zuteil wird, die einst als eine der wichtigsten Haushaltsfunktionen galt, lange Zeit als Hobby betrieben wurde und Schritt für Schritt durch immer schönere und preiswertere Massenkonfektion ersetzt und schon heute zu einer Seltenheit geworden ist.
Die rationelle Entwicklung des letzten Gliedes der Lebensmittelindustrie, nämlich der Fertiggerichteindustrie, wird die Effektivität der Vergesellschaftung der Speisung bis auf das erreichbare Maximum steigern.
Die Vergesellschaftung der Speisung hat bestimmte Auswirkungen in der funktionellen Gestaltung der Wohnung und des Wohnbereiches. Sie setzt eine hohe Konzentration durch Hochhausbebauung und eine neue funktionelle Wechselbeziehung zwischen Wohnung und Speisungsstätten voraus, um den Zeitaufwand optimal herabzusetzen. Die verschiedenen Stufen der Entwicklung der sozialistischen Großwohneinheit – in der Sowjetunion ist gegenwärtig eine Reihe von Experimentalbauten im Entstehen – bieten hier interessante Lösungsvarianten.

Kinderbetreuung

Der Prozeß der Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und -erziehung ist mehr als alle anderen Bereiche des heutigen Haushaltes schon recht weit fortgeschritten. Es gibt keinen Grund dafür, daß diese Entwicklung im jetzigen Stadium haltmachen wird. Die weitere Entwicklung des gesellschaftlichen Anteils an der Kinderbetreuung ist nicht allein davon abhängig, ob mehr Kindereinrichtungen gebaut werden, sondern parallel dazu von einer höheren Qualität der Einrichtungen, von ihrer Funktionsbestimmung und ihrer Wechselbeziehung zur Wohnung. Diese Qualitätssteigerung wird hauptsächlich erreicht durch maximale Annäherung der Kindereinrichtungen für Vor- und Grundschulkinder (0 bis 10 Jahre) an die Wohnung und durch Übernahme mancher Funktionen und Teilfunktionen der familiären Betreuung, wie die Aufsicht und Schularbeiten. Hiermit wird sich zwischen dem Wochenheim und Internat einerseits und der individuellen Betreuung der Kinder andererseits eine Palette von Möglichkeiten ergeben, die eine zeitsparende und wirksame Synthese der gesellschaftlichen und persönlichen Betreuung erlaubt. Das Ziel ist, Möglichkeiten zu schaffen, daß die Eltern über den Zeitaufwand für die Betreuung ihrer Kinder im Einklang mit den Bedürfnissen ihrer eigenen allseitigen Entwicklung frei entscheiden können.
Die Einrichtung eines Kinderhotels, das in der Lage ist, Kinder teilweise oder gänzlich, vorübergehend oder auf längere Zeit (Dienstreise, Kuraufenthalt, Krankenhausaufenthalt) zu betreuen, kann als eine wirksame Lösung betrachtet werden.

Woher die Arbeitskräfte?

Die Vergesellschaftung der Haushaltsfunktionen löst von sich das Problem der Arbeitskräfte. 1966 waren in der DDR 69 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter berufstätig, von den übrigen rund 1,6 Millionen Frauen im arbeitsfähigen Alter wird die große Mehrheit durch den Haushalt aufgehalten. In einem Wohnkomplex von 10 000 Einwohnern bleiben also über 900 arbeitsfähige Frauen zu Hause und sind nicht in der Lage, an der gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen. Hierzu kommen noch die Haushaltstage und Arbeitsausfälle infolge Kinderkrankheiten. Zusammen macht dies über 10 Prozent der Gesamtbevölkerung oder über 22 Prozent der berufstätigen Bevölkerung der DDR (1966) aus.
Berechnungen sowjetischer Wissenschaftler zeigen, daß die Vergesellschaftung der Haushaltsfunktionen zu einer Einsparung von über zwei Drittel des Zeitaufwandes für Haushaltsarbeiten führt, was unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Sowjetunion für einen Wohnkomplex von 10 000 Einwohnern über 6,6 Millionen Stunden im Jahr ausmacht.

Qualifizierung der Frau

Die Vergesellschaftung der Haushaltsfunktionen ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen, um besonders den jungen Frauen in ihren entwicklungsfähigsten Jahren alle Möglichkeiten für ihre geistige Entwicklung zu bieten. Dieses gesellschaftlich weittragende Problem wird allein aus der Situation an den Hochschulen und Universitäten ersichtlich.
Im Jahre 1967 gab es an den Universitäten und Hochschulen der DDR insgesamt rund 108 300 Studenten, davon standen 72 500 im Direkt- und 35 800 im Fern- und Abendstudium; insgesamt macht das 6,4 Studenten/1000 Einwohner gegenüber rund 4 Studenten/1000 Einwohner in Westdeutschland (1966) aus. Wie die künftige Entwicklung auf diesem Bereich sein wird, kann aus den Tatsachen der Sowjetunion abgeleitet werden, in der es im Jahre 1967 bereits 4,1 Millionen Studenten an den Hochschulen und Universitäten gab; das sind 17,4 Studenten/1000 Einwohner. 1980 werden es über 8 Millionen sein, das heißt über 30 Studenten/1000 Einwohner.

Von den 72 500 Direktstudenten in der DDR waren 25 900, das sind 35,7 Prozent, Mädchen oder Frauen, während es in Westdeutschland 24,6 Prozent sind.
Während der Anteil weiblicher Studenten im Direktstudium also über ein Drittel an der Gesamtzahl der Studierenden beträgt, macht dieser Anteil im Fern- und Abendstudium nur noch 14,3 Prozent aus. Da es sich hier fast ausschließlich um Berufstätige handelt, wird ersichtlich, wie hemmend sich die Hausarbeit, die hauptsächlich von den Frauen geleistet wird, auswirkt, wie schwer es den berufstätigen jungen Frauen objektiv fällt, sich weiterzubilden, sich zu qualifizieren und ihre Gleichberechtigung durchzusetzen.

Ökonomie der Zeit

Die gründliche Analyse aller Bereiche des täglichen Lebens der Werktätigen zeigt, daß die Befriedigung der wachsenden Anforderungen der sozialistischen Entwicklung des Menschen auf das engste mit der Ökonomie der Zeit verbunden ist, das heißt mit der rationellen Ausnutzung der verfügbaren Zeit.
Die Struktur des Wohnbereiches wie die Gesamtstruktur der Stadt in ihren Bereichen und in den Beziehungen zwischen ihnen muß zur optimalen Ökonomie der Zeit zur Freizeitgewinnung und sozialistischer Freizeitgestaltung aktiv beitragen.
Die Ökonomie der Zeit ist direkt und indirekt mit der Ökonomie des Raumes verbunden, die sowohl selbständig als auch in Verbindung mit der Ökonomie der Zeit als entscheidender Faktor der sozialistischen Entwicklung des Wohnens immer mehr an Bedeutung gewinnt. Der Bedarf an Raum steigt in relativer und absoluter Hinsicht, und die Notwendigkeit einer äußerst rationellen Ausnutzung des fast unveränderlichen verfügbaren Raumes wird immer fühlbarer. So werden Ökonomie der Zeit und Ökonomie des Raumes als bestimmende Faktoren zu Grundvoraussetzungen, zu entscheidenden Kriterien der sozialistischen Entwicklung der gebauten räumlichen Umwelt und ihrer Wohnbereiche.
Diese Anforderungen können nur befriedigt werden durch Synthesen der Funktionen der menschlichen Agglomeration, durch tiefgreifende qualitative Veränderungen in der Organisation der Wohnbereiche und ihrer Wechselbeziehungen mit anderen Bereichen der gebauten räumlichen Umwelt, durch Verlagerung mancher Haushaltsfunktionen aus der Sphäre der individuellen Hauswirtschaft in die Sphäre der gesellschaftlichen Großwirtschaft, durch ihre Konzentration und Rationalisierung bei voller Sicherung aller humanen Züge des menschlichen Lebens, durch Aufdeckung der inneren Widersprüche der außerberuflichen Lebenstätigkeit der Menschen und Ausarbeitung theoretischer und experimenteller Lösungswege für die Beseitigung oder Milderung dieser Widersprüche.
Auf der Suche nach Lösungen für alle diese Fragen fällt dem Architekten ein wesentlicher Anteil zu. Wir müssen parallel zu den anderen Diziplinen mitdenken, modellieren, analysieren und Vorstellungen, die zur Lösung der bestehenden Widersprüche führen, ausarbeiten.
Viele unserer Architekten suchen in der Rationalisierung des Haushaltes den Ausweg. Sie bekennen sich zur Notwendigkeit der weiteren Emanzipation der Frau, sehen aber die Lösung in der Bemessung der Küchen für die Aufnahme mechanisierter und automatisierter Küchengeräte. Daß aber diese mechanisierten und automatisierten Küchen wie ähnliche Maßnahmen nicht zur Herabsetzung des Zeitaufwandes für die Haushaltsarbeit führen, ist sogar von bürgerlichen Soziologen schon längst erkannt.
Selbst wenn man anerkennt, daß wir gegenwärtig noch nicht über die technischen und ökonomischen Voraussetzungen verfügen, so zu bauen, daß unsere Wohnhäuser den Anforderungen des Jahres 2000 gerecht werden, daß wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften die gegenwärtigen Bedürfnisse befriedigen müssen, entsteht die Frage, wie wir diese Mittel einsetzen: rationell, das heißt die Lücken so zu füllen, daß eine Anpassung an die Anforderungen der Zukunft optimal und mit minimalen Aufwendungen möglich wird, oder unrationell, das heißt die Lükken so vollzustopfen, daß sie jeder weiteren Entwicklung im Wege stehen? Wenn wir den ersten Weg für richtig halten, dann müssen wir eine Mindestvorstellung über diese weitere Entwicklung, über ihre Charakterzüge und Tendenzen haben.
Die sozialistische Wohnweise entsteht und wächst im Laufe eines komplizierten und langwierigen Prozesses des Zusammenlebens und der Auseinandersetzung mit der alten Wohnweise, entwickelt sich aus Keimen und Ansätzen des Neuen.
Es geht daher um die objektive und subjektive Förderung dieses Prozesses, um die Ausarbeitung von Vorstellungen über die künftige Entwicklung, um aktive und bewußte Herausbildung und Förderung der Keime und Ansätze, um das Erkennen der richtigen Entwicklungsrichtung, in die sich die Praxis orientieren muß.

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Herbert Müller, Leipzig, 1. Oktober 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Rose-Emmie Pohl, Dresden, 2. Oktober 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Hans-Günter Kupsch, Blankenfelde, 4. Oktober 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Heinz Gläske, Berlin, 5. Oktober 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Paul Köhler, Leuna, 12. Oktober 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Robert Hartmann, Leipzig, 13. Oktober 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt Max Wiegleb, Magdeburg, 13. Oktober 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Viktor Kalla, Berlin, 16. Oktober 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Walter Bosse, Weimar, 17. Oktober 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Johann Nicolussi-Moretto, Miltitz, 21. Oktober 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Walter Rumpf, Magdeburg, 28. Oktober 1893, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Fritz Rubbert, Berlin, 30. Oktober 1893, zum 75. Geburtstag

Entschließung zur Bildung einer Studentengruppe Weimar des Bundes Deutscher Architekten

Am 22. Mai 1968 wurde an der Fakultät Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar über die Bildung einer Studentengruppe des BDA beraten. An der Versammlung nahmen neben einer Reihe Studenten folgende Vertreter des BDA teil:
Dr.-Ing. habil. A. Bach, Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des BDA;
Dr.-Ing. habil. J. Stahr, Vorsitzender der Bezirksgruppe Erfurt des BDA;
Prof. Dipl.-Ing. E. Schmidt, Vorsitzender der Kreisgruppe Weimar des BDA;
Prof. Dr.-Ing. habil. Ch. Schädlich, Prodekan für Ausbildung und Erziehung der Fakultät Architektur;
Dipl.-Ing. F. Mohr, Mitglied des BDA.
Alle Teilnehmer billigten vollinhaltlich diese Entschließung.
An der Fakultät Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar wird eine Studentengruppe des BDA gebildet werden. Sie soll dazu beitragen, die Architekturstudenten an die Aufgaben und die Tätigkeit des Architektenverbandes in der DDR anzuschließen und ihnen schon in der Lehre Probleme der Praxis nahezubringen.

Status

Die Studentengruppe wird in die Kreisgruppe Weimar des BDA eingegliedert und von der Bezirksgruppe Erfurt betreut. Bei den Mitgliedern dieser Gruppe handelt es sich um eine studentische Mitgliedschaft, die nach Abschluß des Studiums eine Übernahme in die ordentliche Mitgliedschaft des BDA ermöglicht. Studenten können ab 6. Semester Mitglied dieser Gruppe werden. Als Studentenvertreter werden ein Vorsitzender und drei Stellvertreter als Repräsentanten des 3., 4. und 5. Studienjahres eingesetzt.
Es wird ein Monatsbeitrag von 0,50 M festgesetzt.
Das Statut, die Bestimmungen und die Beschlüsse des BDA sind für die Mitglieder der Studentengruppe verbindlich.

Aufnahme

Die Aufnahme in die BDA-Studentengruppe ist möglich, wenn zwei mindestens einjährige Mitglieder des BDA für den Antragsteller die Bürgschaft übernehmen und von seiten der FDJ und des Lehrkörpers keine Einwände erhoben werden. Die Mitgliedschaft ist gültig, wenn der Antrag von der Kreisgruppe befürwortet und von der Bezirksgruppe bestätigt ist.
Voraussetzungen für die Aufnahme sind:

- gute fachliche und gesellschaftliche Leistungen,
- einwandfreies Verhalten innerhalb und außerhalb der Hochschule,
- Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit im BDA.

Möglichkeiten

Bevorzugte Teilnahme an Veranstaltungen des BDA

Mitwirkung an der Lösung baupraktischer Probleme im Rahmen von Entwurfskollektiven

Engere Beziehungen Lehre – Praxis, Werkstattgespräche

Bevorzugte Teilnahme an Wettbewerben
Teilnahme an Fachtagungen zur Qualifizierung

Kontakte unter den Architekturstudenten innerhalb der DDR, Austausch von Informationen und Arbeitsergebnissen

Kontakte zu Architekturstudenten im Ausland und zu internationalen Organisationen

Veröffentlichungen

Programm

Vorträge und Gespräche mit Fachleuten zur eigenen Weiterbildung – regelmäßige Veranstaltungen mit guter Qualität

Bildung von Entwurfskollektiven zur Teilnahme an Wettbewerben, die je nach Größe der Aufgabe aus den Mitgliedern der BDA-Studentengruppe zusammengesetzt werden; die Ergebnisse sollten weitgehend als Studienaufgaben gewertet werden

Verbindung zu gleichartigen Studentengruppen an den anderen Architekturausbildungsstätten in der DDR; wechselseitige Organisation und Austausch von Ausstellungen, Studentenwettbewerben usw.

Organisation von Exkursionen innerhalb und außerhalb der DDR, vorwiegend durch Eigenfinanzierung

Aus der Arbeit der UIA-Schulbaukommission

In den Arbeitskommissionen der UIA ist nicht jedes der Mitgliedsländer durch nominierte und bestätigte Mitglieder vertreten. In der „Commission des Constructions Scolaires" arbeiten 24 Länder mit. Die DDR hat erst seit 1964 ein Mitglied nominiert. Die erste persönliche Teilnahme des Berichterstatters erfolgte in Prag in Verbindung mit dem Kongreß über das Lebensmilieu des Menschen 1968.
In der Regel konzentriert sich die Kommissionsarbeit auf eine Arbeitswoche in jedem Jahr. Die schriftliche Zuarbeit und Koordinierung geht voraus, wird von dem beauftragten Mitglied zur Diskussion gestellt und mit Beschluß für die Weiterarbeit oder den Abschluß und die Drucklegung des Ergebnisses beendet.
Einen wesentlichen Bestandteil der Treffen bilden Exkursionen, die eine gründliche Information über den Schulbau des jeweiligen Landes geben sollen. Deshalb finden die Kommissionssitzungen jedes Jahr in einem anderen Lande statt.
Ziel der Arbeit der Kommission Schulbau ist es, den Massenschulbau in den Ländern zu fördern und qualitativ zu beeinflussen, nicht etwa Schaubeispiele in Form aufwendiger individueller Lösungen herauszustellen.
Die erste umfassende Arbeit wurde 1958 mit der Charta des Schulbaus ausgestoßen. Darin sind Grundlagen und Mindestforderungen für die Durchsetzung eines breiten Schulbauprogrammes zusammengefaßt. Es geht im Weltmaßstab zunächst noch darum, das Analphabetentum zu beseitigen, Bildungsgegensätze zu überwinden und die Schulbauraumnot zu beheben.
Die einleitenden Abschnitte der Charta sind den Bedürfnissen der Standortverteilung und den Grundstücksforderungen gewidmet.
Als Grundprinzipien für die Schule selbst sind genannt:

- Die Erziehung muß vom Kind aus betrachtet werden, das Schulgebäude muß von seinem Maßstab ausgehend gebaut werden, riesenhafte oder monumentale Gebäude sind nicht wünschenswert. In jeder Phase seiner Entwicklung reagiert das Kind auf seine Umgebung, daher muß das Schulgebäude als Ganzes oder in seinen Einzelheiten das Kind mit formen helfen.
- Die Form der Unterrichtsräume soll vor allem von dem Bestreben bestimmt sein, dem Unterricht ein Maximum von Wirksamkeit zu garantieren.

Die Charta erfährt eine laufende Überarbeitung, ohne daß ihre Grundtendenzen dadurch bisher verändert worden wären.
Zur besseren Verständigung der Fachbegriffe wurde ein Vokabularium in der Schulbaukommission bearbeitet unter Leitung des spanischen Vertreters Roncal. Dabei wurde neben den vier UIA-Sprachen – Russisch, Französisch, Englisch und Spanisch – eine deutsche Spalte aufgenommen. Die DDR übernahm die Überarbeitung der deutschen Fassung.
Ein drittes Dokument, das seine Drucklegung erfahren hat, ist die „Grille". Sie gibt einen Überblick über die Schulsysteme der in der Kommission vertretenen Länder.
Augenblicklich stehen folgende Ausarbeitungen vor einem Abschluß:
– Die Industrialisierung des Schulbaus
– Die soziale Rolle der Schule (Schule und Gemeinschaft)
Über das zweite Thema wird von der Schulbaukommission ein Seminar vorbereitet unter der Beteiligung der Kommission Städtebau, Wohnungsbau und Sport- und Freizeitgestaltung.
Für das nächste Treffen der Kommission werden in Form schriftlicher Zuarbeiten vorbereitet:
– Ein Anhang über Vorschuleinrichtungen an die Charta,
– Grundlagen für Einrichtungen zur Förderung, Bildung und Betreuung geschädigter Kinder,

– erste gemeinsame Grundlagen für ein „secondary-school-program".

Für die ersten beiden Themen konnten seitens der DDR bereits gründliche Zuarbeiten geleistet werden.

Es ist sichtbar geworden, daß die Zuarbeit der sozialistischen Länder – deren Einfluß in der UIA sich sehr verstärkt hat – durch die auf breiter Institutsarbeit begründeten Beiträge geschätzt wird. Die jährlichen Zusammenkünfte haben die Arbeit und die Kontakte der aktiven Mitglieder sehr gefördert.

Helmut Trauzettel

Architektur und bildende Kunst

Die Fragen der bildenden Kunst und Architektur standen im Mittelpunkt der ordentlichen Plenartagung, die die Deutsche Akademie der Künste Ende Mai 1968 durchführte. Ausgehend von den Beschlüssen des Staatsrates über die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens in der DDR, befaßten sich die Mitglieder der Akademie mit den Problemen der Synthese von Architektur und bildender Kunst. Hierzu waren diesmal als Gäste leitende Mitarbeiter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Ministeriums für Kultur, des Ministeriums für Bauwesen, der Deutschen Bauakademie, des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands und der Stadtbauämter geladen.

Die Tagung hatte den Charakter einer Arbeitskonferenz und zog eine erste Bilanz in der Behandlung dieser Probleme durch die Sektion Bildende Kunst der Akademie, die diesen Fragenkomplex zu ihrer Hauptaufgabe für die nächste Zeit erklärt hat. Mitglieder und Gäste konnten in einer lebhaften Diskussion neue Anregungen für die weitere Arbeit erhalten.

Die Tagung wurde durch einen Beitrag von Professor Klemke eingeleitet, der die bisherige Diskussion in der Sektion zusammenfaßte, sowie durch einen längeren Beitrag von Dipl.-Ing. Flierl, Mitglied der Kommission Bildende Kunst und Architektur bei der Sektion Bildende Kunst über „Probleme der Gestaltung des Systems Architektur und bildende Kunst". Eines der Hauptprobleme in der Beratung war die Frage nach dem Verhältnis von bildendem Künstler und Architekten. Professor Klemke nannte als Voraussetzung dafür eine solche Beziehung des Architekten zur bildenden Kunst, die es ihm ermöglicht, von Beginn seiner Arbeit an der Konzeption eines Ensembles die bildende Kunst als unlösbaren Bestandteil der Architektur zu betrachten, der sie in den großen klassischen Epochen der Vergangenheit immer war. Das erfordert aber auch vom bildenden Künstler gleichermaßen eine intensive Beschäftigung mit den Fragen der Architektur. Diese Erkenntnis müßte im Rahmen der Hochschulreform ihren Niederschlag in der Ausbildung sowohl der bildenden Künstler als auch der Architekten finden. Es herrschte Einigkeit darüber, daß der Künstler so früh wie möglich an der Projektierungsarbeit des Architekten beteiligt sein sollte. Dann kann auch die politisch-ideologische Konzeption des Auftraggebers hinsichtlich der architektonischen und künstlerischen Gestaltung so umgesetzt werden, daß Architektur und bildende Kunst eine Einheit bilden. Hierzu konnten von Dr. Bartke und Dipl.-Ing. Näther wertvolle Erfahrungen über den Versuch einer Kunstprojektierung bei der Gestaltung des Alexanderplatzes in Berlin unter der Leitung von Professor Womacka vermittelt werden, ebenso von Professor Paulick über Halle-Neustadt.

Das Beispiel Alexanderplatz kam nach intensiven Auseinandersetzungen zwischen Architekten und bildenden Künstlern über inhaltliche und gestalterische Fragen zustande. Bildende Künstler schlossen sich zu einer Gruppe „Künstlerische Vorprojektierung" zusammen, mit dem Ziel, Vorschläge als Grundlage für die weitere Auftragserteilung für die bildkünstlerische Gestaltung des Alexanderplatzes auszuarbeiten. In Halle-Neustadt werden derartige Vorschläge von einem Kollektiv bildender Künstler mit dem Rat des Bezirkes und den Architekten in einem sehr frühen Projektierungsstadium beraten. Die Finanzierung der Vorhaben wird so gelöst, daß über die für die Stadt zur Verfügung stehende Gesamtsumme, aufgeteilt auf mehrere Jahre, verfügt wird. Je ein Komplex innerhalb der Stadt steht unter einem Generalthema, zu dem eine Reihe von bildkünstlerischen Arbeiten in Auftrag gegeben wird. Professor Paulick betonte, es gehöre zum Prinzip in Halle-Neustadt, daß thematischen Arbeiten der Vorzug gegeben wird.

Die Fragen der Monumentalplastik, die schon sehr eingehend in den Beratungen der Sektion Bildende Kunst behandelt wurden, standen im Mittelpunkt der Diskussion. Es ging dabei nicht um die Frage, ob man im Sozialismus Denkmäler braucht, sondern darum, wie wir die Ideen des Sozialismus auch in der Großplastik so ausdrücken, daß sie optisch faßbar werden und beim Betrachter Emotionen hervorrufen, die seinen Gedanken und Vorstellungen vom Sozialismus entsprechen und ihn selbst zum Denken anregen. Professor Cremer stellte die Frage: Wie verhindern wir, daß bei den weiträumigen städtebaulichen Konzeptionen die Skulpturen so ins Gigantische wachsen, daß sich die beabsichtigte Aussage in ihr Gegenteil verkehren kann? Bruno Flierl ergänzte diesen Gedanken mit einer Proportionsuntersuchung am Beispiel der Entwürfe für Karl-Marx-Denkmäler und an anderen großplastischen Werken. Er kam zu dem Schluß, daß die Wirkung einer Plastik sowohl von dem sie umgebenden Raum als von dem durch die Raumkonzeption gegebenen Abstand des Betrachters von der Plastik abhängt. Hier zeigte sich vor allem, welch geringe praktische Erfahrungen, aber auch kunsttheoretische Untersuchungen, trotz der großartigen Leistungen wie der Denkmäler von Buchenwald und Ravensbrück, auf diesem Gebiet vorliegen. Immer wieder, ob direkt oder indirekt ausgesprochen, stand die Forderung, diese Fragen in einer intensiven Grundlagenforschung zu untersuchen.

Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage, wie die Akademie auf diesem Gebiet mit den ihr spezifischen Möglichkeiten weiterarbeiten will. Ein Mangel der Plenartagung bestand darin, daß noch zu abstrakt, nicht am konkreten Objekt diskutiert wurde. Hierzu liegen auch noch keine Erfahrungen der Sektion vor. Die eingeleiteten Gespräche der Sektion zum Beispiel mit Professor Paulick über Halle-Neustadt wurden nicht in dem gewünschten Sinne wirksam. Das Präsidium der Akademie und die Sektion sind sich darüber im klaren, daß es darauf ankommt, über die künstlerisch-praktischen Erfahrungen der einzelnen Mitglieder hinaus Erfahrungen der Sektion, die in sich Bildhauer, Maler, Grafiker vereinigt, in der Mitarbeit an der bildkünstlerischen Gestaltung eines architektonischen Ensembles zu sammeln, sie zu verallgemeinern und zum Gegenstand einer weiteren Plenartagung zu machen. Außerdem müssen Möglichkeiten geschaffen werden, wissenschaftliche Untersuchungen durchführen zu können. Die Sektion wird sich deshalb an der Gestaltung des Karl-Liebknecht-Forums in Potsdam beteiligen.

Die in Vorbereitung und Durchführung der Plenartagung erneut aufgenommene Verbindung zur Deutschen Bauakademie wird intensiviert. Vor der 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie findet ein Gespräch der Sektion „Bildende Kunst" mit der Sektion „Städtebau und Architektur" der Deutschen Bauakademie statt, auf dessen Grundlage ein Beitrag für das Plenum vorbereitet wird.

Gerhard Hallmann

Ausstellung über Gestaltung

Unter dem Titel „Funktion – Form – Qualität" zeigte das Zentralinstitut für Gestaltung in Verbindung mit dem Ministerium für Kultur nach großem Erfolg in Warschau 1967 vom 23. September bis 8. Oktober 1968 eine Ausstellung über Gestaltung in Sofia. Die Ausstellung umfaßte folgende Themen:

- Traditionen der deutschen Qualitätsproduktion von 1900 bis 1933 (Deutsche Werkstätten für Handwerkskunst Hellerau, Deutscher Werkbund, Bauhaus – Weimar – Dessau – Berlin)
- Kunsthandwerk der DDR (Lüder Baier, Dresden – Holzgestaltung, Prof. Dr. e. h. Horst Michel – Glas- und Porzellangestaltung, Hans Heiner Körting, Dornburg – Keramik)
- Ausbildung von Gestaltern an den Hochschulen in Halle und Berlin
- Exponate aus der laufenden Industrieproduktion der DDR aus den Bereichen „Arbeitsumwelt/Verkehr" und „Wohnen/Freizeit", die die Erhöhung des Gebrauchs- und Kulturwertes industrieller Produkte durch Gestaltung demonstrierten.

Multicolorlack – ein neues Bautenschutzmittel

Im VEB Farbenfabrik Wolfen wird ein für die DDR neues Bautenschutzmittel produziert, das unter der Bezeichnung „Multicolorlack" ausgeliefert wird. Dieser Mehrfarbenlack auf Basis eines Vinylharzmischpolymerisates stellt ein grobdisperses System dar, in dem die innere Phase aus ein- oder mehrfarbigen Lackkügelchen, die äußere Phase aus einer stabilisierten wäßrigen Phase besteht. Mittels einer Spezialspritzpistole wird der Multicolorlack in **einem** Arbeitsgang auf die zu schützenden Flächen aufgetragen, die in feuchtem Zustand vorliegen können. Als Untergrund kommen vor allen Dingen saugfähige Substrate in Betracht, wie beispielsweise Beton (auch Gasbeton), Steine, Mörtel und Putze, Asbestzement sowie Anstrichträger auf der Grundlage von Gips, weiterhin Hölzer, Sperrholz, Hartfaser- und Preßspanplatten, duroplastische Schaumkunststoffe, Textilien, Glasfaservlies und PVC-Erzeugnisse.

Die Vorteile des Wolfener Multicolorlackes können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Sofort verarbeitbar: keine Verdünnung notwendig; in einem Spritzauftrag hinreichende Filmdicke; atmungsaktiver Anstrich mit hohem Selbstreinigungseffekt; kratz-, stoß- und schlagfester Anstrichfilm; außergewöhnliche Haftfestigkeit auf den verschiedensten Substraten; gute Lichtstabilität des Anstriches, der beständig gegen Öle, Fette, chemische Atmosphärilien, saure und alkalische Medien ist; breite farbdynamische Gestaltungsweise zur Erzielung eines hohen Dekoreffektes: Mosaik- oder Sprenkeleffekt; Überdeckung von verschiedenen aneinandergrenzenden Oberflächenstrukturen (Holz/Mauerwerk); Spritzauftrag in der Nähe des Gefrierpunktes noch möglich.

Nicht geeignet ist der Wolfener Multicolorlack für Metalle. Sie müssen vor der Multicolorierung mit einem porendichten Korrosionsschutzlack versehen sein, der eine gute Verträglichkeit mit dem Multicolorlack besitzt (z. B. Vinoflex-PC-Lack).

Harte Kurz- und Langzeituntersuchungen (chemische Industrieatmosphäre) zeigten keine Beeinträchtigungen des Eigenschaftsbildes vom Anstrich, so daß der Wolfener-Multicolorlack als qualitativ gutes Bautenschutzmittel anzusprechen ist. – Sein Debüt hat er in der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt und anderswo gegeben.

H. Müller

Standardisierung

Im Entwurf August 1967 werden die Fachbereichstandards TGL 11462 **Baugrundmechanik;** Prüfungen an Lockergesteinsproben im Laboratorium, Blatt 3 Bestimmung der Konsistenzgrenzen und Blatt 6 Bestimmung der Rohdichte und Rohwichte veröffentlicht. Die Einzelheiten betreffen die Begriffe, Prüfeinrichtung, Grundsätze der Prüfung, Durchführung der Prüfung und Auswertung der Prüfung. In Blatt 3 sind zusätzlich Festlegungen zur Vorbereitung der Probe enthalten.

Im Entwurf Januar 1968 wird der Fachbereichstandard TGL 22853 Blatt 1 **Bemessung flexibler Straßenbefestigungen,** Kriterium der zulässigen Durchbiegung, vorgelegt. Seine Einzelheiten betreffen die Bemessungsgrundlagen, Elastizitätsmoduln der Straßenbaustoffe, Grenz-Durchbiegung und Berechnung der Tragfähigkeit E_{II} für die Oberfläche einer Straßenbefestigung.

Im Entwurf Oktober 1967 wurde die TGL 116–0199 **Schalungselemente aus Beton für Stütz- und Ufermauern** mit Einzelheiten der Form und Abmessungen, Bezeichnung, technischen Forderungen, Kennzeichnung, Lagerung und Prüfung sowie des Transportes veröffentlicht.

Im Entwurf September 1967 wurde die TGL 116–0739 **Bauelemente für Freiflächen; Traversenstein, Geländerstein, Banksockelstein** veröffentlicht.

Ebenfalls als Entwurf September 1967 wurde die TGL 117–0626 **Langlochziegel** veröffentlicht. Ihre Einzelheiten betreffen die Formen und Abmessungen, Bezeichnung, technischen Forderungen, Kennzeichnung, Lieferung, Lagerung und den Transport.

Als Entwurf Mai 1967 wurde die TGL 117–0815 Blatt 1 **Platten aus Gips,** glasfaserverstärkt, gepreßt, Technische Lieferbedingungen, Anwendung, bekanntgemacht.

Im Entwurf Juni 1967 wird die TGL 117–0873 Blatt 1 **Asbestzement-Druckrohre und -Gleitmuffen,** Technische Lieferbedingungen, veröffentlicht. Einzelheiten betreffen die Formen und Abmessungen, die Bezeichnung, technische Forderungen, die Prüfung, Kennzeichnung, Lieferung, Lagerung und den Transport.

Die Erarbeitung von Entwürfen über **Baugerüste** hat das Ziel, die traditionelle TGL 118–4420 nach der Verbindlichkeitserklärung zu ersetzen. Als Entwurf März 1967 liegen folgende Veröffentlichungen vor, deren Einzelheiten nach ihrer Verbindlichkeit an dieser Stelle erläutert werden: TGL 118–0900 Begriffe – Allgemeine Grundsätze; TGL 118–0901 Berechnungsgrundlagen; TGL 118–0902 **Metallgerüste – Gerüstelemente** Blatt 1 Allgemeines, Blatt 2 **Gerüstrohre,** Blatt 3 **Gerüstkupplungen,** Blatt 4 **Gerüstfüße;** TGL 118–0903 **Metallgerüste – Arbeitsgerüste** Blatt 1 **Ortsfeste Gerüste – Metallrohrgerüste;** TGL 118–0904 **Metallgerüste – Arbeitsgerüste** Blatt 1 **Bewegliche Gerüste** – Allgemeines, Blatt 2 Bewegliche Gerüste – **Fahrbare Innengerüste,** Blatt 3 Bewegliche Gerüste – **Fahrbares Außengerüst;** TGL 118–0905 **Holzgerüste – Gerüstelemente;** TGL 118–0906 **Holzgerüste – Arbeitsgerüste** Blatt 1 **Leitergerüste,** Blatt 2 **Stangengerüste;** TGL 118–0907 **Traggerüste** Blatt 1 **Holzgerüste – Schalungs- und Lehrgerüste;** TGL 118–0908 **Schutzgerüste, Fangnetze, Schutzdächer** Blatt 1 Allgemeines, Blatt 2 **Fangnetzgerüste,** Blatt 3 **Konsolgerüste** und TGL 118–0910 Blatt 1 **Bewegliche Arbeitsbühnen,** Begriffe und Grundsätze.

Im Entwurf Juni 1967 wird die TGL 118–0785 Blatt 1 **Spannbeton mit nachträglichem Verbund, Bündelspannglieder bis 100 Mp** vorgelegt, die Einzelheiten zur Anwendung, Ausführung, zum Begriff, zur Bezeichnung, zur Rechnungsannahme, zur Prüfung und Abnahme sowie zu technischen Forderungen enthält. —er.

Rechtsnormen

Nach § 14 des Gesetzes über die **Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei** vom 11. Juni 1968 (GBl. I Nr. 11 S. 232) dürfen Grundstücke, Wohnungen oder andere Räume betreten werden, wenn unmittelbare Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Personen oder für bedeutende Werte abzuwenden sind bzw. ein Zustand beseitigt werden muß, der in erheblichem Maße die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet oder stört. Personen, die bei der Unterstützung der Deutschen Volkspolizei Schaden erleiden, erhalten Schadenersatz. Das Gesetz trat am 1. Juli 1968 in Kraft.

Nach dem Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über **weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus** vom 22. April 1968 (GBl. I Nr. 9 S. 223) kommt es im Bauwesen besonders darauf an, ausgehend von der Prognose, einen zielstrebigen Kampf um die Erreichung und Mitbestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Produktivität, Bauzeit, Qualität und Kosten bei den strukturbestimmenden Haupterzeugnissen, speziell des Industriebaus, zu führen, um die Leistungsfähigkeit und Effektivität überdurchschnittlich zu steigern. Dazu sind die zentrale staatliche Planung und Leitung sowie das System ökonomischer Regelungen auf die vorrangige Durchführung der strukturbestimmenden Vorhaben der Volkswirtschaft und auf ein konzentriertes, mit geringstem gebietswirtschaftlichem Aufwand verbundenes und politisch wirksames Bauen zu richten. Den Baukombinaten sind in Erhöhung ihrer Eigenverantwortung Bilanzfunktionen zu übertragen. Ihr weiterer Ausbau zu leistungsfähigen Wirtschaftsorganisationen wird auf dem Wege einer hocheffektiven Konzentration, Spezialisierung, Kombination und Kooperation, einer wirksamen Erzeugnisgruppenarbeit, der komplexen Rationalisierung und Mechanisierung oder Automatisierung ganzer technologischer Prozesse durchgeführt. In allen Betrieben des Bauwesens ist die Betriebswirtschaft umfassend zu verwirklichen. In den fortgeschrittensten Kombinaten sind ökonomische Modelle der Planung und Leitung als Typmodelle auszuarbeiten und systematisch zu verallgemeinern.

Durch die Verordnung zur **Aufhebung der Selbstkostenverordnung** vom 9. November 1967 (GBl. II Nr. 109 S. 757) traten am 1. Januar 1968 die Selbstkostenanordnung Bauindustrie vom 13. Mai 1963 und die Anordnung über die Planung und Abrechnung der Selbstkosten in den volkseigenen bautechnischen Projektierungsbetrieben vom 31. Dezember 1964 außer Kraft. Vom 30. November 1967 bis 31. Dezember 1968 gilt die Anordnung über die Abgrenzung der Investitionsfinanzierung 1967/68 – **Jahresabgrenzungsanordnung** – vom 14. November 1967 (GBl. II Nr. 112 S. 781). – In derselben Zeit gilt die Anordnung über die Abrechnung und Abgrenzung der finanziellen Fonds zum Jahresabschluß 1967 (GBl. II Nr. 112 S. 784). Beide Rechtsnormen gelten für große Teile des Bauwesens.

Aus der Anordnung Nr. 3 über die **Abgrenzung der Dienstbereiche der Bergbehörden** vom 15. Februar 1968 (GBl. III Nr. 4 S. 13), die am 26. Februar 1968 in Kraft trat, geht die territoriale Zuständigkeit von sechs Bergbehörden hervor, die unter anderem auch für Zustimmungen oder Stellungnahmen zu Bauvorhaben maßgebend sind.

Am 1. Mai 1968 trat die Anordnung über die **Zuordnung der Positionen der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur zu den bilanzverantwortlichen Organen nach dem Prinzip des Fünfstellers** vom 25. April 1968 (GBl. Sonderdruck Nr. 582) in Kraft. Die Erzeugnisse der Baustoffindustrie sind unter der Schlüssel-Nr. 151, die Erzeugnisse der Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft unter der Schlüssel-Nr. 152 aufgeführt. —er.

Neuerscheinungen im VEB Verlag für Bauwesen

Kleber, **Praktische Bauphysik**

Liebscher, Bloch, Simon, **Handbuch für Baupreisbildung,** Teil 1

Mlosch, **Betontaschenbuch,** Bd. II: Berechnung und Bemessung

Rätzer, **Richtlinien für den Materialbedarf im Bauwesen**

Reinsdorf, **Betontaschenbuch,** Bd. IV: Spezialbetone

Waterstradt, **1 × 1 des Tapezierens**

Zaumseil, **Die Gleitbauweise**

Macetti, **Großwohneinheiten**

Herwig Hrussa verstorben

Am 18. Mai 1968 riß der Tod eine schmerzliche Lücke in die Reihen der Architekten des Bezirkes Magdeburg. Im Alter von 57 Jahren verstarb unser hochgeschätzter Kollege Oberingenieur Herwig Hrussa, Chefarchitekt im VEB Hochbauprojektierung Magdeburg, an den Folgen eines plötzlich aufgetretenen unheilbaren Leidens.

Für alle Kollegen und Freunde war die unerwartete Nachricht erschreckend, zumal der Kollege Hrussa noch wenige Wochen zuvor mit der ihm eigen gewesenen Intensität an einer Schwerpunktaufgabe des Magdeburger Zentrums gearbeitet hatte. Seine berufliche Hingabe, sein überdurchschnittliches fachliches Können, seine Einsatzbereitschaft und seine Aufgeschlossenheit dem Neuen gegenüber waren allgemein bekannt.

Als Sohn eines Hochbaudozenten im Jahre 1910 in Pilsen geboren, übernahm er ein berufliches väterliches Erbe und bezog die Abteilung für Architektur und Hochbau an der TH in Prag. Bereits im Jahre 1937 war Herwig Hrussa bei der ehemaligen Mitteldeutschen Heimstätte in Magdeburg tätig. Nach mehrjähriger Unterbrechung durch die Kriegsereignisse und schwere Verwundungen zur Heimstätte zurückgekehrt, erfolgte 1949 die Übernahme in das damalige Landesprojektierungsbüro Sachsen-Anhalt. Neben den Wiederaufbaumaßnahmen am Siedlungsbestand beschäftigten ihn die Bauaufgaben der Bodenreform. Bei Beginn der größeren Baumaßnahmen wurde der Kollege Hrussa als Leiter der Entwurfsabteilung für die Wohnstadt des Eisenhüttenkombinates West, Calbe (Saale), eingesetzt. Schon damals machte er sich die Grundsätze einer komplexen Planung zu eigen, und sein Wirken bedeutete einen weiteren Schritt zur Verwirklichung einer angestrebten neuen Baukunst und zur Entwicklung einer nationalen Tradition.

Der Kollege Hrussa beteiligte sich mit Erfolg an bedeutenden Wettbewerben, von denen lediglich die Wettbewerbe um die Rapp-Bode-Talsperre, das Zentrum Magdeburgs und das Zentrum der Hauptstadt Berlin unter internationaler Beteiligung hervorgehoben seien.

Seit Gründung des BDA gehörte der Kollege Hrussa dem Bezirksvorstand Magdeburg an und wurde anläßlich des 10jährigen Bestehens mit der Schinkelmedaille ausgezeichnet.

Trotz der intensiven beruflichen Tätigkeit, die ihn wegen der schweren Kriegsverletzung zusätzlich physisch beanspruchte, ließ es sich Kollege Hrussa nicht nehmen, auch durch gesellschaftliche Mitarbeit beispielgebend zu sein. Als Mitglied der LDPD war er jahrelang im Stadtbezirksvorstand Magdeburg-Mitte tätig und gehörte zu den aktiven und verantwortungsbewußten Kräften.

In der Begründung zur Verleihung des Titels eines Oberingenieurs wurden seine überdurchschnittlichen fachlichen und organisatorischen Fähigkeiten und das Bestreben, neueste Methoden anzuwenden, hervorgehoben. So kann gesagt werden, daß damit die Großplattenbauweise in Magdeburg weitergebracht wurde, wie überhaupt festzustellen ist, daß bei den weitaus meisten Baumaßnahmen in Magdeburg der Kollege Hrussa entscheidend mitgewirkt hat. Insbesondere ist hervorzuheben, daß es der Kollege Hrussa verstanden hat, auf die Jugend einen erzieherischen und fördernden Einfluß zu nehmen. Das selbstlose Weitergeben seiner Kenntnisse an die junge Generation kann als das beste Vermächtnis seines Wirkens und als die würdigste Wertschätzung für ein ehrenvolles Gedenken angesehen werden. K. Werich

Kurzfassung

Содержание

KB 323.1:324.1.06 DK 711.523(430.2–2.7):711.168

H. Siegel

Stadtzentrum Leipzig

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, S. 592 bis 597, 10 Abb., 2 Lagepläne

Der weitere Aufbau des Stadtzentrums von Leipzig konzentriert sich in den nächsten Jahren auf den Karl-Marx-Platz, die Messemagistrale und die Fortführung des Ausbaus des Verkehrssystems. Der Karl-Marx-Platz ist das politische und geistige Zentrum der Stadt. Nach dem Bau der Oper und des Postgebäudes an seiner Ostseite und des Hotels „Deutschland" an seiner Nordseite werden die West- und die Südseite von einem neuen zentralen Komplex der Karl-Marx-Universität eingenommen werden. An der Westseite ist der Bau eines Hauptgebäudes der Universität sowie eines 140 m hohen Universitätsgebäudes vorgesehen, während an der Südseite das Auditorium maximum entstehen soll, an das sich weitere Ausbildungsstätten, Hörsäle, Seminarräume und eine Mensa anschließen. An der Messemagistrale, die das Stadtzentrum mit dem Gelände der Technischen Messe verbindet, wird eines der modernsten Wohngebiete der Stadt mit abwechslungsreichen Baukörperformen und unterschiedlichsten Gebäudehöhen (2 bis 27 Geschosse) entstehen. Eines der wichtigsten Verkehrsbauvorhaben ist die unterirdische Verbindung des Hauptbahnhofes mit dem Bayrischen Bahnhof unter dem historischen Zentrumskern hinweg. Der Stadtzentrumskern wird vom Durchgangsverkehr frei gehalten werden. Die Hauptgeschäftsstraßen und die für Leipzig charakteristischen Passagensysteme sollen zu Fußgängerbereichen zusammengefaßt werden.

УДК 711.523(430.2—2.7):711.168

H. Siegel

592 **Центр города Лейпцига**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 10, стр. 592 до 597, 10 рис., 2 плана расположения

В течение ближайших лет, дальнейшее строительство центра города Лейпцига будет сосредоточено на площади Карл-Маркс-Платц, ярмарочной магистрали и продолжении отстройки транспортной системы. Площадь Карл-Маркс-Платц является политическим и духовым центром города. После строительства оперного театра и почтового здания на восточной стороне и гостиницы «Дойтшлянд» на северной стороне площади, западная и южная стороны будут заняты новым центральным комплексом университета им. Карла Маркса. Предусмотрено построить на западной стороне главное здание университета и другое университетское здание высотой 140 м. На южной стороне будут расположены аудиториум максимум, дальнейшие места обучения, аудитории, помещения для семинаров и менза. Вдоль ярмарочной магистрали, соединяющей центр города с территорией технической ярмарки будет возникать один из самых замечательных жилых районов города, состоящий из строительных корпусов переменных форм. Жилые дома — 2- до 27-этажные. Одним из важнейших объектов транспортного строительства является подземное соединение главного вокзала с баварским вокзалом, проходящее под историческим центром города. Центр оставит свободным от транзитного движения. Намечается соединить торговые улицы и характерные для Лейпцига системы проходов в область пешеходов.

KB 323.2:324.3 DK 711.58(–201)(430.2–25)

Wohngebiet Hans-Loch-Straße in Berlin

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, S. 598 bis 615, 38 Abb., 1 Grundriß, 1 Lageplan, 4 Lageplanskizzen, 1 Schema

Das in den Jahren 1961 bis 1966 auf ehemaligem Kleingartengelände entstandene Wohngebiet für 15 000 Einwohner liegt 9 km vom Stadtzentrum entfernt und ist das größte, das bisher in Berlin neu angelegt wurde, wenn man von dem innerstädtischen Wohngebiet an der Karl-Marx-Allee absieht. Das Wohngebiet ist das erste in der DDR, das ein kompaktes gesellschaftliches Zentrum besitzt. Dieses Zentrum hat eine Länge von 138 m und eine Breite von 75 m (jeweils 30 m tiefe Gebäude und eine 15 m breite Hauptpassage). Der Komplex hat vier Atrien und enthält eine Kaufhalle, eine Fischverkaufsstelle, Friseursalon, Apotheke, eine Annahmestelle für Dienstleistungen, Post, eine Gaststätte, Klub und eine 20klassige erweiterte polytechnische Oberschule für 720 Schüler. Bis auf den dreigeschossigen Normalklassentrakt der Schule sind alle anderen Funktionen einschließlich der Spezialklassen erdgeschossig angeordnet.

Nach der Darlegung der Planungsaspekte für das Wohngebiet durch die Redaktion erörtert der Autor des gesellschaftlichen Zentrums, Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, die Grundlagen, die städtebauliche Situation, die Funktion, Konstruktion und Gestaltung des Komplexes und gibt eine erste Einschätzung der Funktionstüchtigkeit des gesellschaftlichen Zentrums nach über einjähriger Nutzung. Anschließend wird von Dipl.-Ing. Hubert Scholz der Versuch einer kritischen Einschätzung der städtebaulichen Gliederung und der architektonischen Gestaltung des Wohngebietes sowie der Funktionstüchtigkeit und Zweckmäßigkeit des gesellschaftlichen Zentrums unternommen.

УДК 711.58(—201)(430.2—25)

598 **Жилой район Ханс-Лох-Штрассе в Берлине**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 10, стр. 598 до 615, 38 рис., 1 горизонтальная проекция, 1 план расположения, 4 эскиза плана расположения, 1 схема

Возникший в периоде от 1961-го до 1968-го гг. на территории бывшего загородного поселка из легких построек жилой район для 15 000 жителей находится в расстоянии 9 км от центра города. Он является наибольшим из новопостроенных районов, если не учесть внутригородского жилого района на улице Карл-Маркс-Аллее. Он первый жилой район в ГДР, имеющий компактный общественный центр. Этот центр длиной 138 м и шириной 75 м (здания глубиной по 30 м и главный проезд шириной 15 м) включает магазин, рыбный базар, парикмахерскую, аптеку, предприятие бытого обслуживания, почтамт, ресторан, клуб и 20-классная расширенная политехническая средняя школа на 720 школьников. Кроме трехэтажного тракта стандартных классов, все прочие функции школы, включая специальные классы, расположены в одноэтажном здании. После рассмотрения аспектов планировки жилого района, проведенного редакцией, автор общественного центра, дипл.-инж. Херман Клаушке, обсуждает основы, градостроительную ситуацию, функцию, конструкцию и оформление комплекса и дает первую оценку функциональных характеристик общественного центра на основе результатов его использования на период больше одного года. В заключение дипл.-инж. Хуберт Шольц предпринимает попытку критической оценки градостроительного расчленения и архитектурного оформления жилого района как и функциональности и целесообразности общественного центра.

KB 322.1/.2 DK 711.4–163(436.14)

F. Weber

Probleme der Altstadtsanierung in Wien

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, S. 616 bis 621, 7 Abb., 5 Lagepläne, 1 Karte

Das Bild der Altstadt von Wien ist auch nach dem zweiten Weltkrieg entscheidend von der historischen Substanz bestimmt, deren Anfänge bis in das 10. Jahrhundert zurückreichen. Im 19. Jahrhundert setzte die Überbauung der Wohnhöfe mit gewerblichen Einrichtungen ein, so daß sich die Wohnverhältnisse zunehmend verschlechterten. Im Jahre 1961 lebten nur noch 32 000 Menschen in der Altstadt, während Wien 1962 rund 1 630 000 Einwohner hatte. Täglich strömen jedoch 128 000 Menschen, das sind 21 Prozent der Berufstätigen Wiens, zur Arbeit in die Altstadt. Die Probleme bestehen darin, die sehr schwierige Verkehrssituation in der Altstadt zu lösen, angesichts der Überbelastung der Altstadt ihre bauliche Substanz nicht zu vergrößern, Aufstockungen und Intensivierung der Nutzung zu vermeiden und wieder anziehende Wohnverhältnisse zu schaffen, so wie es bereits im Sanierungsgebiet Blutgasse (11 Boutiquen, 29 Wohnungen verschiedener Größe und ein Stadtpalais) geschehen ist.

УДК 711.4—163 (436.14)

F. Weber

616 **Проблемы реконструкции старого города Вены**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 10, стр. 616 до 621, 7 рис., 5 плана расположения, 1 карта

Образ старого города Вены и после 2-й мировой войны решительно определяется историческими фондами, начала которых могут доводиться обратно до 10-го столетия. В 19-м столетии началась надстройка старых жилых дворов ремесленными устройствами, что повлекло за собой постоянное ухудшение жилых условий. В 1961-м году в старом городе жило только 32 000 человек, во время как Вена в 1962 г. имела ок. 1 630 000 жителей. Ежедневно 128 000 людей, т. е. 21 % трудящихся Вены приезжают работать в старый город. Настоящие проблемы состоят в том, что очень сложные условия транспорта требуют решения и что строительные фонды не должны быть увеличены в связи с перенагрузкой старого города. Необходимо отказаться от надстроек и усиления использования. Работают над созданием благоприятных условий жилья, что уже достигнуто при реконструкции области Блютгассе (11 лавок, 29 жилищ различных размеров и 1 городской дворец).

KB 651.2/.4:612.1.024 DK 69.057.126

H. Wöckel, P. Düsing, K. Unger

Leichte Raumzellen für eingeschossige Wohnbauten

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, S. 625 bis 628, 9 Abb., 1 Grundriß

Im Jahre 1967 wurde eine Raumzelle in Leichtbauweise zum erstenmal bei dem Bau eines Kindergartens erprobt. Bei der Untersuchung, inwieweit diese Raumzelle für den Wohnungsbau geeignet ist, wurde davon ausgegangen, das Elementesortiment auf ein Minimum zu reduzieren und die Masse zu verringern. Um die geforderten Raum- und Transportbreiten einhalten zu können, wird von der geschlossenen Einraumzelle in massiver Wandbauweise zum Skelettsystem übergegangen, bei dem durch Addition Räume über mehrere Zellen hinweg gebildet werden können. Durch die Trennung in tragende und begrenzende Elemente bietet sich die Verwendung leichter Baustoffe und Konstruktionen an. Dazu wurde das Sortiment in Grundzellen, Außenwände und innere Trennelemente geteilt. Das Grundprinzip besteht darin, jede Einzelzelle als selbständiges modulares System aufzufassen, das als konstruktive Einheit Teil des Großsystems Gebäude ist.

УДК 69.057.126

H. Wöckel, P. Düsing, K. Unger

625 **Легкие пространственные ячейки для одноэтажных жилых зданий**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 10, стр. 625 до 628, 9 рис., 1 горизонтальная проекция

Впервые в 1967 г. испытали пространственную ячейку легкой конструкции в строительстве детского сада. При оценке годности этой пространственной ячейки для применении в жилищном строительстве изошли из необходимости сокращения сортимента узлов до минимума и уменьшения веса. Для соблюдения требуемых ширин пространства и транспорта перешли от закрытой ячейки для одного помещения с массивными стенами на каркасную систему, по которой можно образовать пространства сложением нескольких ячеек. Разделение на носящие и ограничивающие узлы открывает возможность применения легких материалов и конструкций. Для этой цели подразделили сортимент на основные ячейки, наружные стены и внутренние элементы разделения. Основной принцип заключается в том, что каждая отдельная ячейка принимается как самостоятельная компонентная система, являющаясь как конструктивная единица частью универсальной системы «здание».

Summary

DK 711.523(430.2–2.7) :711.168

H. Siegel

Centre of Leipzig — 592

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 10, pp. 592–597, 10 figs., 2 layout plans

Karl-Marx-Platz, the Leipzig Fair artery, and further parts of the transport system will be the priorities in the reconstruction of the centre of Leipzig in the forthcoming years. Karl-Marx-Platz is the political and intellectual centre of the city. Its Eastern and Northern sides are already flanked by the opera house, the central post office, and "Deutschland" hotel, while its Western and Southern flanks will be made up by new clusters of Karl Marx University. A university main building and a high-rise building, 140 m in altitude, are envisaged for the Western flank, while the South will be limited by a new auditorium maximum with additional institutes, lecture and seminar halls, and a canteen attached. A most modern housing area, including a colourful variety of structures and most different building heigths (two to 27 storeys), has been planned to line the Fair artery which is going to connect the centre to the Technical Fair Grounds. An underground connection between Main Station and Bavarian Station that will run beneath the historic centre will be one of the major traffic jobs. The core of the centre will be kept clear of through traffic. The main shopping streets together with Leipzig's characteristic passage systems will be coordinated to pedestrian areas.

DK 711.58(–201)(430.2–25)

Hans-Loch-Strasse Housing Area of Berlin — 598

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 10, pp. 598–615, 38 figs., 1 plan, 1 layout, 4 layout sketches, 1 scheme

This housing area, set up for 15,000 inhabitants in a former allotment area nine kilometres from the centre, between 1961 and 1966, is Berlin's largest new development next to the central district of Karl-Marx-Allee. It is the GDR's first housing area having a full community centre of its own. The latter is 138 m in length and 75 m in width (a row of two 30-m-buildings plus 15-m main passage). The community centre is divided into four atria for a supermarket, a fish shop, a hair-dresser's saloon, a dispensary, a booking office for services, a post office, a restaurant, a club, and a twenty-grade extended polytechnical secondary school for 720 pupils. Apart from a three-storey normal class tract, all functions of the school, including those of the special classes, are accommodated on ground-floor level.

An editorial explanation of the planning aspects of the housing area is followed by a description of the community centre, its underlying fundamentals, city design situation, function, construction, and organisation, and its functional efficiency as recorded after more than one year of use, the latter description being given by Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, author of the community centre. An effort is made by Dipl.-Ing. Hubert Scholz to make a critical appraisal of both the city design organisation and architecture of the housing area and the functional efficiency and usefulness of the community centre.

DK 711.4–163(436.14)

F. Weber

Rehabilitation of the Old Town of Vienna — 616

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 10, pp. 616–621, 7 figs., 5 layout plans, 1 map

Even after World War Two, the image of the Old Town of Vienna has remained to be determined by historical building stock, with the latter's beginnings dating back to the 10th century. The spanning over the courtyards of workshops and other trade facilities resulting in aggravating deterioration of housing conditions started in the 19th century. Only 32,000 people had remained in the Old Town by 1961. The population of Vienna was some 1,630,000 in 1962. However, 128,000 persons, i.e. 21 per cent of Vienna's working population, commute for their jobs into the Old Town every day. The problems faced are formulated as follows: to solve the intricate traffic situation in the Old Town, to avoid any enlargement of its building stock taking into account its excessive loading, to avoid enlargement of existing houses or intensification of usage, and to restore attractive housing conditions as achieved in the rehabilitation area of Blutgasse (11 boutiques, 29 dwellings of different sizes, one city palace).

DK 69.057.126

H. Wöckel, P. Düsing, and K. Unger

Lightweight Room Cores for Single-Storey Housing — 625

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 10, pp. 625–628, 9 figs., 1 plan

The first lightweight room core was tested in a kindergarten job in 1967. Greatest possible reduction of both the range of structural members and their weight was the criterion adopted to determine the applicability of the room core to housing construction. The enclosed single-room core in full wall construction was given up for the skeleton system where by addition rooms may be formed over several cores, in order to retain the specified room and transport widths. The use of lightweight materials and structures is supported by the concept of separation by loadbearing and limiting elements. The varieties were further subdivided by basic cells, exterior walls, and interior partition elements. The basic concept is to consider each of the cores as an independent modular system, a structural unity which is part of the greater system of the building.

Résumé

DK 711.523(430.2–2.7) :711.168

H. Siegel

Centre de ville de Leipzig

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, pages 592–597, 10 illustrations, 2 plans de situation

La reconstruction ultérieure du centre de ville de Leipzig pendant les prochaines années se concentrera sur la Place de Karl Marx, la magistrale de la Foire et la continuation du développement du système de circulation. La Place de Karl Marx représente le centre politique et intellectuel de la ville. Après la construction de l'Opéra et de l'édifice de la Poste sur le côté oriental et de l'Hotel « Deutschland » sur le côté septentrional, le côté de l'ouest et celui du sud seront occupés par un nouveau ensemble central de l'Université de Karl Marx. Pour le côté de l'ouest la construction d'un édifice principal de l'Université est prévue ainsi que d'un édifice de 140 m de hauteur de l'Université, tandis que pour le côté du sud sera prévu l'Auditoire maximum suivi par autres instituts d'éducation, auditoires, séminaires ainsi que par une mensa. La Magistrale, qui formera l'union du centre de ville avec le terrain de la Foire technique, sera composée par un des territoires d'habitation les plus modernes de la ville avec des formes de corps de construction les plus variées et avec des hauteurs les plus différentes des édifices (2 à 27 étages). L'un des projets de construction les plus importants est l'union souterraine de la gare centrale avec la gare bavaroise sous le cœur du centre historique. Le cœur de centre restera libre de la circulation générale. Les rues principales de magasins ainsi que les systèmes de passages, caractéristiques pour la ville de Leipzig, sont prévus pour former des sphères de piétons.

DK 711.58(–201)(430.2–25)

Territoire d'habitation Hans-Loch-Strasse à Berlin

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, pages 598–615, 38 illustrations, 1 tracé, 1 plan de situation, 4 croquis du plan de situation, 1 schéma

Le territoire d'habitation pour 15 000 habitants, développé dans les années de 1961–1966 sur l'ancien terrain de jardins ouvriers, se trouve dans une distance de 9 km du centre de ville. Il est le territoire d'habitation le plus grand construit de nouveau jusqu'à présent à Berlin, sans parler du territoire d'habitation dans l'intérieur de la ville, c.-à-d. de l'Allée de Karl Marx. Le territoire en question est le premier en RDA qui possède un centre social compact. Ce centre a une longueur de 138 m et une largeur de 75 m (des édifices de 30 m de profondeur et un passage principal de 15 m de largeur). L'ensemble a quatre âtres et un magasin, une succursale pour la vente de poisson, un salon de coiffure, une pharmacie, une succursale des services, poste, un restaurant, un club ainsi qu'une école secondaire polytechnique avec 20 classes pour 720 écoliers. A l'exception de la partie de classes normales à 3 étages de l'école toutes les autres fonctions, y compris les classes spéciales, sont de construction parterre.

Après l'explication des aspects de planning pour le territoire d'habitation par la rédaction, c'est l'auteur du centre social, Mr Dipl. Ing. Hermann Klauschke, qui discute les bases, la situation urbaniste, la fonction, la construction et la conformation de l'ensemble en donnant une première estimation du fonctionnement du centre social après l'utilisation pendant un an. Cette information est suivie de l'essai d'une estimation critique de la structure urbaniste et de la conformation architectonique du territoire d'habitation ainsi que de la capacité de fonctionnement et de l'utilisation du centre social.

DK 7114–163(436.14)

F. Weber

Problèmes de la réorganisation de la cité à Vienne

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, pages 616–621, 7 illustrations, 5 plans de situation, 1 carte

La situation de la cité de Vienne également après la deuxième guerre mondiale est influencée décisivement par la substance historique dont les origines sont à reconduire jusqu'au 10e siècle. Pendant le 19e siècle commençait la couverture des fermes avec des installations du métier dont le résultat était une aggravation croissante des conditions de logement. En 1961 il y avait dans la cité seulement 32 000 hommes, tandis que la ville de Vienne en 1962 avait encore environ 1.630.000 habitants. Ce sont cependant par jour 128 000 hommes, c.-à-d. 21 % des occupés de la ville de Vienne, qui se portent en masse vers la cité aux lieux de travail. Les problèmes sont la solution très difficile de la situation de la circulation dans la cité, de ne pas augmenter – en considération de la surcharge de la cité – la substance architecturale, d'éviter des surélevations et de l'intensivité de l'utilisation et de créer de nouveau des conditions de logement attractives, comme il est par exemple le cas pour le territoire de réorganisation de la Blutgasse (11 boutiques, 29 logements de différentes grandeurs et un palais de ville).

DK 69.057.126

H. Wöckel, P. Düsing, K. Unger

Cellules spatiales légères pour des constructions de logements d'un seul étage

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 10, pages 625–628, 9 illustrations, 1 tracé

C'était en 1967 où une cellule spatiale de construction légère fut éprouvée la première fois pour la construction d'un jardin d'enfants. A l'examen jusqu'à quel degré cette cellule spatiale peut être employée pour la construction de logements, on est parti du fait de réduire l'assortiment des éléments à un minimum et de réduire également la masse. Pour pouvoir maintenir exactement les largeurs spatiales et de transport demandées, on est parti de la cellule fermée d'un seul espace de construction murale massive au système en ossature où, par l'addition, des espaces par-dessus de plusieurs cellules peuvent être formés. Par la subdivision en éléments portants et limitants c'est l'utilisation de matières et de constructions légères qui s'offre. C'est pourquoi l'assortiment est divisé en cellules de base, parois extérieures et éléments intérieurs de séparation. Le principe fondamental est de comprendre chaque cellule individuelle comme système modulaire indépendant qui, comme unité constructive, fait partie du grand système, c.-à-d. de l'édifice.

Index 31 409